

BERNHARD ZIMNIOK

»Die Gläubigen sind unsere Soldaten«

Erdoğan's Griff
nach Europa



**IDENTITÄT
UND DEMOKRATIE**

BERNHARD ZIMNIOK

»Die Gläubigen sind unsere Soldaten«



Dieses Buch wurde aus Mitteln des 400er-Budgets
von Bernhard Zimniok,
Mitglied des Europäischen Parlaments, finanziert.
Es ist nicht zum Verkauf bestimmt.

IMPRESSUM:
Fraktion Identität und Demokratie
Europäisches Parlament
Zweig 7K 010
Rue Wiertz 60
1047 Brüssel
Belgien

BERNHARD ZIMNIOK

**»Die Gläubigen
sind unsere Soldaten«**

Erdoğan's Griff nach Europa

Inhalt

Vorwort	9
1. Spuren der Vergangenheit – warum die türkische Geschichte noch heute relevant ist	13
Reiter aus dem Osten.....	13
Großmacht auf drei Kontinenten.....	16
Der „Kranke Mann am Bosphorus“	22
Der Weg in den Ersten Weltkrieg.....	24
Der Völkermord an den Armeniern und das Ende des Osmanischen Reiches	27
Ein moderner türkischer Staat.....	31
Islamische Kräfte nehmen die Republik unter Beschuss	33
2. Erdoğan – Machtpolitik im Zeichen des Fundamentalismus	35
Der Ehrgeiz eines Aufsteigers	35
Die Türkei als Großmacht des 21. Jahrhunderts?	40
Großmachtstreben an der Schwelle zum Krieg.....	44
Säbelrasseln als Symptom der Krise?	50
3. Der Balkan: Schlachtfeld der Zukunft?	58
Migration – eine mächtige Waffe in türkischer Hand.....	58
Albanien	63
Nordmazedonien	65
Bulgarien	68

Rumänien.....	72
Serbien	74
Kosovo.....	75
Montenegro.....	79
Bosnien-Herzegowina.....	79
Kroatien	80
Slowenien	82
<i>Fazit:</i>	83
4. Wenn aus „Gästen“ Siedler werden – türkische Einwanderung nach Deutschland	85
Gastarbeiter – zunächst eine europäische Angelegenheit	85
Deutschland gibt dem Drängen nach.....	87
Das „Rotationsprinzip“ scheitert.....	91
5. Das Werben um die türkische Community.....	94
Selbstorganisation der Deutschtürken.....	94
Türkische Aktivisten streben nach Einfluss.....	97
Die deutsche Politik erkennt das Potenzial	101
6. Erdoğan's verlängerter Arm – die Bedeutung von Diyanet und DİTİB.....	106
Politik und Religion – eng verzahnt in der Türkei.....	106
Wer steuert die DİTİB?	110
7. Wenn zwei Welten aufeinandertreffen – Rahmenbedingungen der Integration	119
Die türkische Familie in der Fremde	119
Abschottung und Segregation	125

8. Zum Stand der Integration –	
Wertevorstellungen der Türken in Deutschland	128
Vier Dimensionen der Integration	128
Geringer Erfolg auf dem Arbeitsmarkt	130
Wachsende Distanz zur deutschen Kultur	132
Islamischer Fundamentalismus	134
Ist eine Rückkehr die Lösung?.....	137
9. Ein willkommenes Machtinstrument für Erdoğan?	140
Das türkische Wählerpotenzial wächst	140
Ethnische Konfliktlinien in deutschen Parteien.....	143
Eine ungleiche Konkurrenz.....	147
10. Europa am Scheideweg	151
Quellenverweise	167
Bildnachweise	191

Vorwort

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten.“ Ein kluger Satz, der zwar sehr unterschiedlichen Urhebern zugeschrieben wird,¹ aber nichts von seiner zeitlosen Gültigkeit verloren hat. Eigentlich müsste jeder Staatsmann diesen Ausspruch tief verinnerlicht haben, um vorausschauende Politik betreiben zu können – aber leider ist dem nicht so. Wie lässt es sich sonst erklären, dass dieselben Fehler immer und immer wieder gemacht werden?

Betrachten wir die Menschheitsgeschichte, so sehen wir in den letzten 3000 Jahren eine enorme technische Entwicklung, vor allem in der westlichen Welt. Wir haben uns immer ausgefallenerere Werkzeuge geschaffen, die das Wissen der Jahrhunderte in sich vereinen – jede neue Generation trug ein neues Detail zur Perfektionierung bei. Nur in der Politik scheinen die Erfahrungen unserer Vorfahren regelmäßig vergessen zu werden. Wie sonst kann man den teuflischen Kreislauf von Krieg, Wiederaufbau, wirtschaftlichem Wachstum, Niedergang und wieder Krieg erklären? Wenn eine deutsche Kanzlerin erklärt, sie wolle, anstatt langfristige Ziele zu verfolgen, lieber „auf Sicht fahren“, so ist das nicht zuletzt eine Bankrotterklärung ihrer historischen Bildung. Politik braucht einen Plan. Im Kleinen wie im Großen hat nie jemand etwas zustande gebracht, der sich von den Geschehnissen der Weltgeschichte einfach treiben ließ. Was es heißt, auf Sicht zu fahren, das musste auch Edward John Smith, Kapitän der Titanic, schmerzlich erfahren.

Wer als deutscher Politiker seinen Amtseid nicht nur als Lippenbekenntnis herunterbetet, sondern wirklich alles unter-

nimmt, um das Wohl seines Landes und seiner Bürger zu mehren, gerät schnell in den Verdacht, ein „Rechtsradikaler“ zu sein. Doch mit der Mehrheitsmeinung bequem gleichzuziehen, das war nie meine Sache, im Gegenteil: Ich lege lieber den Finger dort in die Wunde, wo es wirklich schmerzt. Wer es ernst mit der politischen Sorge für sein Land nimmt, der steht auf der politischen Bühne und im Alltag leider zu oft allein da. Doch sollte uns das davon abhalten, dem Geschehen in unserem Land und auf unserem Kontinent ins Auge zu blicken?

Warum nicht neue Ideen zulassen? Ideen, die sich mit der oft harten Realität auseinandersetzen, anstatt vagen Gefühlen und weltfremden Wunschvorstellungen zu folgen. Als Politiker und mündige Bürger müssen wir lernen, mit dem Widerspruch des Mainstreams auszukommen – ja, ihn als Ansporn zu sehen. Denn nur das beständige Ringen um die beste Lösung wird unser Land voranbringen. Wenn unbequeme Fakten und kritische Meinungen durch ungeschriebene Tabus aus der öffentlichen Diskussion gedrängt werden, so verschwinden sie ja doch nicht aus der Welt. Stattdessen staut sich der Unmut über die Jahre an, während die großen Probleme wieder und wieder verschleppt werden.

Gerade in Deutschland wird durch das Tagesgeschehen leicht der Blick auf die wahren Probleme verstellt. Die Masseneinwanderung ist so ein Dauerbrenner: Mal richtet sich der flüchtige mediale Blick zum Mittelmeer, bald nach Griechenland, dann wieder nach Syrien, neuerdings auch nach Weißrussland. Doch zu oft geht der Blick für das Ganze verloren: Wir haben es hier mit einer neuen Völkerwanderung zu tun, die nicht erst 2015 begann und erst recht nicht 2016 geendet hat. Dieses Thema kann man nicht einfach unter „ferner liefen“ zwischen Pendlerpauschale

und EEG-Umlage abhandeln. Die millionenfache Migration nach Europa und ihre verheerenden Auswirkungen werden noch viele nachfolgende Generationen beschäftigen. Sie ist ein Jahrhundertthema.

Ein Schlüsselland bei der Lösung des Migrationsproblems ist die Türkei. Durch den „Flüchtlingsdeal“ mit Erdoğan konnte zumindest an der südöstlichen Flanke Europas eine Verschnaufpause erreicht werden, doch hängt dieses Abkommen am seidenen Faden, wie ich im vorliegenden Buch zeigen werde. Denn der türkische Staatsführer verfolgt eigene Interessen: Energisch und rücksichtslos nutzt er die Schwächen der EU aus, um die Machtposition der Türkei zwischen Europa und dem Nahen Osten auszubauen. Die EU-Führung und unsere eigene Bundesregierung zeigen hingegen eine solche Unterwürfigkeit gegenüber den Vorstößen aus Ankara, dass sie sich ein ums andere Mal abhängiger und erpressbarer machen. Das Land zwischen Ararat und Bosphorus ist also nicht nur ein möglicher Partner, sondern birgt auch ein großes Gefahrenpotenzial für uns. In den folgenden Kapiteln werde ich deshalb untersuchen, wie ein Geflecht aus wirtschaftlichen Abhängigkeiten, Migrantenorganisationen, skrupellosen Politikern und islamischen Fundamentalisten den Weg für eine Einflussnahme Erdogans auf Deutschland und Europa ebnet.

Eines wurde mir in Gesprächen mit ausländischen Freunden immer wieder klar: Die deutschen und europäischen Handlungen sorgen für größte Verwunderung. Oft entsteht gar der Eindruck, die Europäer wissen überhaupt nicht, was sie tun, und liefern sich sehenden Auges den Interessen fremder Mächte aus. Woher kommt diese Blindheit, diese offensichtliche Weigerung, aus Fehlern zu lernen? Tatsächlich glaube ich, dass das Unwissen

über die Geschichte einiges damit zu tun hat. Sie wissen ja, ohne Kenntnis der Vergangenheit...

Bevor wir uns deshalb unseren heutigen Problemen widmen, müssen wir uns klarmachen, wie sehr das Schicksal Europas seit mehr als 900 Jahren mit der Geschichte der Türken verflochten ist. Ein erheblicher Teil unseres Kontinents stand gar jahrhundertlang unter türkischer Herrschaft. Türkische Sultane, Heerführer und Flottenkommandanten versetzten unsere Vorfahren in Angst und Schrecken. Ihre Angriffe waren eine ständige Mahnung an die Europäer – und doch setzen kurzfristiges Denken, Uneinigkeit und Opportunismus immer wieder Europas Zukunft aufs Spiel. Für viele europäische Politiker hört sich das sehr weit weg an, doch den heutigen Türken ist die Vergangenheit so nahe, als wäre sie erst gestern passiert – in ihrem Alltag ist all das gegenwärtig.

1.

Spuren der Vergangenheit – warum die türkische Geschichte noch heute relevant ist

Reiter aus dem Osten

Turkstämme in den Steppen Zentralasiens werden bereits in chinesischen Quellen aus dem 6. Jahrhundert n. Chr. genannt. Sie siedelten im heutigen Turkestan, also dem Gebiet zwischen dem Kaspischen Meer und der Wüste Gobi. Auch die westtürkischen Stämme der Oghusen sind ihnen zuzurechnen. Bereits im 8. Jahrhundert kamen sie mit dem Islam in Kontakt, der sich damals aus dem persisch-arabischen Raum nach Osten ausbreitete. Ende des 10. Jahrhunderts übernahmen viele der Turkstämme die islamische Religion, so auch die Seldschuken, ein Teilstamm der oben genannten Oghusen.² Sie bildeten den Ursprung der heutigen Türken.

Der Name dieses Stammes geht auf dessen Häuptling Seldschuk zurück, der um etwa 1000 n. Chr. herrschte. In den Folgejahren eroberte dieses Reitervolk große Teile des heutigen Irans, unterwarf auch Bagdad, das Zentrum der damaligen islamischen Welt, und breitete sich immer weiter Richtung Westen aus. Bald siedelten die Seldschuken in Syrien, Palästina und Anatolien. Daher dauerte es nicht lange, bis es zu Konflikten mit dem mächtigen Byzantinischen Reich kam, das aus dem antiken Oströmischen Reich hervorgegangen war und dessen Kaiser über große Teile Südosteuropas, Anatoliens und Syriens herrschte. In der

Folgezeit wurden die Byzantiner zu den wichtigsten christlichen Gegenspielern der seldschukischen Türken. Die Entscheidung fiel im Jahr 1071 bei Manzikert und ging überraschend aus: Die byzantinischen Truppen wurden regelrecht überrannt, Byzanz verlor den größten Teil seiner asiatischen Gebiete und hatte in der Folge hohe finanzielle Lasten wegen der Geldforderungen der Seldschuken zu tragen. Während es zum wirtschaftlichen Niedergang von Byzanz kam, wurden die Seldschuken in Anatolien sesshaft³ – noch heute bildet diese Landschaft den Kern des türkischen Staates. Die heutige Türkei sieht den Sieg bei Manzikert als Beginn ihrer staatlichen Existenz. Eine Münze⁴ zum 900. Jahrestag feiert diesen Sieg über das griechisch geprägte Byzanz.



Eine mittelalterliche griechische Buchmalerei zeigt, wie seldschukische Reiter die Truppen des byzantinischen Kaisers in die Flucht schlagen. Trotz ihrer nur leichten Rüstung gelang es den Krieger aus der Steppe, der schwer gepanzerten byzantinische Armee verheerende Niederlagen beizubringen.

Im 13. Jahrhundert geriet das Scheldschukenreich unter den Angriffen der Mongolen in eine Krise und verschwand von der Landkarte. Auf seinen Trümmern kam es zur Errichtung mehrerer kleiner Herrschaftsgebiete, die durch lokale türkische Fürsten, die sogenannten Beys, regiert wurden. Im Nordwesten Anatoliens herrschte der Bey Osman I. über einen Teil der türkischen Stämme. Es gibt wenig fundierte Quellen über diese Zeit, da diese Stämme erst später in den Fokus der geschichtlichen Aufzeichnungen rückten. Fest steht, dass der Bey Osman in der Schlacht von Bapheus etwa 1301 oder 1302 einen Sieg über die benachbarten Byzantiner erringen konnte, was ihm wohl die Unterstützung anderer türkischer Stämme einbrachte. In der Folgezeit konnten er und seine Nachfolger so ihren Herrschaftsbereich allmählich ausdehnen. Er legte damit die Grundlage für das Osmanische Reich.⁵ Osman I. hat in den besiegten Gebieten Anfänge einer Bevölkerungspolitik betrieben, die auch noch während der gesamten osmanischen Zeit Bestand hatte. Diese Politik setzte auf freiwillige Umsiedlungen und auf Deportationen – eine politische Konstante für Jahrhunderte.⁶

Ihre Herrschaft sicherten diese Osmanen, wie sie nun immer öfter bezeichnet wurden, durch eine Art Lehenssystem: Krieger bekamen vom Sultan ein Stück Land zugewiesen, das sie als Gegenleistung für ihre militärischen Dienste bewirtschaften durften. Anders als im europäischen Lehenswesen waren diese Ländereien jedoch nicht erblich. Unter Osmans Nachfolger Murad wurde zudem die Einheit der Janitscharen geschaffen: Kinder der unterworfenen christlichen Bevölkerung wurden ihren Eltern geraubt – die sog. Knabenlese –, anschließend zum Islam gezwungen, militärisch ausgebildet und zu bedingungsloser Treue gegenüber dem Sultan eingeschworen. Sie waren einer strengen militärischen Zucht unterworfen und durften nicht

heiraten. In späteren Jahrhunderten bildeten die Janitscharen die militärische Elite des Reiches.⁷

Das Byzantinische Reich wurde im 14. Jahrhundert durch die Osmanen endgültig aus Kleinasien verdrängt. Um 1350 drangen die türkischen Verbände dann zum ersten Mal auf europäisches Gebiet vor und errichteten einen Brückenkopf – der Ursprung der türkischen Expansion auf dem Balkan. In rascher Folge unterwarfen sie Gebiete im heutigen Nordmazedonien und Bulgarien, nach der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 fiel zudem Serbien in osmanische Hände.⁸

Mehmed II. bestieg 1451 den Thron des Osmanischen Reiches und widmete sich umgehend der Eroberung Konstantinopels. Die mehr als tausend Jahre alte Hauptstadt war das letzte Gebiet, das den christlichen Byzantinern angesichts der türkischen Eroberungspolitik geblieben war. Sie lag nun wie eine Insel mitten im Reich der Osmanen und hatte gegen die anstürmenden Truppen des Sultans keine Chance. Am 29. Mai 1453 zog Mehmed als Sieger in die Stadt ein. Konstantinopel, nun oft mit dem türkischen Namen Istanbul bezeichnet, war fortan die Hauptstadt der osmanischen Sultane, die sich damit als Erben des von ihnen zerstörten Byzantinischen Reiches betrachteten. Reformen zur Zentralisierung und zum Ausbau der Macht der Sultane stärkten das Osmanische Reich zusätzlich.⁹

Großmacht auf drei Kontinenten

Von den Historikern wird der Fall Konstantinopels als „weltgeschichtliche Zäsur“ und als Teil der Epochenwende vom Mittelalter hin zur Frühen Neuzeit bewertet.¹⁰ Die Osmanen waren nun

eine Großmacht und bestimmten die Geschicke Europas und Asiens in erheblichem Maße. Dies war nicht nur ein Sieg über irgendein Reich, nein, es ist bis heute für viele Türken und Muslime das Symbol des Sieges über das Christentum – ein Zeichen für die Überlegenheit des Islam. Hohe symbolische Bedeutung hatte auch die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee. Etwa 1000 Jahre nach ihrer Errichtung wurde die gewaltige Kirche, einst Zentrum des griechisch-orthodoxen Christentums, mit Minaretten umgeben und Allah geweiht. Darauf ist man heute noch stolz in der Türkei. So gibt es in den Souvenirläden heutzutage eine reichliche Auswahl mit T-Shirts mit dem Aufdruck „1453“. Können wir uns Ähnliches in Deutschland vorstellen?

In den folgenden Jahrzehnten wurden die Eroberungszüge in alle Himmelsrichtungen fortgesetzt: Nach der Eroberung Syriens folgte die Zerschlagung des Mameluckenreichs in Ägypten. Damit fiel den Osmanen auch das Protektorat über die heiligen Städte in Mekka und Medina zu – ihre Vormachtstellung im islamischen Kulturkreis war endgültig gefestigt. Der Sultan konnte jetzt nicht nur seine weltliche Macht durch die Kontrolle der wichtigsten islamischen Heiligtümer untermauern, als Kalif beanspruchte er gleichzeitig auch die geistliche Führung über die Muslime weltweit.¹¹ Er war, in europäischen Maßstäben gesprochen, Papst und Kaiser in einer Person. Diese enge Verbindung der türkischen Staatsmacht mit der Religion zeigt auch heute noch ihre Spuren: Der institutionalisierte Islam ist auch in unserer Zeit weiterhin eine der wichtigsten Stützen des Machtapparats von Präsident Erdoğan.

Unter Süleyman I. (1520-1566) sprengte der Eroberungsdrang alle bisherigen Maßstäbe. Die westliche Geschichtsschreibung hat sich mehr auf seine Eigenschaft als Förderer der Kunst fokussiert und ihm wegen seiner aufwändigen Hofhaltung den Beinamen „der Prächtige“ verliehen. Türkische Chronisten nennen

ihn den „Gesetzgeber“, da er ein reichsweit gültiges Gesetzbuch auf Grundlage der Scharia schuf.¹² Unter seiner Herrschaft dehnte sich jedoch auch die territoriale Macht des Osmanischen Reiches weiter aus, im Osten bis nach Mesopotamien und das heutige Aserbaidschan, im Westen eroberte er weitere Gebiete des Balkans, darunter etwa Belgrad 1521 und große Teile Ungarns 1526. So kamen die Osmanen dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, das damals den größten Teil Mitteleuropas umfasste, bedrohlich nahe. Drei Jahre später war es dann so weit: 1529 drang die osmanische Armee unter dem Oberkommando des Sultans nach Wien vor und belagerte die Residenzstadt des Römisch-Deutschen Kaisers.¹³

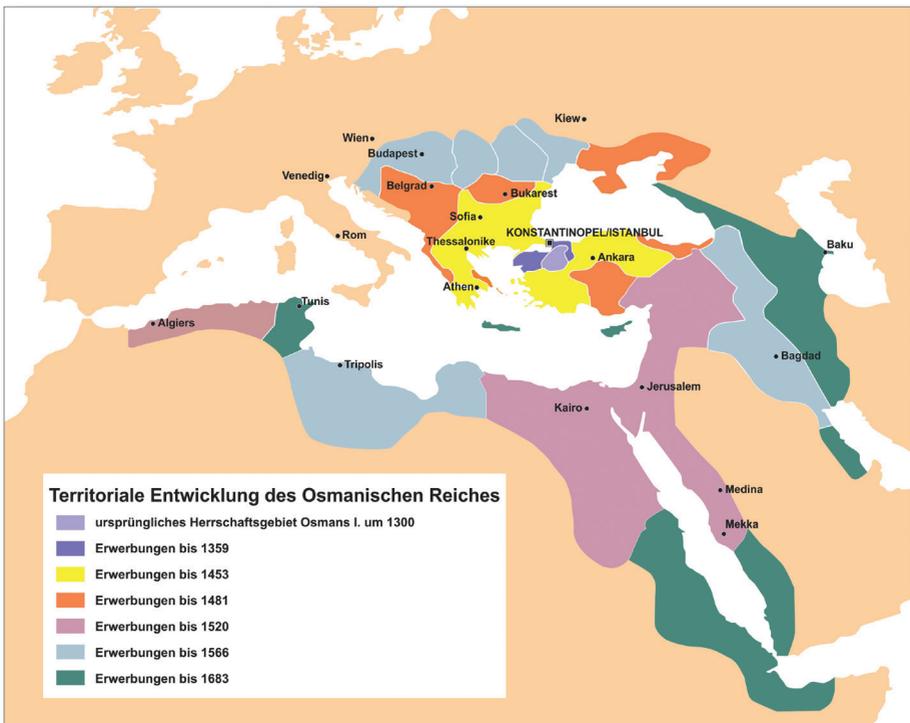
In ganz Europa wurde die Nachricht schockiert aufgenommen, berühmt sind etwa die Türkenpredigten Martin Luthers oder die Beschreibungen der Grausamkeiten, die die osmanische Vorhut an der christlichen Zivilbevölkerung beging.¹⁴ Trotz überlegener Kräfte gelang es dem Sultan jedoch auch nach mehreren Sturmangriffen nicht, die symbolisch, wirtschaftlich und strategisch enorm wichtige Stadt einzunehmen. Ein früher Winterbruch zwang ihn schließlich, die Belagerung abbrechen. Trotz dieses Rückschlags war es Süleyman gelungen, die osmanische Macht über die bisherigen Dimensionen weit auszudehnen und als eine ernsthafte Bedrohung für Zentraleuropa zu etablieren. Unter dem charismatischen Admiral Khair ad-Din Barbarossa konnte sich außerdem die Flotte des Sultans für Jahrzehnte die Seeherrschaft über das östliche Mittelmeer sichern.¹⁵

Im Inneren gelang es, die Reichsverwaltung zu konsolidieren und mit der militärischen ging auch eine wirtschaftliche Expansion einher. Ein Großteil der Bevölkerung des osmanischen Reiches lebte als abgabepflichtige Bauern in einer Art Feudalsystem, ähnlich wie im mittelalterlichen Europa. Nichtmuslimischen

Untertanen des Sultans wurde zwar ein gewisses Maß an Selbstverwaltung zuerkannt, sie waren jedoch als sog. Dhimmi gesellschaftlich diskriminiert, indem sie u. a. eine Sondersteuer zahlen mussten.¹⁶ Wirtschaftlich spielte außerdem die Sklaverei eine große Rolle: Wie überall in der islamischen Welt war sie auch im Osmanischen Reich weit verbreitet. Wer als Hausdiener seine Arbeit verrichten konnte, hatte immerhin Glück im Unglück. Noch beklemmender ist das Schicksal der Galeerensklaven, die ihre Gesundheit und ihr Leben für die Flotte des Sultans hingeben mussten. Federführend in dem grausamen Geschäft waren die sog. Barbaresken: Seeräuber an der nordafrikanischen Küste, die ab Anfang des 16. Jahrhunderts unter der Oberherrschaft der osmanischen Sultane standen. Sie überfielen bei ihren Menschenjagden vor allem die Küstenstädte des Mittelmeeres, etwa in Spanien und Italien, um christliche Bewohner zu erbeuten. Manche der Raubzüge führten sie aber sogar nach Irland. Historiker schätzen, dass im Zeitraum zwischen 1530 und 1780 mehr als eine Million Europäer in die Fänge dieser muslimischen Sklavenhändler gerieten.¹⁷ So beruhte der Glanz der osmanischen Herrschaft nicht zuletzt auch auf der hunderttausendfachen Versklavung und Ausbeutung europäischer Frauen, Kinder und Männer.

Unter Süleyman „dem Prächtigen“ stand das Osmanische Reich auf dem Zenit seiner Macht. Es erstreckte sich über drei Kontinente und versetzte die christlichen Europäer immer wieder in Angst und Schrecken. Gigantische Moscheen, die auf den Trümmern der byzantinischen Bauwerke errichtet wurden, zeugen noch heute davon. Der Herrscher war sich seiner Macht durchaus bewusst und ließ das auch über den Haupteingang der von ihm erbauten Süleymaniye-Moschee in den Stein meißeln. Die Inschrift zeugt vom universalen Herrschaftsanspruch der

osmanischen Sultane: „Eroberer der Länder des Ostens und des Westens mit Hilfe des Allmächtigen und seiner siegreichen Armeen, Herrscher über die Reiche der Welt.“¹⁸ Zugleich knüpfte er zahlreiche diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit den Staaten Europas. So war insbesondere Frankreich an einem guten Verhältnis mit den Osmanen interessiert, um den gemeinsamen Feind, die Habsburger, zu schwächen.¹⁹ Die Uneinigkeit Europas kam den Osmanen daher zugegen.



Unter Süleyman I. „dem Prächtigen“ dehnte sich das Osmanische Reich weit nach Europa aus und beherrschte den gesamten Balkan, Griechenland, Ungarn, Rumänien und Teile der heutigen Ukraine. Auch in Nordafrika und an der Grenze zu Persien erweiterte Süleyman die Grenzen seines Reiches.

Doch nach dem Tod Süleymans trat das Reich in eine Phase der Stagnation ein. Mehrere unfähige Herrscher, wie etwa Ibrahim „der Verrückte“, gelangten auf den Thron und oft waren es die Mütter der Sultane oder aber die Großwesire, die als wahre Herrscher die Geschicke im Hintergrund lenkten und dem Reich so eine gewisse Beständigkeit verliehen.²⁰ Zugleich kamen jedoch allmählich wirtschaftliche Schwierigkeiten zum Vorschein. Der Niedergang des osmanischen Lehenssystems führte zur Verarmung großer Teile der Landbevölkerung; die Administration der weitläufigen Gebiete, die verschwenderische Hofhaltung und die Ausgaben für das nun fest besoldete stehende Heer verschlangen immer größere Summen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zunehmend überstiegen.²¹ Silber als Zahlungsmittel im Osmanischen Reich verlor aufgrund der massiven spanischen Silberimporte aus der Neuen Welt massiv an Wert.²² Im 17. Jahrhundert kam es schließlich auch zu einem militärischen Niedergang, zahlreiche Armeeangehörige desertierten oder schlossen sich plündernden Banditen an. Selbst bei den Janitscharen ließ der Drill früherer Jahre nach, während ihr politischer Einfluss wuchs: Sie wurden zu einem Staat im Staate und griffen immer öfter in das zunehmend korrupte Herrschaftssystem ein. Sogar Sultane wurden bisweilen von den Janitscharen ein- und abgesetzt.²³

Mit der Seeschlacht von Lepanto 1571 hatten die Osmanen bereits eine herbe Niederlage gegen eine christliche Flotte einstecken müssen und verloren so ihre Vorherrschaft im Mittelmeer. Dennoch setzten sie noch einmal alles auf eine Karte: Unter Aufbietung aller Kräfte stieß ein türkisches Heer 1683 erneut Richtung Mitteleuropa vor und suchte den Entscheidungskampf gegen die Habsburger. Wieder war es die kaiserliche Residenzstadt Wien, die im Fokus der osmanischen Herrscher stand,

jedoch wurde auch diese Invasion zurückgeschlagen. Mit ausschlaggebend für den Sieg über die Osmanen war hier die Hilfe des polnischen Königs Jan III. Sobieski – ein europäisches Bündnis gegen die islamischen Aggressoren zeigte hier seine ganze Schlagkraft. Im Gegensatz dazu wurde die militärische Schwäche des Osmanen offensichtlich. Die österreichischen Habsburger unter ihrem Feldherrn Prinz Eugen von Savoyen nutzten die Gunst der Stunde und vertrieben die Osmanen in wenigen Jahren aus Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen. Russische und venezianische Angriffe setzten den Türken zusätzlich zu, so dass die Osmanen im Frieden von Karlowitz (1699) erstmals ihre klare Niederlage gegenüber europäischen Mächten einräumen mussten.²⁴

Der „Kranke Mann am Bosphorus“

Im 18. und 19. Jahrhundert beschleunigte sich der Niedergang rapide, in mehreren russisch-türkischen Kriegen gelang es v. a. dem aufstrebenden Zarenreich, die Osmanen immer weiter aus Osteuropa und dem Kaukasus zu verdrängen. Bedeutend war die Eroberung der Halbinsel Krim im Jahr 1774, die den Russen einen Zugang zum Schwarzen Meer ermöglichte und den Status der Osmanen als ernstzunehmende Großmacht beendete.²⁵ Das Reich taumelte in eine Reihe von jahrzehntelangen Unruhen und Aufständen, um 1800 befand es sich in einer handfesten Staatskrise und musste hinnehmen, dass Engländer und Franzosen für einige Jahre das reiche Ägypten besetzten.²⁶ Die vorsichtigen Reformversuche unter Sultan Selim III. und seinem Nachfolger Mahmud II. in der sog. Tanzimat-Epoche brachten nicht den gewünschten Erfolg, um das Reich langfristig zu stabilisieren.²⁷

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts zeigten sich nämlich regelrechte Auflösungserscheinungen: Die christlichen Serben bildeten bereits 1813 ein eigenes Fürstentum,²⁸ die Griechen befreiten sich in einem langjährigen Unabhängigkeitskrieg bis 1830 vom osmanischen Joch,²⁹ in Ägypten probte ein Gouverneur den Aufstand gegen den Sultan³⁰ und schließlich kam es zu einer folgenreichen Rebellion arabischer Beduinen unter Führung der Saud-Dynastie – heute die Beherrscher Saudi-Arabiens. Der saudische Aufstand konnte zwar zunächst noch zurückgeschlagen werden. Doch der Angriff der arabischen Stammeskrieger – die eine besonders radikale Lesart des Islam, den sog. Wahhabismus, propagierten – auf die heiligen Stätten Mekka und Medina war ein deutliches Zeichen dafür, dass die Oberhoheit des Sultans über alle Muslime nicht mehr überall anerkannt wurde.³¹

Das einst stolze Reich war zum „Kranken Mann am Bosphorus“ geworden, wie es der russische Zar im Jahr 1852 ausdrückte.³² Ein Zusammenbruch war aber nicht im Interesse der westlichen Großmächte, denn sie befürchteten, dass gerade Russland die Schwäche der Osmanen für eigene Gebietsgewinne ausnutzen würde – sah sich doch der Zar als Schutzherr der orthodoxen Christen auf dem Balkan. Im Krimkrieg (1853-56) intervenierten daher Großbritannien und Frankreich aufseiten der Osmanen gegen das russische Zarenreich und konnten so noch einmal den Untergang des Osmanischen Reiches abwenden.³³

Doch die Probleme des taumelnden türkischen Großreiches blieben unbewältigt: Wirtschaftlicher Niedergang – der Staatsbankrott war 1875 erklärt worden³⁴ – und das Zerbröckeln des Reiches auf dem Balkan machten den Sultanen weiterhin zu schaffen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begehrte nun auch die lokale christliche Bevölkerung in Rumänien und

Bulgarien gegen die osmanischen Fremdherrscher auf und schuf sich, teils mit russischer Unterstützung, eigene Staaten. Der Russisch-Osmanischer Krieg (1877-1878) gehört in diesen Zusammenhang und führte das Reich an die Schwelle des Untergangs, als Russland bis an die Stadtgrenze der Hauptstadt Konstantinopel/ Istanbul vordringen konnte. Um einen völligen Zusammenbruch zu verhindern, musste der Sultan demütigende Friedensbedingungen akzeptieren. Auf dem Berliner Kongress 1878 wurde schließlich die Abtretung Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und Montenegros international bestätigt; Bosnien fiel unter österreichische Herrschaft.³⁵ Damit hatten die Osmanen den größten Teil ihrer Besitzungen auf dem Balkan verloren.

Der Weg in den Ersten Weltkrieg

Ab 1890 versuchte unter Kaiser Wilhelm II. nun auch das aufstrebende Deutsche Reich, Einfluss im Nahen Osten zu gewinnen – mit Prestigeprojekten wie der Bagdad- oder Hedschasbahn wollte man das demonstrieren und gleichzeitig durch die Investitionen wirtschaftlich profitieren. Die immer engeren Beziehungen zum Deutschen Reich verschafften dem Sultan so eine Verschnaufpause. Doch in diesem Zuge stieg auch die Auslandsverschuldung des Osmanischen Reiches rapide an – und damit natürlich die Abhängigkeit von ausländischen Mächten.³⁶ Die Gebietsverluste gingen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zudem weiter. Im Jahr 1912 mussten die Osmanen Libyen an die Italiener abtreten, im ersten Balkankrieg verloren sie ihre letzten noch verbliebenen europäischen Besitzungen – nur die Hauptstadt und ihr Umland verblieben

westlich des Bosphorus noch in osmanischer Hand.³⁷ Dies war nicht nur ein Gesichtsverlust vor der Weltöffentlichkeit, sondern auch eine hohe ökonomische Belastung – Einnahmen gingen verloren, Kriegskosten fielen an, tausende Flüchtlinge galt es zu versorgen. Rache für die erlittene Schmach und die Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen standen fortan im Zentrum der osmanischen Außenpolitik.³⁸

Das zusammengeschmolzene Reich wurde jedoch nicht nur von außen bedrängt, auch die Ansprüche neuer politischer und gesellschaftlicher Kräfte setzten ihm darüber hinaus zu. Ab 1894 kam es mit Duldung und Unterstützung der Staatsmacht zu mehreren muslimischen Massakern an den christlichen Armeniern, unter denen der Widerstand gegen die osmanische Fremdherrschaft zugenommen hatte.³⁹ In der Endphase der Regierungszeit Sultan Abdülhamids verschärften sich bis 1908 die wirtschaftliche und politische Krise so sehr, dass der Sultan schließlich durch die nationalistische Bewegung der Jungtürken abgesetzt wurde. Fortan regierte sein Bruder Mehmed V. als deren Marionette und spätestens ab 1913 war das Osmanische Reich faktisch eine Militärdiktatur⁴⁰ unter dem Kriegsminister Enver Pascha, dem Marineminister Ahmed Cemal und dem Innenminister Mehmed Talaat, die zusammen als das „Jungtürkische Triumvirat“ bezeichnet werden.⁴¹ Eine bisher nicht gekannte Aufrüstungspolitik wurde unter den Jungtürken betrieben, so dass im Jahr 1911 die Militärausgaben bei einem Drittel des Staatshaushalts lagen.⁴² Der immer stärkere Einfluss des Deutschen Reiches zeigte sich auch darin, dass deutsche Banken die Aufrüstung finanzierten und deutsche Offiziere das osmanische Militär ausbildeten.⁴³

Trotzdem hatte zu Beginn des 1. Weltkrieges die türkische Regierung zunächst versucht, sich aus den Kampfhandlungen

herauszuhalten. Doch schon in den ersten Kriegsmonaten näherte sich das Osmanische Reich den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn immer mehr an, indem es deutschen Kriegsschiffen Schutz vor britischen Verfolgern bot. Zum offiziellen Kriegseintritt kam es am 02. November 1914, nachdem die Osmanen den Bosphorus gesperrt und die russische Schwarzmeerflotte angegriffen hatten. Von ihrer Kriegsbeteiligung versprachen sie sich u. a. die Rückeroberung verlorengegangener Gebiete auf dem Balkan und einiger griechischer Inseln.⁴⁴ Die Deutschen hatten ein Interesse an dem Bündnis, da die Osmanen den russischen Handel über eine Blockade des Bosphorus empfindlich stören⁴⁵ und das britische Kolonialreich in Indien und Ägypten bedrohen konnten.⁴⁶

Die osmanische Beteiligung am Ersten Weltkrieg wurde propagandistisch enorm aufgeladen: Sultan Mehmed V. selbst sprach von einem Dschihad gegen die christlichen Mächte der Russen, Franzosen und Briten, die angeblich überall auf der Welt Unheil und Unterdrückung über die Muslime gebracht hätten. Der Anspruch, als islamische Führungsmacht in einem weltweiten Glaubenskrieg zu kämpfen, wurde außerdem von Hayri Efendi – Mufti von Istanbul und damit höchste religiöse Autorität des Reiches – in einer Fatwa legitimiert. Darüber hinaus rechtfertigte der Sultan den Kriegseintritt öffentlich, indem er Jahrhunderte alte Gebietsverluste an das Russische Reich beklagte.⁴⁷

Hier kamen also viele Motive zusammen: das Gefühl religiöser Überlegenheit des Islam, als dessen Anführer und Beschützer sich die osmanischen Türken sahen; die Vorstellung, als Muslime einer weltweit unterdrückten Glaubensrichtung anzugehören, die sich endlich verteidigen müsste; die Schmach vergangener Niederlagen und Demütigungen, die auch nach Jahrhunderten noch im

Gedächtnis der Öffentlichkeit präsent waren. Eng verquickt war diese Mischung aus auftrumpfender Aggressivität und historisch bedingtem Minderwertigkeitsgefühl mit handfesten politischen und ökonomischen Interessen, wie wir oben gesehen haben.

Der Völkermord an den Armeniern und das Ende des Osmanischen Reiches

Der Aufruf zum Dschihad zeigte allerdings außerhalb der Reichsgrenzen nur geringe Wirkung⁴⁸ und auch sonst stellte sich die Bilanz der osmanischen Armee als wenig ruhmreich heraus: Ein britisches Expeditionskorps drang erfolgreich in Mesopotamien vor und eine Invasion der Halbinsel Gallipoli in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt konnte nur mit Mühe und unter großen Verlusten zurückgeschlagen werden. Der geplante Vorstoß gegen die Russen im Kaukasus endete gar in einer Katastrophe: Bis zu 75.000 osmanische Soldaten fanden bis zum Januar 1915 den Tod durch Kälte, Erschöpfung und russische Granaten.⁴⁹ Daher suchte die osmanische Führung nach einem Sündenbock und fand ihn in ihren christlichen Untertanen: Zunächst wurde die armenische Gemeinde Istanbuls in Konzentrationslager gesperrt, ab dem Mai 1915 wurden hunderttausende christliche Armenier, Griechen und Syrer aus ihren Heimatorten vertrieben, enteignet und – zu Fuß oder in Viehwagen gepfercht – auf Todesmärsche in lebensfeindliche Wüsten gezwungen. Männer im wehrfähigen Alter wurden oft gleich an Ort und Stelle massakriert.⁵⁰ Bis zu 1,5 Millionen Armenier sowie mehrere hunderttausend Griechen und Syrer, darunter Frauen, Männer und Kinder, fielen den von der osmanischen Führung angeordneten Maßnahmen zum Opfer.



Opfer eines Todesmarsches im Rahmen des türkischen Völkermords an den Armeniern. Dieses Foto wurde im Jahr 1915 bei Aleppo geschossen. Mehreren hunderttausend Müttern und Kindern erging es so wie den hier Abgebildeten: Völlig erschöpft durch Durst, Hunger und die Gewalt ihrer Peiniger, wurden sie in der sengenden Hitze der Syrischen Wüste zum Sterben liegengelassen.

Ein Großteil der armenischen Bevölkerung Anatoliens wurde in wenigen Jahren ausgelöscht,⁵¹ doch erst viele Jahrzehnte später wurden diese Massaker offiziell als Völkermord anerkannt, so beispielsweise vom EU-Parlament,⁵² der UN-Menschenrechtskommission⁵³ und der internationalen Vereinigung der Völkermordforscher.⁵⁴ Die Türkei hingegen bestreitet auch heute noch diese Tatsache. Bis vor kurzem beschränkte sich die Staatsführung noch darauf, die türkischen Gräueltaten zu verharmlosen und zu leugnen⁵⁵ – so wurde z. B. ein Denkmal, das an das Schicksal der Armenier erinnerte, im Jahr 2011 auf Befehl von oben niedergerissen.⁵⁶ Mittlerweile geht Erdoğan sogar noch darüber hinaus: Nachdem er 2020 zusammen mit

dem benachbarten Aserbaidschan einen Krieg gegen Armenien vom Zaun gebrochen hatte, rühmte er Enver Pascha, den Hauptverantwortlichen für den Völkermord.⁵⁷

Mit der Niederlage im Jahr 1918 stürzte das Osmanische Reich ins Chaos: Weite Teile des Staatsgebietes wurden von alliierten Truppen besetzt, die jungtürkische Führung entzog sich durch Flucht einem Kriegsverbrechertribunal (viele erlagen jedoch bald der Rache armenischer Geheimkommandos) und der schwache Sultan Mehmed VI. konnte den verbliebenen Rumpfstaat kaum noch zusammenhalten. Der Vertrag von Sèvres (1920) brachte den Verlust der arabischen Regionen in Syrien und Mesopotamien, zudem mussten weitere Gebiete im Westen an Griechenland und im Osten an den neugeschaffenen armenischen Staat abgetreten werden.⁵⁸ Doch nachdem die Delegation des Sultans diesen Vertrag unterzeichnet hatte, verweigerte das Parlament (das wegen der Besetzung der Hauptstadt ins anatolische Ankara umgezogen war) die Ratifizierung. Unter der Führung des Kriegshelden Mustafa Kemal und seiner nationalistischen Bewegung stellte es die angeschlagene Autorität des Sultans nun immer offener in Frage; Kemal stieg dabei zum Oberbefehlshaber und zur Symbolfigur des Widerstands gegen den demütigenden Friedensvertrag auf.

Seiner türkischen „Befreiungsarmee“ gelang es, sowohl den Armeniern als auch den Griechen empfindliche Niederlagen beizubringen. Die Eroberung der griechischen Metropole Smyrna (heute das türkische Izmir) im Jahr 1922 markierte dabei einen Höhepunkt dieses sogenannten Türkischen Befreiungskrieges. Die Schattenseiten dieser Kriegszüge sollen hier jedoch nicht unerwähnt bleiben: Für die unterworfenen Bevölkerungen bedeutete der türkische Triumph, dass sie aus ihrer angestammten Heimat gewaltsam vertrieben wurden. Die

wegen des Völkermordes bereits stark dezimierten Armenier mussten hinnehmen, dass ihr Siedlungsgebiet noch weiter schrumpfte – erneut war die Existenz ihrer Nation durch die türkische Übermacht bedroht. Und die kleinasiatische Küste um Smyrna, seit der Antike ununterbrochen eines der Kerngebiete der griechischen Sprache und Kultur, war nun das erste Mal in der Geschichte „griechenfrei“. Den Platz der ursprünglichen Einwohner nahmen nun türkische Siedler ein, die ihrerseits zuvor auf griechischem Staatsgebiet gelebt hatten. Innerhalb kürzester Zeit änderten sich so Charakter und Identität jener Landschaft komplett. Dieser sogenannte Bevölkerungsaustausch, der zwischen der Türkei und Griechenland förmlich besiegelt wurde, ist eine der Hauptursachen für die heute noch enorme Homogenität der türkischen Bevölkerung in dieser Region. Der Preis dafür: 1,2 Millionen christliche Griechen verloren ihre angestammte Heimat.⁵⁹

Der Jahrestag der Eroberung Smyrnas wird durch die Türken noch heute als „Siegestag“ gefeiert.⁶⁰ Mustafa Kemal nutzte das gewonnene Ansehen, um seinen innenpolitischen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen, die in starkem Widerspruch zur osmanischen Tradition standen: Eine von ihm eingesetzte Nationalversammlung schwor er auf das Ziel der Volkssouveränität ein und der Sultan wurde im Jahr 1922 offiziell abgesetzt. Der Vertrag von Lausanne (1923) ersetzte schließlich den niemals in Kraft getretenen Vertrag von Sèvres und schuf für die Türkei wesentlich günstigere Friedensbedingungen. Durch die neu gewonnenen griechischen und armenischen Gebiete wuchs das Staatsgebiet etwa auf die heutige Größe heran; Anatolien, Ostthrakien und Istanbul waren komplett in türkischer Hand und die alliierten Besatzungstruppen mussten das Land verlassen. Mit diesem Erfolg im Rücken wurde Mustafa Kemal

schließlich zum Präsidenten der am 23.10.1923 ausgerufenen Türkischen Republik ernannt.⁶¹ Die 600-jährige Geschichte des Osmanischen Reiches war damit endgültig vorbei.

Ein moderner türkischer Staat

Die inneren Verhältnisse dieser jungen Republik, die nun ihre Hauptstadt im anatolischen Ankara hatte, unterzog der neue Staatschef mithilfe der ihm treu ergebenen „Kemalisten“ einer radikalen Erneuerungskur. Geprägt durch westlich-aufklärerisches Denken, sah Kemal besonders im bestimmenden Einfluss des Islam auf das öffentliche Leben den größten Hemmschuh auf dem Weg in einen modernen Staat. Viele seiner Maßnahmen waren deswegen darauf gerichtet, diese Rückständigkeit zu überwinden und den Islam zurückzudrängen: Zunächst wurden die Ministerien für geistliche Angelegenheiten abgeschafft, dann der Schulunterricht den Imamen entzogen – eine allgemeine unentgeltliche Schulpflicht unter staatlicher Kontrolle wurde eingeführt. Für Frauen wurden weitgehend gleiche Rechte geschaffen: Sie durften nun ihren Beruf frei wählen sowie höhere Schulen und Universitäten besuchen. Ein modernes Rechtssystem nach italienischem und Schweizer Vorbild beinhaltete auch ein Verbot der Vielehe. Besonders im Straßenbild waren die revolutionären neuen Verhältnisse und die Hinwendung zum Westen nun deutlich erkennbar: Die traditionelle Kopfbedeckung für Männer, der sog. Fes, wurde abgeschafft und europäische Kleidung vorgeschrieben; anstatt der überkommenen islamischen Zeitrechnung galt nun der Gregorianische Kalender wie in Europa.⁶² Schließlich wurde auch das arabische Alphabet durch lateinische Buchstaben (mit einigen Sonderzeichen für

die türkische Sprache) ersetzt.⁶³ Die Hagia Sophia, das einstige Juwel byzantinischer Baukunst und unter den Osmanen zur Moschee umgewandelt, ließ der Staatspräsident demonstrativ in ein Museum umwandeln.⁶⁴ Der Bruch mit der osmanischen Tradition hätte nicht größer sein können.

Bei seinen Anhängern traf diese Reformpolitik auf solche Begeisterung, dass sie Mustafa Kemal den Ehrentitel Atatürk („Vater der Türken“) verliehen. Republikanisch und modern gesinnte Türken verehren ihn bis heute oft in einem regelrechten Personenkult. In nur 15 Jahren – er herrschte von 1923 bis 1938 – hatte Atatürk das Leben seiner Bürger komplett umgekrempelt, die streng-islamischen Werte des osmanischen Reiches gehörten der Vergangenheit an. Auf dem Gebiet der Außenpolitik strebte Atatürk nach einem Ausgleich mit den einstigen Siegerstaaten und den führenden Mächten der Region: Abkommen und Freundschaftsverträge mit Frankreich, Persien (dem heutigen Iran), der Sowjetunion und sogar mit dem einst verhassten Griechenland wurden geschlossen.⁶⁵ Doch unumstritten war seine Politik nicht: Die Stützen des neuen Systems waren v. a. Offiziere, Intellektuelle und Angehörige der freien Berufe – eine Elite, die wie der Staatsgründer Atatürk selbst in den Genuss moderner westlicher Bildung gekommen war. Für weite Teile der ländlichen Bevölkerung Anatoliens und der übriggebliebenen osmanischen Führungsschicht waren weiterhin die Religion und traditionell-islamische Werte prägend.⁶⁶ Atatürk musste deswegen seine laizistischen Reformen mit autoritären Maßnahmen gegen große Widerstände durchsetzen. Seine Anhänger und Verbündeten sammelte er in der Republikanischen Volkspartei (CHP),⁶⁷ die noch heute existiert und der wichtigste Gegenspieler Erdoğan's ist.

Nach Atatürks Tod wurde sein Weggefährte İsmet İnönü der Nachfolger im Präsidentenamt. Ihm gelang es, sich aus dem Zweiten Weltkrieg weitestgehend herauszuhalten – hier hatte man die Lektion aus den Fehlern der osmanischen Vergangenheit offenbar gelernt. Nach Kriegsende lehnte sich die Türkei eng an die Westmächte an und trat 1952 der NATO bei. Freie Wahlen wurden zugelassen und die Wirtschaft liberalisiert, eine allmählich beginnende Industrialisierung und der Bildungsaufstieg größerer Teile der Bevölkerung waren Kennzeichen dieser Periode.⁶⁸

Islamische Kräfte nehmen die Republik unter Beschuss

Seit den 60er Jahren jedoch nutzten extremistische Bewegungen die demokratische Öffnung des Landes immer erfolgreicher aus: Mit dem Aufstieg ultranationalistischer und radikal-islamischer Bewegungen⁶⁹ zeigte sich, dass erhebliche Teile der türkischen Bevölkerung von den modernen Reformen Atatürks und seiner Nachfolger nichts hielten, sondern sich nach einem streng-islamischen System und der glanzvollen osmanischen Vergangenheit zurücksehnten. Das Militär, eine der Stützen der Republik, griff nun vermehrt in die Politik ein, um das Erbe des Staatsgründers zu retten. Die immer schwächeren Präsidenten machten den radikalen Kräften Zugeständnisse, so etwa mit der Invasion gegen Zypern im Jahr 1974 – bis heute belastet diese Frage die türkischen Beziehungen mit der EU. Doch die Radikalen fühlten sich durch die Nachgiebigkeit ihrer Gegner umso mehr ermuntert: Instabilität, häufige Regierungswechsel, Terroranschläge extremistischer Gruppen sowie wirtschaftliche Probleme prägten die folgenden Jahre. 1980 kam es zu einem

Militärputsch und blutigen politischen Säuberungen unter General Kenan Evren.⁷⁰

Seit den 1980er Jahren erschütterte außerdem der Konflikt mit den Kurden den türkischen Staat immer heftiger. Unter ihrem Anführer Abdullah Öcalan kämpfte die kurdische Arbeiterpartei PKK für einen unabhängigen Staat auf dem Gebiet der östlichen Türkei, das Militär reagierte auf die kurdischen Terrorakte mit äußerster Brutalität. 40.000 Tote und 3.000 zerstörte Dörfer sind das Ergebnis der jahrzehntelangen Anschläge und Massaker.⁷¹ Bis in unsere Zeit fordern die Konflikte zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Minderheit im Osten des Landes noch weitere Tote.

Nachdem das Militär Teile der politischen Macht wieder abgegeben hatte, waren die 90er Jahre durch den weiteren Aufstieg radikal-islamischer Kräfte geprägt. Unter dem Präsidenten Necmettin Erbakan kam es ab 1996 zum Versuch, das Bildungswesen zu islamisieren, indem die streng-religiösen Imam-Hatip-Schulen dem staatlichen Bildungswesen gleichgestellt wurden. Seine Macht war zwar nicht von Dauer, doch aus demselben fundamentalistischen Milieu ging schließlich die heute regierende AKP des Präsidenten Erdoğan hervor.⁷² Seit dem Erdrutschsieg der Partei im Jahr 2002 bestimmen damit fast zwei Jahrzehnte lang wieder streng-islamische Kräfte die Geschicke des Landes. Erdoğan, zunächst Ministerpräsident, heute Staatspräsident der Türkei, räumt seitdem das Erbe Atatürks beiseite. Sein Vorbild ist nicht die moderne, westlich orientierte Republik mit ihrer Trennung von Staat und Religion, sondern das vor einem Jahrhundert untergegangene Osmanische Reich.

2.

Erdođan – Machtpolitik im Zeichen des Fundamentalismus

Der Ehrgeiz eines Aufsteigers

Recep Tayyip Erdođan, geboren 1954, stammt eigenen Angaben zufolge aus einfachen Verhältnissen. Seine Eltern waren aus dem rückständigen Osten der Türkei nach Istanbul zugewandert, wo dann ihre Kinder aufwuchsen, und schickten ihn auf eine Imam-Hatip-Schule – die könnte man sich als eine Art islamisch orientierte Oberschule vorstellen. In der damals sehr säkularen Türkei fristeten solche Schulen eine eher randständige Existenz, doch der junge Recep fand dort ein streng-religiöses Milieu vor, in dem er sich offenbar zu Hause fühlte. So machte er sich bald einen Namen als strenggläubiger Muslim – der Spitzname „Koran-Nachtigall“ spielt auf seine ausgiebige Lektüre an – und schloss mit einem Fachabitur ab, das normalerweise die Laufbahn für Imame begründet.⁷³ Allerdings soll er sich letztlich für ein Studium der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften entschieden haben, so behauptet er es jedenfalls selbst. In den letzten Jahren mehrten sich nämlich Zweifel an seinem akademischen Abschluss – u. a. weil das entsprechende Institut erst 1982 gegründet wurde, d. h. erst ein Jahr nach Erdođans vermeintlichem Diplom.⁷⁴

In den 70er bis 90er Jahren war er Mitglied mehrerer fundamentalistischer Parteien, u. a. der von Necmettin Erbakan gegründeten Nationalen Heilspartei (MSP) und später der sog. Wohlfahrts-

partei. Das Milieu der streng-islamischen Binnenmigranten war es denn auch, das ihm 1994 den Überraschungserfolg bei der Wahl zum Oberbürgermeister Istanbuls verschaffte: Die zuvor recht westlich ausgerichtete Metropole mit fast europäischem Flair nahm durch die vielen traditionell eingestellten Einwanderer aus dem Osten der Türkei eine zunehmend andere Gestalt an. Und Erdoğan gab dieser Veränderung ein Gesicht, beschleunigte sie gar noch: Der bekennende Scharia-Anhänger verbot den Alkoholausschank in städtischen Cafés, richtete gesonderte Schwimmbäder für Frauen und getrennte Schulbusse für Jungen und Mädchen ein. Doch man darf seinen Erfolg und seine Beliebtheit nicht allein auf solche Maßnahmen zurückführen. Erdoğan erwies sich nämlich auch als tüchtiger Verwalter und verbesserte die öffentlichen Dienste der schwer zu zählenden Millionenstadt.⁷⁵

Das islamistische Milieu, das den aufstrebenden Politiker zur Macht trug, hatte einen rein funktionalen Begriff von Demokratie. Erdoğan selbst sprach in jenen Jahren mehrmals ganz offen darüber, dass er die Demokratie nur als Mittel zum Zweck betrachtete. Besonders martialisch drückte er die Ziele seiner Bewegung 1997 aus:

***„Die Moscheen sind unsere Kasernen,
die Minarette unsere Bajonette,
die Kuppeln unsere Helme
und die Gläubigen unsere Soldaten.“⁷⁶***

Zwar stammen diese bedrohlichen Worte nicht von Erdoğan selbst, sondern von einem gleichgesinnten Poeten namens Ziya Gökalp, doch der Oberbürgermeister der größten türkischen Stadt zitierte das Gedicht zustimmend und fügte in aller Deutlichkeit noch hinzu: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufspringen, bis wir am Ziel sind.“⁷⁷

Das ging der immer noch säkular eingestellten Elite des Landes zu weit. 1998 wurde die Wohlfahrtspartei wegen dschihadistischer Tendenzen verboten. Erdoğan sowie sein Mentor Erbakan erhielten politische Betätigungsverbote, Erdoğan selbst musste sogar eine Haftstrafe antreten.⁷⁸ Noch einmal hatten die säkularen, kemalistischen Kräfte sich gegen den Einfluss des Islamismus gestemmt und einen Sieg über die immer erfolgreichereren, immer dreister auftretenden Fundamentalisten errungen. Doch es sollte kein Sieg von Dauer sein.

Nach seiner Haftentlassung und einer gescheiterten Parteigründung gelang es dem ambitionierten Strategen schließlich doch, eine dauerhafte politische Plattform zu schaffen: In der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) sammelte er ab 2001 alles ein, was in der islamistischen Szene Rang und Namen hatte: Neben der alten Garde der aufgelösten Tugendpartei, darunter dem späteren Staatspräsidenten Abdullah Gül, gehörten dazu auch Anhänger des fundamentalistischen Predigers und Medienmoguls Fetullah Gülen, der ein Netzwerk tausender Privatschulen, Universitäten und Kindergärten im ganzen Land errichtet hatte. Dazu kamen noch einige wirtschaftsliberale und nationalistische Politiker, die eine breite Verankerung der AKP in der türkischen Mittelschicht garantieren sollten. Mit dieser Formation errang Erdoğan nur ein Jahr nach Gründung einen fulminanten Wahlsieg bei der türkischen Parlamentswahl. Erst nach einer Verfassungsänderung im Jahr 2003 konnte er jedoch selbst das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen, da für ihn selbst weiterhin ein politisches Betätigungsverbot bestand.⁷⁹

Schritt für Schritt drückte die AKP gegen den erbitterten Widerstand des Militärs und der kemalistischen Opposition dem Land ihren Stempel auf. Besonders das Bildungssystem mussten die

Islamisten unter ihre Kontrolle bekommen, um die nachfolgenden Generationen für ihre Ziele zu gewinnen. Unermüdlich stritt man für die Abschaffung des Kopftuchverbots an Universitäten,⁸⁰ führte Arabisch, Koranunterricht und das Leben des Propheten Mohammed als neue Schulfächer ein und ermöglichte die Unterweisung im Koran sogar schon für Kleinkinder ab drei Jahren. Die Rolle der streng-religiösen Imam-Hatip-Schulen wurde erheblich ausgebaut und ihre Abschlüsse denjenigen der regulären Gymnasien gleichgesetzt.⁸¹ Mehrere Reformen im Justizsystem stärkten die Rolle der Regierung, u. a. wurden Zensurbefugnisse für den Ministerpräsidenten geschaffen und ein Antiterrorgesetz verabschiedet, das seit 2013 die Verfolgung von Politikern und kritischen Journalisten erlaubt. Auch das immer noch säkular eingestellte Militär wurde in seinem Einfluss beschnitten, u. a. wurden ihm Sitze im Nationalen Sicherheitsrat entzogen.

Westliche Politiker und Journalisten sahen in dieser Entwicklung jedoch lange Zeit kein Problem. Im Gegenteil: Die Zurückdrängung des säkularen Militärs aus wichtigen staatlichen Positionen wurde sogar positiv gesehen.⁸² Das vielleicht eindrucklichste Beispiel für die Begeisterung, die Erdoğan's Politik damals in der EU und Deutschland entfachte: Im Jahr 2004 erhielt er aus den Händen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in Berlin den Preis als „Europäer des Jahres“ – Schröder lobte den türkischen Islamisten dabei als „großen Reformpolitiker“ und stellte ihm den EU-Beitritt in Aussicht.⁸³ Daher konnte die AKP den Ausbau ihrer Macht auch mit der Annäherung an die EU rechtfertigen. Die zeitweilige Abschaffung der Todesstrafe und die Gründung eines Senders in kurdischer Sprache wurden ebenfalls als Entgegenkommen Erdoğan's interpretiert. Dazu trugen auch eine zunächst auf Ausgleich bedachte Außenpolitik sowie wirtschaftsliberale Reformmaßnahmen bei. Als Belohnung wurden ab 2005

die EU-Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Warnende Stimmen stießen nicht auf Gehör, so dass die AKP-Regierung nun in den Genuss mehrerer Milliarden an „Heranführungshilfen“ aus den Händen der europäischen Steuerzahler kam, während sie Schritt für Schritt die Türkei weiter islamisierte.



Recep Tayyip Erdoğan wird im Jahr 2004 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einer goldenen Quadriga geehrt. Viele europäische Politiker hofierten den Islamisten und priesen ihn als visionären Reformier.

Bis Ende der 2000er Jahre war es Erdoğan gelungen, mit der AKP eine funktionierende Machtmaschinerie zu errichten und in mehreren Wahlsiegen auf allen Ebenen den Einfluss seiner islamistischen Bewegung auszubauen, die säkularen Kräfte aus dem Bildungssystem heraus zu drängen und auch dem weiterhin

argwöhnischen Militär seine dominierende Stellung im Staat streitig zu machen. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU führten zu einem erheblichen Gewinn an internationalem Ansehen und füllten nicht zuletzt die Kassen des neuen Regimes mit europäischen Geldern. Ein Wirtschaftsaufschwung ließ auch die anfängliche Skepsis der türkischen Mittelschicht schwinden, so dass Erdoğan im In- wie Ausland als Hoffnungsträger einer neuen Zeit galt.

Die Türkei als Großmacht des 21. Jahrhunderts?

Dies hat nicht zuletzt auch mit außenpolitischen Ambitionen zu tun. Schon seit den 1950er Jahren gilt die Türkei als wichtiger Außenposten der NATO, damals natürlich auch bedingt durch die geographische Nähe zur Sowjetunion. Und auch aktuell (Stand 2020) stellt die Türkei mit über 400.000 Soldaten das zweitstärkste Kontingent im westlichen Verteidigungsbündnis – nach den USA, aber deutlich vor Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich.⁸⁴ Diese militärische Stärke und den zunehmenden Wirtschaftsaufschwung im Rücken, konnte Erdoğan hochfliegende Pläne für eine Vormachtstellung der Türkei im Nahen Osten entwickeln. Seine Pläne ruhen auf zwei Pfeilern:

Der *Panturkismus* bezeichnet das Streben nach einer Einheit aller Turkvölker – neben den Türken selbst würde das zunächst die eng verwandten Aserbaidschaner mit einschließen, dazu die zentralasiatischen Nationen der Kasachen, Usbeken, Turkmenen, Kirgisen und Uiguren (Wir erinnern uns: Die Türken stammten ursprünglich ja ebenfalls aus dieser Region, bevor sie ihren Eroberungszug nach Westen antraten und ihr heutiges Siedlungsgebiet einnahmen). Dieses pantürkische Konzept hat den Vorteil,

dass es auch säkularen Kräften vermittelbar ist, da seine Gemeinsamkeit nicht auf Religion, sondern auf der ähnlichen Sprache, Kultur und Ethnie beruht. Außer im Falle der Aserbajdschaner krankt es allerdings an dem Problem, dass die anderen Turkvölker verhältnismäßig weit entfernt leben und der mächtige Iran wie ein Riegel zwischen ihnen und der Türkei liegt. Die Uiguren sind zudem Untertanen Chinas und damit unerreichbar für Erdoğan's Ambitionen, obwohl er sich regelmäßig als deren Schutzherr präsentiert.⁸⁵ Daher kam es nur im Falle des kleinen Aserbajdschan zu einer wirklich tiefgreifenden Annäherung.⁸⁶ Die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken haben in Russland hingegen bereits einen starken Partner.⁸⁷

Wichtiger für die türkischen Pläne – und auch eher eine Herzensangelegenheit Erdoğan's – ist der sog. *Neo-Osmanismus*. Wie der Name schon vermuten lässt, beruht er auf einer Anknüpfung an die Größe des Osmanischen Weltreiches, das sich über drei Kontinente erstreckte und auf der Erinnerung an den Glanz der Sultane als Oberhäupter der Muslime. Auch wenn Erdoğan hier eine teils martialische Sprache anklingen lässt („Wir werden nicht Gefangene auf 780.000 Quadratkilometern sein“),⁸⁸ so ist er doch Realist genug, um nicht den Fehler zu begehen, einen großangelegten Rückeroberungskrieg vom Zaun zu brechen. Vielmehr versucht er ein Geflecht aus wirtschaftlichen, diplomatischen, kulturellen und militärischen Abhängigkeiten zu errichten, das den Einfluss der Türkei auf ihre Nachbarn (d. h. ihren einstigen Untertanen) schrittweise erhöht. Allmählich soll so die Türkei als Vormacht im Nahen Osten und auf dem Balkan etabliert werden⁸⁹ – und wer weiß, ob sich in diesem Zuge nicht doch auch günstige Gelegenheiten für Gebietsgewinne ergeben?

Um die Sympathien islamistisch gesinnter Araber zu gewinnen, setzt Erdoğan dabei verstärkt auf die ihm ideologisch nahestehende

Muslimbruderschaft. Ihre Ursprünge liegen im Ägypten der 1920er Jahre, wo sie auch heute noch besonders stark ist, doch mittlerweile ist die islamistische Bewegung auf der ganzen Welt als Betreiber von Moscheen, Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten tätig. Auch in Deutschland ist die Muslimbruderschaft aktiv.⁹⁰ Ihr Ziel ist die Errichtung einer islamischen Ordnung auf Grundlage der Scharia – bevorzugt durch die langsame Unterwanderung der Gesellschaft, aber bestimmte Zweige sind durchaus auch zu gewalttätigen und terroristischen Handlungen geneigt: So gab es aus ihren Reihen mehrere Attentate auf ägyptische Staatsführer, weshalb die Bruderschaft jahrzehntelang verboten war und nur im Untergrund wirken konnte.⁹¹ Auch die palästinensische Terrororganisation Hamas gilt als Ableger der Muslimbrüder – und Erdoğan verheimlicht kaum seine Sympathie ihr gegenüber,⁹² es gibt sogar Berichte über eine verdeckte Finanzierung der Hamas aus türkischen Quellen.⁹³

Die eigentliche Stunde der Muslimbruderschaft schlug jedoch mit dem sogenannten Arabischen Frühling: Von westlichen Medien und Organisationen als angebliche Demokratiebewegung gepriesen,⁹⁴ zeigte sich bald schon das wahre Gesicht der Aufstände, die ab 2010 die arabische Welt erschütterten. Die jahrzehntelange Aufbauarbeit der Muslimbrüder trug nun ihre Früchte: In Ägypten triumphierten sie mit ihrem Kandidaten Mohammed Mursi in den ersten freien Wahlen der Geschichte,⁹⁵ in Tunesien setzte sich der örtliche Ableger der Muslimbrüder, die sog. Ennahda-Partei, durch,⁹⁶ in Libyen⁹⁷ und auch in Jordanien⁹⁸ wurde die Aufstandsbewegung von der Muslimbruderschaft angeführt. Insbesondere in Ägypten und Libyen konnte bzw. kann sich die Bewegung auf Erdoğan's Rückendeckung verlassen: Die Türkei zählte zu den Hauptunterstützern der islamistischen Regierung Libyens unter Fajis al-Sarradsch,⁹⁹ auch pflegte Erdoğan zu Mohammed Mursis Ägypten ausgezeichnete Beziehungen, ja sogar

im weit entfernten Marokko sehen die dortigen Muslimbrüder die türkische AKP als Vorbild an.¹⁰⁰ Der „Arabische Frühling“ war für Erdoğan's neo-osmanisches Projekt also eine gewaltige Chance – und er ließ sie sich nicht entgehen, wie seine zunehmend aggressive Einflussnahme im östlichen Mittelmeerraum zeigt. Neben der ideologischen Nähe zu den Muslimbrüdern sind es allerdings auch ganz handfeste wirtschaftliche Interessen, die das Engagement der Türkei z. B. in Libyen begründen. Die reichen Gas- und Ölvorkommen des Landes locken Ankara mindestens ebenso sehr wie die Aussicht auf einen islamistischen Außenposten. Die Türken geraten dabei regelmäßig mit saudischen, israelischen und griechischen Interessen aneinander.¹⁰¹



Erdoğan zeigt den sogenannten Rabia-Gruß, ein Erkennungszeichen der Muslimbruderschaft, um seine Solidarität mit der radikal-islamischen Bewegung auszudrücken.

Großmachtstreben an der Schwelle zum Krieg

Der Höhepunkt in Ankaras Interventionspolitik zeigte sich allerdings erst in Syrien. Anders als in Ägypten, Libyen und Tunesien gelang es der sunnitisch-islamistischen Widerstandsbewegung dort nicht, den Machthaber Assad zu stürzen und die Scharia an die Stelle seiner säkularen Diktatur zu setzen. Stattdessen versank das Land in einem jahrelangen blutigen Bürgerkrieg, der sich zugleich zu einem regionalen Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien (aufseiten der Aufständischen) und dem Iran (aufseiten Assads) auswuchs. Schließlich wurde durch amerikanische und russische Interventionen ein globaler Konflikt aus dem Bürgerkrieg. Der ständige Zustrom an ausländischen Kämpfern und Kapital lässt diesen Konflikt bis heute nicht zur Ruhe kommen; beide Seiten nutzen sich seitdem in einem zähen Erschöpfungskrieg ab. Die Türkei konnte den dramatischen Entwicklungen in ihrem südlichen Nachbarland dabei nicht tatenlos zusehen. Obwohl Erdoğan zuvor recht gute Beziehungen zum Assad-Regime gepflegt hatte, schlug er sich ab 2012 voll und ganz auf die Seite der sunnitisch-islamistischen Aufständischen: Nicht nur wurden Kämpfer der sog. Freien Syrischen Armee ganz offiziell von der Türkei ausgebildet,¹⁰² sogar islamistische Terroristen wie der Islamische Staat (IS), die Al-Nusra-Front (die syrische Version des internationalen Terrornetzwerks Al-Kaida) und Dschaisch-al-Fatah konnten offenbar jahrelang ungehindert über die türkische Grenze nach Syrien einsickern, erhielten türkische Waffen über inoffizielle Kanäle¹⁰³ und nutzten die Türkei als Rückzugsgebiet für ihren Kampf gegen Assad.¹⁰⁴

Erdoğan verfolgte dabei zwei Interessen: Einerseits ging es um den Ausbau der türkischen Machtposition in der Levante – und eine ideologisch verwandte, sunnitisch-islamistische Regierung in

Damaskus würde dem sehr entgegenkommen. Andererseits sollte die kurdische Minderheit, die auf beiden Seiten der türkisch-syrischen Grenze lebt, niedergehalten werden. Die Kurden im Norden Syriens, mit besten Beziehungen zur Terrororganisation PKK in der Türkei, nutzten nämlich das Chaos des Bürgerkriegs aus, um sich selbst zu bewaffnen und schienen lange als lachende Dritte aus dem Konflikt hervorzugehen – Erdoğan musste fürchten, dass die kurdische Rebellion auf sein eigenes Land übergriff, wo bekanntermaßen der Großteil der Kurden lebt. Ab 2015 verschlechterte sich die Situation aus türkischer Sicht, weil die Russen verstärkt auf Assads Seite eingriffen, die Islamisten zurückdrängten und sich die kurdischen PKK-nahen Kräfte in ihrem Windschatten immer mehr ausbreiteten. Um ein Haar wäre es sogar zu einem türkisch-russischen Krieg gekommen, nachdem die Türken einen russischen Kampfhelikopter im syrischen Grenzgebiet abgeschossen hatten.¹⁰⁵ Doch es folgte nur eine diplomatische Eiszeit zwischen beiden Ländern. Allmählich musste der türkische Staatsführer einsehen, dass an den erstarkenden Russen kein Weg vorbeiführte und bewegte sich notgedrungen auf seine einstigen Gegner zu. Mit russischer Duldung ließ Erdoğan in bisher drei Offensiven türkische Bodentruppen nach Nordsyrien einmarschieren, um das kurdische Staatsbildungsprojekt im Keim zu ersticken. Viele Beobachter bewerten diese Besetzung syrischen Staatsgebiets als völkerrechtswidrig,¹⁰⁶ doch stehen die türkischen Truppen bis heute (Herbst 2021) dort.

Seine Ziele in Syrien konnte der türkische Präsident nur zum Teil erreichen. Das Assad-Regime ist dank russischer und iranischer Unterstützung – und zum Ärger der türkischen Regierung – wieder weitestgehend stabilisiert, die islamistischen Rebellen halten nur noch einen schmalen Grenzstreifen um die Stadt Idlib. Dennoch gelang es Erdoğan immerhin, die Kurden im Norden Syriens

daran zu hindern, einen eigenen Staat zu gründen, den die Türkei sonst als ernsthafte Bedrohung ihrer territorialen Integrität ansehen würde. Doch durch ihre Eingriffe zugunsten der syrischen Islamisten hat die Türkei erheblich an internationalem Ansehen eingebüßt. Die wankelmütige Politik gegenüber den Russen und Iranern, die bald als Gegner, bald als halbe Verbündete betrachtet wurden, nährt Zweifel an der Zuverlässigkeit Erdoğan.

Nicht zuletzt für die türkische Gesellschaft ist der Preis des Bürgerkriegs hoch, der eben auch durch türkische Interventionen und Waffenlieferungen befeuert wurde: Zahllose syrische Flüchtlinge strömten seit 2012 in die Türkei, ihre Zahl schnellte bis zum Dezember 2020, aus dem die aktuellsten Zahlen stammen, auf 4,1 Millionen hoch.¹⁰⁷ Nicht nur durch den Zustrom über die Grenze ist ihre Masse kontinuierlich gestiegen, auch die hohe Geburtenrate der Syrer trägt dazu bei. So sollen seit 2015 beträchtliche 450.000 Kinder von syrischen Müttern in der Türkei geboren worden sein. Diese Kinder sind gefangen zwischen den Welten, staatenlos, da sie weder die syrische noch die türkische Staatsbürgerschaft erhalten. Ihre Zukunft ist sehr ungewiss.¹⁰⁸ Nur ein Teil davon befindet sich dabei in der von den UN betriebenen Lagern. Der Rest hat sich mit Schwerpunkt in der südöstlichen Türkei verteilt: So hat die Provinz Kilis in der Nähe zur Grenze bereits einen Flüchtlingsanteil von 75 %.¹⁰⁹ Auch in den Metropolen Ankara und Istanbul soll es einen erheblichen Anteil syrischer Flüchtlinge geben, wobei verlässliche und vor allem unabhängige Zahlen kaum zu finden sind. Diese Syrer sorgen in der Regel für sich selbst, haben sich auf dem Arbeitsmarkt weitgehend integriert und stellen für den türkischen Staat, sieht man von zusätzlichen Schulen und der Belastung für das Gesundheitswesen ab, keine Bürde dar. Die Rückkehrbereitschaft dieser Flüchtlinge sinkt allerdings stark mit der zunehmenden Aufenthaltsdauer.¹¹⁰

Lagerübergreifend zeigt sich eine stark steigende Unzufriedenheit mit den syrischen Gästen sowohl wirtschaftlich, sozial als auch kulturell. Für uns Deutsche dürfte der letzte Punkt für Erstaunen sorgen, sind die Türkei und Syrien in unserem Verständnis doch der gleiche Kulturkreis. Ich habe mich fünf Jahre in der Region aufgehalten und festgestellt, dass die „Araber“ in der Region nicht überall die Wertschätzung, wie sie sie in Deutschland erfahren, erhalten. Das mag mit der Geschichte zusammenhängen, welche das Verständnis der Menschen geprägt hat. Nicht nur in der Türkei, auch im Iran kann man das feststellen.

Durch die dezentrale Verteilung der Flüchtlinge sind gestiegene Mietpreise zu verzeichnen. Schwarzarbeit zu Dumpingpreisen unterhöhlt vor allem den Niedriglohnsektor. Allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, dass schon in zunehmenden Maße die Syrer Geschäfte eröffnen und auch Türken als Arbeitskräfte einstellen. Dadurch entsteht ein weiteres Problem: So haben Geschäftsschilder mit arabischer Schrift in Orten mit hohem Anteil von Syrern, wie im Stadtteil Fatih in Istanbul, für landesweite Ablehnung geführt. Mittlerweile ist die Akzeptanz der Bevölkerung stark abnehmend. Während die Konservativen noch aufgrund des Glaubens ihre Brüder und Schwestern akzeptieren, ist das bei der laizistischen und politisch mitte-links-stehenden Bevölkerung anders. Hier ist eine deutlich höhere Ablehnung zu verzeichnen. Es wird in diesen Kreisen eine zunehmende Islamisierung der Türkei befürchtet¹¹¹.

Obwohl Erdoğan als Schutzherr der syrischen Flüchtlinge gilt, gerät er durch die türkische Opposition zunehmend unter Druck.¹¹² Ein besonders bequemes Ventil, um diesen Druck abzulassen, bot sich in den Jahren 2015/2016, als immer mehr Flüchtlinge die Türkei verließen und sich Richtung Europa, d. h.

vornehmlich nach Deutschland, Schweden und Österreich aufmachten, weil ihnen der Lebensstandard in der Türkei nicht ausreichend erschien. Wohlgermerkt betraf dies nicht nur Syrer, sondern auch viele Afghanen, Iraner und Nordafrikaner, von denen sich viele als Syrer ausgaben, um ihre Asylchancen zu erhöhen. Die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel tat mit ihrer Aufnahmebereitschaft Erdoğan daher einen großen Gefallen, der sich insbesondere im Jahr 2015 in einer schwierigen Lage befand. Die millionenfache Einreise nach Europa musste zwar keinem einzigen Syrer das Leben retten – in der Türkei herrschte und herrscht bekanntlich kein Krieg –, aber sie erleichterte den türkischen Präsidenten um eine unangenehme Last.

Und Merkel gab ihm eine mächtige Waffe in die Hand: Das Ausmaß an Planlosigkeit und Ignoranz, das sich hinter dem „Wir schaffen das“ und „Jetzt sind sie halt da“ der Bundeskanzlerin verbirgt, offenbarte ihre Schwäche gegenüber Erpressungsversuchen aus Ankara. Denn natürlich bröckelte angesichts der Hunderttausenden, die ab dem Herbst 2015 Monat für Monat über die Grenze strömten, der Rückhalt Merkels in der deutschen Bevölkerung und auch in ihrer eigenen Partei. Der extreme Handlungsdruck führte dazu, dass die Bundeskanzlerin mit dem türkischen Präsidenten das sog. Türkei-Abkommen schloss. Da das politische Europa es versäumt hatte, für den Schutz der eigenen Außengrenzen aufzukommen, musste nun Erdoğan als Türwächter die Massen vom Grenzübertritt abhalten, was er sich selbstverständlich gebührend bezahlen ließ: U. a. wurden ihm die Visafreiheit für türkische Staatsbürger und die Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen versprochen, zudem wurden bis 2020 sechs Milliarden Euro an Hilfsgeldern an die Türkei gezahlt, die den dort sich aufhaltenden Flüchtlingen zu Gute kommen sollen.¹¹³

Dabei ist der Grundgedanke des Abkommens nicht gänzlich falsch: Dass illegale Migranten aus Griechenland in die Türkei zurückbefördert werden, ist zunächst einmal sinnvoll und bedarf natürlich türkischer Zustimmung – und diese Zustimmung wird etwas kosten. Das Problem ist jedoch, dass es erst zwei Jahrzehnte nach dem Schengener Abkommen, also der Öffnung der europäischen Binnengrenzen, in aller Hast und Eile zu Stande kam und im Detail entsprechend miserabel durchdacht war. So muss für jeden zurückbeförderten Migranten ein anderer Migrant aufgenommen werden, was natürlich das Ziel eines Grenzschutzes unterläuft. Zudem gibt es keinen völkerrechtlich bindenden, langfristig ausgelegten Vertrag mit klaren Regelungen. So aber sitzt Erdoğan praktisch am längeren Hebel, weil er den Preis beständig hochtreiben kann. Dementsprechend drohte er nach Abschluss des informellen Abkommens regelmäßig mit dem Bruch, um sich jeweils neue Zugeständnisse zu erpressen.¹¹⁴ Auf dieser wackeligen Basis kann der Schutz Europas vor einer neuen Einwanderungswelle nicht stehen. Denn unter den gegenwärtigen Umständen kann eine Laune des türkischen Staatspräsidenten eine neue Völkerwanderung nach Europa lostreten.

Wie weit Erdoğan zu gehen bereit ist, zeigte sich im Februar und März 2020. Nachdem seine neuerlichen Forderungen an die EU unerhört blieben, öffnete er die Grenze zu Griechenland und schickte gar Migranten in Bussen an die Grenzübergänge, um maximalen Druck aufzubauen. Bis zu 80.000 Migranten drängten innerhalb eines einzigen Wochenendes an die türkisch-griechische Landgrenze.¹¹⁵ Die Bundesregierung unter Angela Merkel reagierte genauso, wie man es von ihr erwarten konnte: mit beschwichtigenden Worten und tatenlos.¹¹⁶ Während sich spontane Zeltlager an der Grenze bildeten, Polizisten angegriffen und Grenzzäune demoliert wurden, war es in erster Linie dem

hartnäckigen Einsatz der griechischen Sicherheitskräfte zu verdanken, dass ein neues „2015“ noch einmal abgewendet werden konnte.¹¹⁷ Doch es bleibt dabei: Die Situation an der Grenze zur Türkei ist auch heute noch unvorhersehbar, der Schutz der Außengrenzen nicht gewährleistet. Erdoğan kann einen neuen Migrationsstrom wie eine Waffe gegen Europa einsetzen – und er wird es wieder tun, sobald ihm die Gelegenheit günstig und der Nutzen groß genug erscheint. Das Reservoir an Migranten ist in der Türkei praktisch unerschöpflich und damit auch das Erpressungspotenzial.

Säbelrasseln als Symptom der Krise?

Doch woran liegt es, dass Erdoğan die Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn mit derart feindseligen Handlungen aufs Spiel setzt? Zwar fallen die Reaktionen der Europäer regelmäßig hilflos und schwach aus, doch dies allein wäre nicht Grund genug. Vielmehr hat die Türkei nun schon seit Jahren mit gravierenden inneren und äußeren Problemen zu kämpfen. Auf den ersten Blick florierte das Land die letzten Jahre: Die Türkei wurde als Destination für Touristen immer beliebter,¹¹⁸ das Pro-Kopf-Einkommen wuchs kontinuierlich,¹¹⁹ die Armee gehört, wie oben dargestellt, zu den stärksten der ganzen NATO und Erdogans gigantischer neuer Präsidentenpalast¹²⁰ scheint auszu-drücken, dass der starke Mann am Bosphorus fester im Sattel sitzt denn je. Doch die inneren Konflikte sind nach wie vor immens: Ein Putschversuch des Militärs konnte 2016 zurückgeschlagen werden, doch seitdem füllten sich die Gefängnisse mit tatsächlichen oder vermeintlichen Verschwörern.¹²¹ Der einflussreiche fundamentalistische Prediger Gülen, einst Verbündeter der

ersten Stunde, ist bei Erdoğan in Ungnade gefallen und muss im Exil in den USA leben, während seine Anhänger ebenfalls für den Putsch und allerlei Verschwörungen verantwortlich gemacht werden.¹²² Korruptionskandale um Erdoğan's engste Vertraute schüren den Argwohn derer, die mit dem streng-islamischen Emporkömmling und seinen provinziellen Wurzeln ohnehin nie viel anfangen konnten.¹²³ Schließlich flammt der Kurdenkonflikt im Südosten der Türkei in regelmäßigen Abständen wieder auf, der nicht nur das Land zu zerreißen droht, sondern auch viele Menschenleben kostet.¹²⁴ Auf wirtschaftlicher Seite kommt die hohe Inflation hinzu, die das Vermögen der gerade erst angewachsenen Mittelschicht Jahr um Jahr entwertet.¹²⁵

Und auch im Äußeren sind die hochfliegenden Pläne des türkischen Präsidenten zum größten Teil gescheitert: Im syrischen Debakel verprellte Erdoğan seine Verbündeten und konnte nur mit Mühe und russischer Unterstützung eine halbwegs gesichtswahrende Lösung finden – gewonnen hat er jedoch letztendlich kaum etwas und das Verhältnis zu Putin ist außerordentlich wechselhaft. Ägyptens Präsident Mursi, strenggläubiger Muslimbruder und einer der wichtigsten Pfeiler in Erdoğan's neo-osmanischer Strategie, wurde schon 2013 wieder vom Militär abgesetzt.¹²⁶ Die ebenfalls den Muslimbrüdern nahestehende, von der Türkei gedeckte libysche Regierung muss sich jahrelang mit einer militärisch gestützten Gegenregierung herumschlagen – wobei keine Seite stark genug war, das Patt zu beenden. Mittlerweile (Stand Ende 2021) wurde zwar eine Übergangsregierung gebildet, doch ihre Legitimation ist unklar und ihr Schicksal steht in Frage.¹²⁷ Die Beziehungen zu Israel sind im Dauertief und auch zum mächtigen Saudi-Arabien herrscht ein eher kühles Verhältnis.¹²⁸ Kurzum: Erdoğan hat außenpolitisch zu hoch gepokert, sein unberechenbarer Kurs seit dem „Arabischen Frühling“ hat

jede Menge Porzellan zerschlagen. Von der einst angestrebten Vormachtstellung im östlichen Mittelmeerraum ist nur der kühne Traum geblieben.

Der Präsident reagiert auf die schwelende Krise mit zwei Rezepten: Zunächst baut er seine persönliche Macht im Staat gezielt aus, um es der wachsenden Opposition so schwer wie möglich zu machen, ihn von der Spitze zu verdrängen. Das Verfassungsreferendum des Jahres 2017, das viele Kompetenzen in den Händen des Präsidenten bündelt, mobilisierte seine Anhänger im In- und Ausland.¹²⁹ Doch der knappe Ausgang¹³⁰ wie auch die Verluste bei der Parlamentswahl 2018¹³¹ zeigen, dass Erdoğan nicht mehr unumstritten ist. Politische Säuberungen unzuverlässiger Beamter¹³² sollen dem Abhilfe schaffen, doch inwieweit das eine nachhaltige Strategie ist, wird sich erst noch zeigen. Als zweites Mittel der Wahl, um neue Popularität zu gewinnen, verstärkt der immer noch mächtige, wenn auch angeschlagene Mann am Bosphorus seine Aktivitäten an anderen Fronten, nachdem die Expansionspläne im Südosten so kläglich gescheitert sind. Wenn das syrische Abenteuer und die Einmischung in Ägyptens und Libyens innere Angelegenheiten nicht das gewünschte Ergebnis geliefert haben, dann wird vielleicht ein Konflikt mit Griechenland endlich den lang ersehnten außenpolitischen Erfolg bringen.

Zwar ist man mit dem kleinen westlichen Nachbarstaat gemeinsam in der NATO organisiert. Doch die Erinnerung an Jahrhunderte der Feindschaft und gegenseitigen Demütigungen haben ihre Spuren hinterlassen. Das Verhältnis war jedenfalls nie von besonderer Herzlichkeit geprägt und die oben geschilderte türkische Erpressungsaktion im Jahr 2020 hatte natürlich auch eine starke anti-griechische Komponente. Doch der Konflikt reicht, wie gesagt, tiefer und auch hier überlagern sich ideologische und wirtschaftliche Interessenlagen. Entscheidend für die diplomatische

Eiszeit zwischen Griechenland und der Türkei, die sich insbesondere seit 2018 verstärkt hat, ist der Streit um einige Inseln in der Ägäis, die von beiden Ländern zugleich beansprucht werden. Die Türkei fährt dabei eine Strategie der regelmäßigen Grenzverletzungen, um Griechenland zum Einlenken zu bewegen – und Erdoğan hat die ständigen Nadelstiche weiter verstärkt.

Die Inseln sind auch deshalb besonders wichtig, weil von ihnen die wirtschaftlichen Einflussgebiete im Mittelmeer abhängen. Die weltweit wachsende Nachfrage nach Erdgas macht es besonders lukrativ, den Konflikt um diese Inseln zu suchen, denn die Gasvorkommen, die in den letzten zehn Jahren im östlichen Mittelmeer entdeckt wurden, haben ein Volumen von mehreren Billionen Kubikmetern.¹³³ 2019 gründeten die Anrainerstaaten Griechenland, Zypern, Ägypten, Italien, Jordanien und Israel ein Forum zur Erkundung und Ausbeutung der Gasreserven. Die Türkei war aufgrund ihres spannungsgeladenen Verhältnisses zu einigen der Mitglieder nicht beteiligt.¹³⁴ Stattdessen versucht Erdoğan nun auf eigene Faust und mit brachialen Mitteln, an den Schatz im Meeresgrund heranzukommen. Während die Türken also griechische Patrouillenboote rammen, Grenzsoldaten festnehmen und Erkundungsschiffe blockieren,¹³⁵ reagiert das griechische Parlament mit einer einseitigen Ausweitung der eigenen Hoheitsgebiete.¹³⁶ Seit 2018 ist aus dem schwelenden ein offener Konflikt geworden, Kriegsdrohungen von türkischer Seite inklusive.¹³⁷ Da die Türkei an Bevölkerungszahl und militärischer Stärke überlegen ist und Erdoğan zudem immer die Migration als Waffe gegen den westlichen Nachbarn einsetzen kann, ist Griechenland durch die türkischen Erpressungsversuche akut gefährdet. Der Mann am Bosphorus sitzt am längeren Hebel und wird diesen auch einsetzen, wenn er sich einen Erfolg davon verspricht.



Die türkischen Ansprüche im östlichen Mittelmeer überschneiden sich mit den „Ausschließlichen Wirtschaftszonen“ (AWZ) Griechenlands und Zyperns – ein Grund für die regelmäßigen türkischen Grenzverletzungen gegenüber dem westlichen Nachbarn.

Der nächste Konflikt, der Erdoğan zumindest einen innenpolitischen Prestigegewinn verschaffen konnte, spielte sich zwischen den beiden östlichen Nachbarn Armenien und Aserbaidschan ab. Schon oben haben wir verdeutlicht, wie eng das Verhältnis der Türken zu ihrem kleinen Brudervolk ist. Und dass die Armenier nach wie vor in der Türkei nicht wohlgelitten sind, ist allgemein bekannt: Der Völkermord an den einstigen christlichen Untertanen wird in der Türkei bis heute und bis in die höchsten Kreise hinein offiziell geleugnet,¹³⁸ die verbliebene, mittlerweile

winzige armenische Minderheit ist zahlreichen Schikanen ausgesetzt.¹³⁹ Als im Juli 2020 der lange eingefrorene Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um das Bergkarabach-Gebiet wieder aufflammte, war aus Sicht des türkischen Präsidenten daher klar, auf welcher Seite er sich positionieren würde: Nicht nur jubelte Erdoğan der aserbaidischen Aggression dankbar zu, er entsandte ab November auch türkische Truppen zur Überwachung des anschließenden Waffenstillstands, der sehr zu Gunsten der Aserbaidschaner ausfiel: Die armenischen Stellungen in Bergkarabach waren regelrecht überrannt worden, der größte Teil der traditionell christlichen Region musste an die Angreifer übergeben werden. Die gemeinsame Siegesparade in Baku feierte Erdoğan denn auch Seite an Seite mit seinem aserbaidischen Amtskollegen Alijew, wobei er sich zu einem besonders gehässigen Satz hinreißen ließ: Dies sei der Tag, an dem Enver Paschas Seele Frieden gefunden habe.¹⁴⁰ Wir erinnern uns: Enver Pascha war der Hauptverantwortliche für den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich.

Was bleibt nun von Erdoğan's neo-osmanischen Plänen? Die Bilanz ist bisher ziemlich durchwachsen. In der arabischen Welt sind seine Versuche, eine türkische Vormachtstellung aufzubauen, nicht erfolgreich gewesen: In Ägypten konnten sich die von ihm protegierten Muslimbrüder nur wenige Jahre halten, in Libyen bestehen nach wie vor unklare Verhältnisse und in Syrien herrscht weiterhin der vom Iran und Russland unterstützte Assad. Der Vorstoß des aserbaidischen Verbündeten gegen Armenien ist aus türkischer Perspektive zwar erfolgreich gelungen, aber eher von symbolischem Wert. Nachdem der Großteil der Armenier bereits im letzten Jahrhundert von Türken ausgerottet oder vertrieben wurde, gibt es in dem schmalen christlichen Bergland, das ohne Zugang zum Meer und ohne mächtige Verbündete dasteht,

heute nicht mehr viel zu holen. Nachdem die türkische Expansion nach Osten also an ihre Grenzen stößt, ist zu vermuten, dass sich Erdoğan wieder verstärkt dem Westen zuwenden wird.

Eine symbolträchtige Handlung des türkischen Präsidenten weist sehr wahrscheinlich in diese Richtung: Die Hagia Sophia, Meisterwerk der byzantinischen Baukunst und Perle des alten Konstantinopel, wurde am 24. Juli 2020 in einem bombastischen Staatsakt zur Moschee umgewandelt. Atatürk hatte in dem mächtigen Bauwerk mit wechselvoller Vergangenheit einst ein Museum eröffnet, so dass auch die Jahrtausende alte christliche Geschichte wieder sichtbar wurde. Nun drehte Erdoğan das Ganze wieder um: Die weltberühmten Mosaik, die Jesus Christus und Maria darstellten, wurden abgedeckt; blaue Gebetsteppiche wurden auf dem geschichtsträchtigen Boden ausgelegt und weiß gekleidete Imame rezitierten die Verse des Koran.¹⁴¹ Dieser Akt war nicht nur eine Provokation gegenüber dem christlich geprägten Europa im Allgemeinen, sondern wandte sich ganz spezifisch an den westlichen Nachbarn Griechenland – ist doch die Hagia Sophia so etwas wie der Petersdom für die Griechisch-Orthodoxe Kirche. Man muss davon ausgehen, dass der türkische Präsident dies bewusst als Teil einer Kampagne zur Einschüchterung Griechenlands angesetzt hat. Denn die Hagia Sophia ist kein Einzelfall: Nur wenige Wochen später folgte die Islamisierung der Istanbuler Chora-Kirche, ebenfalls ein berühmtes byzantinisches Bauwerk.¹⁴² Man kann Erdoğan nicht vorwerfen, dass er mit seinen Absichten hinter dem Berg hält. Man muss aber der EU-Führung vorwerfen, dass sie sich nach wie vor weigert, diesen Wink mit dem Zaunpfahl auch nur zu registrieren!

Die steigenden Gaspreise werden den ohnehin bestehenden Streit der Türkei mit Griechenland umso mehr anheizen und haben

sogar das Potenzial, die NATO zu zerreißen. Ob es zu einem Bedeutungsverlust oder mittelfristig zum Austritt eines der beiden Mitglieder kommen wird, lässt sich heute noch nicht eindeutig sagen. Fakt ist jedoch, dass das Militärbündnis auch in Zukunft durch den türkisch-griechischen Konflikt auf die Probe gestellt werden wird. Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist zudem durch den Corona-Ausbruch nicht eben besser geworden. Einen außenpolitischen Konflikt mit hohem Symbolwert vom Zaun zu brechen, um so einen innenpolitischen Erfolg zu erringen – der türkische Präsident wäre nicht der erste, der dies auf einem solchen Weg verfolgen würde und es wäre auch nicht das erste Mal, dass Erdoğan selbst diesen Weg wählt. Eine Region dürfte dabei ins Zentrum seiner Aufmerksamkeit geraten: Der Balkan, jahrhundertlang osmanisch beherrscht, heute politisch gespalten und das Einfallstor nach Europa. Wir werden uns im folgenden Kapitel genauer mit den dortigen Ländern auseinandersetzen und genau untersuchen, wie die Ausgangslage und die Erfolgchancen einer türkischen Einflussnahme dort aussehen.

3.

Der Balkan: Schlachtfeld der Zukunft?

Migration – eine mächtige Waffe in türkischer Hand

Erdoğan träumt nicht nur von einer neo-osmanischen Vormachtstellung,¹⁴³ er beginnt diese hochfliegenden Pläne nun auch schrittweise zu realisieren. An seiner Südgrenze besetzte er syrisches Staatsgebiet. Mit seiner militärischen Operation „Frühlingschild“ will er die Grenzen nach Süden verschieben und expandieren. Der angestrebte Sicherheitsstreifen mit einer Tiefe von 50 km und einer Länge von 300 km¹⁴⁴ würde die Türkei praktisch um 1.500 qkm erweitern. „Wir haben unsere Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Wir müssen wieder überall sein, wo unsere Ahnen waren“, droht Erdoğan schon seit Jahren laut und unverhohlen.¹⁴⁵

Im Westet bereitet er den Boden für seinen Vorstoß in das Herz Europas. Nicht militärisch – er nutzt hierbei die Migrationswaffe, um seine Ziele zu erreichen. Innerhalb weniger Tage hat er im März 2020 den Druck mithilfe von sogenannten Flüchtlingen an der griechischen Grenze massiv verstärkt, begleitet von kämpferischen Drohungen Richtung Westen. „Es werden noch mehr werden! Bald wird man von Millionen sprechen!“¹⁴⁶, so Erdoğan. Die Reaktion des Westens: Wortreich, aber ratlos.

Für Bundeskanzlerin Merkel eine „inakzeptable Machtdemonstration“ auf dem Rücken von Flüchtlingen,¹⁴⁷ der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz warnt vor einer Wiederholung der

Situation von 2015¹⁴⁸ und der niederländische Premier Rutte wollte nicht „mit dem Messer an der Kehle“ verhandeln.¹⁴⁹ Doch es folgten keinerlei Taten, niemand wies Erdoğan in die Schranken. Die EU-Kommission schwieg, hielt sich zurück. Europa macht bei diesem üblen Spiel keine „bella figura“ und Erdoğan kennt die Schwächen der EU sehr genau. Er weiß auch, dass die Profiteure der illegalen Migration¹⁵⁰ auf Nachschub angewiesen sind zum Erhalt ihrer Pfründe. Ob sie es wollen oder nicht – mit ihrem Einsatz für offene Grenzen und immer noch mehr Einwanderung spielen die abertausenden Aktivisten, „Flüchtlingshelfer“ und Stiftungsfunktionäre das Spiel des türkischen Präsidenten.



Illegale Einwanderer erstürmen einen provisorischen Grenzzaun an der griechisch-türkischen Grenze. Photo aus dem März 2020. Erdoğan setzt die Migration bewusst als Waffe gegen Europa ein, um Zugeständnisse von der EU-Politik zu erpressen.

Denn Erdoğan selbst kann mit dieser Erpressung gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zunächst einmal ächzt die Türkei ohnehin unter fast vier Millionen syrischen Flüchtlingen, die in den letzten Jahren v. a. in den Osten des Landes geströmt sind und die Ressourcen dort unter Druck setzen¹⁵¹ – wenn die eine oder andere Million davon weiter nach Europa zieht, würde sich dieses Problem für ihn zumindest abmildern. Zweitens weiß die türkische Staatsführung, dass die EU selbst nicht in der Lage (und vor allem nicht willens) ist, sich die unerwünschten Einwanderer aus eigener Kraft vom Leib zu halten.

Und drittens hat er den Balkan, einst Teil des Osmanischen Reichs, fest im Blick – wie wir in diesem Kapitel sehen werden. Erdoğan's Vorlieben, die Bezüge in seinen Reden, seine ständige Erinnerung an die vergangene Größe, die osmanischen und türkischen Siege, sind hinlänglich bekannt.¹⁵² Da muss ihm die einstige Niederlage vor Wien heute noch als Schmach vorkommen, als Schande, die unbedingt, wenn auch sehr verspätet, gerächt werden muss. Militärisch ist das nicht möglich, das weiß er sehr wohl, aber er hat noch andere Pfeile im Köcher. Sein Ziel ist es, Stützpunkte zu schaffen, um seinen Traum vom neo-osmanisches Reich zu verwirklichen. Dazu muss man nur die Landkarte ansehen, um zu erkennen, welche Handlungsoptionen er hegt und auf welche Gegebenheiten er zurückgreifen kann.

Dazu kann er sich auf drei Möglichkeiten stützen:

1. Aufwiegung türkischstämmiger Bevölkerungsteile
2. Religiöse Indoktrination und Vereinnahmung
3. Wirtschaftliche und kulturelle Einflussnahme

Schaut man auf Deutschland, dann versteht man die erste Möglichkeit sofort. Die andere Option – Instrumentalisierung der

Religion – kann über die Förderung und Steuerung islamischer Einrichtungen und Moscheen umgesetzt werden. Dazu braucht es aber einen bestimmten Anteil an Muslimen in der Bevölkerung.

Nicht umsonst drohte Erdoğan mit einer neuen Masseneinwanderung islamischer Migranten nach Europa.¹⁵³ Diese Flüchtlinge und die Landsleute in der Diaspora könnten über den verbindenden Glauben von Ankara aus indoktriniert und gesteuert werden. Dazu hat die Türkei über ihre Religionsbehörde, über die wir noch näher sprechen werden, Europa, insbesondere Deutschland, mit einem Netz an Moscheen überzogen. Den Diasporatürken und den geflüchteten Gläubigen will der türkische Präsident damit in der Fremde „eine Heimat schenken“. Auf dem Balkan will er „die Tore bis Wien öffnen für unsere Leute“.¹⁵⁴ In muslimisch dominierten Balkanstaaten wie Albanien, Bosnien und dem Kosovo betreibt Erdoğan eine strategisch angelegte, neo-osmanische Imperialpolitik. Ankara lässt in der gesamten Region gezielt Denkmäler und Moscheen restaurieren und neu erbauen, dazu muslimische Schulen, Universitäten, Studentenheime.¹⁵⁵

Nicht zufällig erinnert diese Situation an den früheren Konflikt zwischen dem Osmanischen Reich und seinen europäischen Gegnern. „Erdoğan betreibt eine brutale Machtpolitik mit der Migrationswaffe. Und wir in Brüssel haben dem wenig zu entgegen, außer deutschem Geld“, räumt ein hochrangiger EU-Diplomat ein.¹⁵⁶ Geld, mit dem der forsch auftretende Sultan vom Bosphorus wieder eine Weile besänftigt wird.

Die EU leidet an Ideenlosigkeit, ist sich ihrer eigenen außenpolitischen Ohnmacht voll bewusst und verdrängt deshalb die offensichtlichen Erkenntnisse. Man will die mittel- und langfristigen Ziele dieses Despoten nicht sehen, klammert sich stattdessen an Floskeln und hofft. Die EU ist ohne Rat, hilflos als verängstigtes

Häschen auf die Schlange Erdoğan starrend, lässt sich immer neue Milliarden abpressen und hofft auf sein politisches Wohlverhalten.

Das größere Bild von der neo-osmanischen Expansion wird verdrängt. Denn auf diese Herausforderung hat man keine Antwort. Werfen wir nun einen Blick auf die Balkanregion und schauen wir, wie weit Erdoğan seinen Weg nach Mitteleuropa bereits bereitet hat, welche Handlungsoptionen er parat hält. Arbeiten wir uns von Süden nach Norden an die Pforten Wiens heran:



Gebiete mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung auf dem Balkan. Es wird ersichtlich, wo ein besonders großes Potenzial für eine türkische Beeinflussung der örtlichen Bewohner besteht. In Bulgarien sind zudem die meisten Muslime ethnische Türken.

Albanien

Das Land der Skipetaren mit seinen rund 3,1 Mio. Einwohnern beheimatet nur eine sehr kleine türkischsprachige Minderheit. Aber: Im Land gehören fast 60 % dem islamischen, nur 10 % dem katholischen und 7 % dem orthodoxen Glauben an.¹⁵⁷

Das Verhältnis zwischen beiden Ländern darf insgesamt betrachtet als freundschaftlich bezeichnet werden. Es gibt seit dem Jahr 2000 gute wirtschaftliche und militärische Beziehungen. Außenpolitisch haben sie eine deckungsgleiche Haltung zum Kosovo und unterstützen gemeinsam die Kosovo-Albaner bei ihrem Streben nach einem unabhängigen Staat. Seit den 90er Jahren unterstützen sich die Türkei und Albanien in ihrem gegenseitigen Bestreben, der EU beizutreten. Es überrascht deshalb nicht, dass die Türkei Albanien Beitritts gesuch zur NATO unterstützte. Nach Aufnahme Albanien in die NATO hat sich das Verhältnis in militärischer Hinsicht noch verstärkt.

Die Islamisierung Albanien ist ein wichtiger Pfeiler für die türkische Außenpolitik. Es werden gezielt islamische Institutionen gesponsert, Moscheen gebaut, u. a. 2018 die „Erdoğan-Moschee“ für 3.000 Gläubige in der Hauptstadt Tirana.¹⁵⁸ Das riesenhafte Bauwerk wurde über die türkische Religionsbehörde Diyanet finanziert.¹⁵⁹

Da niemand diese religiösen Einrichtungen und Moscheen kontrolliert, kann sich auch der radikale Islam etablieren. Dazu der albanische Politikwissenschaftler Enri Hide: „Wir haben einige Moscheen, etwa in manchen Außenbezirken von Tirana, die klar unter dem Einfluss von radikalen Leuten stehen. Als einer der größten Brennpunkte gilt der Ort Cërrik, mit einer der am schnellsten wachsenden radikalen Entwicklung in Albanien.“

Oder das Dorf Rëmenj zum Beispiel, aus dem gleich neun Kämpfer zum IS gegangen sind. Die jungen Leute wurden aber nicht nur in Moscheen radikalisiert, sondern auch in anderen Einrichtungen, die nicht für religiöse Zwecke genutzt werden.¹⁶⁰

Türkisches Geld fließt über die „Agentur für Zusammenarbeit und Koordinierung“ (TİKA) nach Albanien, um dort ganz unterschiedliche Projekte zu finanzieren: Darunter – wen wundert es – findet sich an herausgehobener Stelle die Wiederherstellung osmanischer Moscheen, aber auch Investitionen in die Infrastruktur werden von der Agentur finanziert.¹⁶¹

Trotz all dieser Wohltaten sehen viele Albaner Erdoğan's Aktivitäten nicht mit großer Sympathie, denn nur etwa 40 % betrachten die Türkei als einen freundlich gesinnten Staat.¹⁶² Selbst diejenigen, die sich als gläubige Muslime bezeichnen, kommen sich oft zu Recht als Bauern auf dem türkischen Schachbrett vor. Im November 2009 wurde immerhin die Visumfreiheit zwischen beiden Ländern eingeführt.¹⁶³ Ab dem 2. Februar 2010 können deshalb Staatsbürger beider Staaten das andere Land bis zu 90 Tage ohne Visum frei besuchen. Eine für die EU aus meiner Sicht gefährliche Situation. Wird Albanien in die EU aufgenommen, so wird sich dieser Umstand noch als Einfallstor für die illegale Migration nach Europa erweisen.

Albanien ist seit 2014 Beitrittskandidat der EU. Trotz allgemein bekannter Probleme mit der Korruption und der organisierten Kriminalität forciert die EU-Kommission die Aufnahme.

Am 12. Februar 2020 unterzeichneten der türkische und der albanische Außenminister drei Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen, Studentenaustausch und eine Erklärung zur engeren Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus.¹⁶⁴

In den albanisch-türkischen Beziehungen sind im Laufe der Jahre nur einige kleinere und mittlere Konflikte aufgetreten. So hat die Türkei darauf gedrängt, dass Tirana der Anerkennung Palästinas bei der UN-Versammlung zustimmt. Wichtiger für Ankara war es aber, die Präsenz und den Einfluss der türkischen Gülen-Bewegung in Albanien zu beenden. Erdoğan's Regierung stuft bekanntlich diese Bewegung als terroristische Organisation ein. Die Türkei hat Albanien deshalb gebeten, die von Gülen betriebenen Schulen zu schließen – wobei die albanische Regierung allerdings wenig Engagement zeigt, um dieser Bitte auch wirkungsvoll nachzukommen.¹⁶⁵

Innerhalb der albanischen Gesellschaft wurde eine Debatte über Schulbücher, insbesondere das Fach Geschichte betreffend, ausgelöst. Einige pro-türkische Historiker forderten mit Nachdruck, Geschichtsbücher für die Schule umzuschreiben, um ein geschöntes Bild der osmanischen Vergangenheit auszuweisen. Dagegen protestierten andere, v. a. christlich orientierte Historiker. Sie argumentierten mit den negativen Erfahrungen der osmanischen Zeit und forderten eine Entschuldigung für die einstige Unterwerfung Albaniens unter türkisch-islamische Fremdherrschaft.¹⁶⁶ Diese Thematik ist uns im Westen und auch in Deutschland durchaus nicht unbekannt. Auch hier werden historische Fakten manipulativ dargestellt, um die islamische Geschichte reinzuwaschen und ein politisch korrektes Weltbild bei Schülern und Erwachsenen im Geiste Erdoğan's zu formen.

Nordmazedonien

Mit ca. 80.000 Personen¹⁶⁷ ist die türkischstämmige Gemeinde in Nordmazedonien (das bis 2019 nur „Mazedonien“ hieß) relativ klein, hat das Land doch insgesamt 2,1 Mio. Einwohner.

Allerdings ist der Anteil der Muslime mit etwa 33 % unverhältnismäßig hoch¹⁶⁸ und liegt an vierter Stelle in Europa nach dem Kosovo, Albanien und Bosnien-Herzegowina. Die muslimische Bevölkerung des Landes besteht in der Mehrheit aus ethnischen Albanern (75 %), gefolgt von den Türken (13 %), Bosniern, Roma und Mazedoniern.

Erdoğan kann also über die ethnische Zugehörigkeit nur einen geringen Mobilisierungsgrad erreichen. Deshalb muss er die größte muslimische Volksgruppe, die Albaner, durch religiöse Beeinflussung für sich gewinnen. Seit mehr als einem Jahrzehnt investiert Erdoğan deshalb auf religiösem¹⁶⁹ und wirtschaftlichem¹⁷⁰ Gebiet. Auch Vorwürfe einer Unterwanderung albanischer Minderheitsparteien durch türkische Agenten werden wohl nicht ohne Grund regelmäßig erhoben¹⁷¹ – Erdoğan's langer Arm scheint auf diese Weise bis weit in das politische System Mazedoniens hineinzureichen.

Wer es in Mazedonien wagt, den türkischen Staatspräsidenten zu kritisieren oder seine persönlichen Ambitionen kritisch unter die Lupe zu nehmen, wird oft von organisiert wirkenden Meuten im Internet als „Islamophober“, „Verräter“ und durch ähnliche Beschimpfungen angegriffen. Bisweilen führt der türkische Präsident sogar selbst Klagen gegen die Verfasser kritischer Kommentare im Internet.¹⁷²

Die Türkei verfolgt eine kohärente Politik, die hauptsächlich auf zwei Säulen beruht, den muslimischen Gemeinschaften und wirtschaftlichen Beziehungen.

Im Land sind zwei Agenturen aktiv: die türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordinierung (TIKA) und das „Yunus Emre-Institut“,¹⁷³ das türkische Äquivalent zum Goethe-Institut. Neben wirtschaftlichen Investitionen und kulturellen Projekten

rühmt sich das „TIKA-Institut“ außerdem für seine Krisenhilfe, so etwa bei der Corona-Bekämpfung.¹⁷⁴

Türkische Unternehmer haben landesweit eigene Marken und Unternehmen gegründet. „TIKA“ unterhält ein Büro in Skopje mit einem Länderkoordinator und hat bis Ende 2017 fast 600 Projekte in Mazedonien abgeschlossen.¹⁷⁵ Nach Angaben der Weltbank beliefen sich die Exporte der Türkei nach Mazedonien im Jahr 2016 auf 378 Mio. USD und die Importe auf 82,6 Mio. USD.¹⁷⁶

Bis 2014 hatte Mazedonien 1.952 Kirchen und 580 Moscheen.¹⁷⁷ Alleine im Zeitraum 2004-2014 wurden 350 neue Moscheen gebaut.¹⁷⁸ Die islamische Gemeinschaft ist jedoch fest davon überzeugt, dass die 580 Moscheen des Landes noch nicht dem aktuellen Bedarf ihrer Gläubigen entspricht. Koranschulen sind in allen Regionen sehr aktiv.

Wahhabistische Radikale operieren und verstärken ihren Einfluss im Land. Kontinuierliche personelle Änderungen bei den Imamen haben es radikalen Nachfolgern ermöglicht, die Macht zu übernehmen. Dass der radikale Islam in (Nord-)Mazedonien offenbar auf dem Vormarsch ist, zeigt sich nicht zuletzt anhand des Terroranschlags in Wien am 02. November 2020 – dieser wurde von einem Angehörigen der albanischen Minderheit Nordmazedoniens ausgeübt.¹⁷⁹

Erdoğan geht bei der Verfolgung seiner Ziele noch weiter. Die „BESA-Bewegung“ ist eine politische Partei in der Republik Mazedonien, die sich den Interessen der muslimischen Albaner des Landes verschrieben hat. Sie wird von Erdoğan's AKP massiv unterstützt, um die islamischen Gebiete Mazedoniens für seine Sache zu „erobern“.¹⁸⁰ Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Erdoğan in (Nord-) Mazedonien auf bestehende Strukturen

aufbaut und eigene neue Initiativen startet, um letztlich über die islamischen Minderheiten den Staat zu infiltrieren.

Bulgarien

Bulgariens Bevölkerung umfasst nach der kontinuierlichen Auswanderung der letzten Jahre noch knapp 7 Mio. Einwohner – Stand 2019.¹⁸¹

Mit etwa 15 % weist das Land einen der höchsten islamischen Bevölkerungsanteile in Europa aus.¹⁸² Die muslimische Gemeinschaft besteht aus drei traditionellen Gruppen – Türken, muslimischen Roma und ethnischen bulgarischen Muslimen, den sog. Pomaken. Weniger bedeutend aufgrund ihrer geringen Zahl sind muslimische Austauschstudenten aus arabischen Ländern bzw. deren Nachfahren. Die Zahl der türkischen Einwohner wird unterschiedlich eingeschätzt, aktuelle Daten legen einen ziemlich beachtlichen Anteil von 8,2 % nahe.¹⁸³

Bulgarien verfügt über die höchste Moscheendichte Europas und liegt nach Angaben von Eurostat mit insgesamt 1.200 Moscheen damit dicht bei den arabischen Ländern.¹⁸⁴

Der Einfluss der Türkei in Bulgarien reicht aber über die Wirtschaft hinaus. Beide Länder unterzeichneten 1998 ein Protokoll, demzufolge die Türkei die Löhne von Imamen im Land zahlt und z. T. auch für die Unterhaltung von Moscheen und anderen religiösen Institutionen aufkommt.¹⁸⁵ 2012 hatte die Türkei alleine 12 Millionen US-Dollar für den Bau einer Moschee in der südbulgarischen Provinz Kardschali bereitgestellt, das teuerste regionale Bauprojekt.¹⁸⁶ Zunächst waren Pläne zur

Finanzierung religiöser Institute und Restaurierung historischer Gebäude höchst willkommen, dann wurden aber Bedenken wegen des Einflusses laut. Denn die Türkei beansprucht durchaus das Recht, sich in soziale und politische Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Die Türkei stößt aber bei ihrem Versuch der stärkeren Einflussnahme an ihre Grenzen, trotz der an sich förderlichen Rahmenbedingungen. Denn die Beziehungen der bulgarischen Mehrheit und der türkischen Minderheit sind in der postkommunistischen Ära trotz eines erheblichen Konfliktpotenzials friedlich geblieben, was auf die historische und politische Entwicklung Bulgariens zurückzuführen ist. Dies war allerdings nicht immer der Fall: In den Wirren der politischen Wende versuchte Bulgarien im Jahr 1989 einen Teil seiner türkischen Minderheit „loszuwerden“ und über die Grenze in das Mutterland zu vertreiben. Als die Zahl der erzwungenen Auswanderer dann die Zahl von 300.000 überschritt, schloss die türkische Regierung abrupt die Grenze. Nur ein Teil dieser Türken kehrte in den Folgejahren nach Bulgarien zurück. Dennoch suchte die politische Führung Bulgariens demonstrativ die Nähe zur türkischen Minderheit.¹⁸⁷

Dieses „bulgarische ethnische Modell“ ist es wert, näher betrachtet zu werden. Das Hauptmerkmal dieser Herrschaftspraxis ist die friedliche politische Integration der türkischen Minderheit Bulgariens durch die gemäßigte „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (MRF), die de facto als alleinige politische Vertretung der türkischen Minderheit fungiert. Bei den parlamentarischen Koalitionen wird sie regelmäßig einbezogen. Die Bewertung, inwieweit dieser Fall politische Leitlinien für die Lösung ethnischer Konflikte an anderer Stelle liefern kann, erfordert eine Betrachtung der Besonderheiten der bulgarischen Situation.

Beispielsweise wurden kritische Fragen zum tatsächlichen Grad der Repräsentativität der Führung der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (MRF) in Bezug auf ihren bulgarisch-türkischen Wahlkreis aufgeworfen. Hinweise auf eine frühere Zusammenarbeit mit der bulgarischen kommunistischen Geheimpolizei deuten darauf hin, dass Reformelemente in der Kommunistischen Partei diesen politischen Akteuren von Minderheiten Rollen im politischen Übergang Bulgariens zugewiesen haben. Folglich haben sie konsequent einen säkularen politischen Diskurs geführt und vermieden, pan-islamische oder pan-türkische Agitation zu betreiben. Gleichzeitig vermindert die Dezimierung bulgarischer Türken, aufgrund der Auswanderung in die Türkei, zusätzlich ethnische Spannungen. Das heute relativ friedliche Verhältnis zwischen bulgarischer Mehrheit und türkischer Minderheit ist jedoch ein historisches Novum:

In den 80er Jahren versuchte die bulgarische Führung die Türken im Land gewaltsam zu assimilieren: Ihre Sprache wurde verboten, türkische Namen ausradiert, es kam zu polizeilichen Schikanen und als Antwort darauf zu türkisch-nationalistischen Terrorakten gegen die Staatsmacht. Zunehmend wurden die bulgarischen Türken zur Auswanderung ins benachbarte Mutterland gedrängt – etwa 300.000 ließen sich in der Türkei nieder, bis diese die Grenze für die Zuwanderer schloss.¹⁸⁸

MRF-Chef Akhmed Doğan hat Bulgariens Modell für den inter-ethnischen Frieden als die relevanteste Alternative zu gewalttätigen bosnischen Szenarien auf dem Balkan angepriesen.

Dennoch ließ die Türkei nichts unversucht, ethnisch-religiöse Konflikte zu schüren und dafür Lyutvi Mestan, einen pro-türkischen Politiker und Vorsitzenden der MRF-Partei, unter ihren Einfluss zu bekommen. Aber das Ergebnis war mehr als

katastrophal. Nach kurzer Amtszeit wurde dieser aus seiner Position entfernt und aus der Partei ausgeschlossen, weil er offen seine Unterstützung für die Türkei erklärt hatte. Doğan kritisierte Mestan dafür, dass er Partei ergriffen und die MRF in eine türkische „fünfte Kolonne“ in Bulgarien verwandelt hatte.¹⁸⁹

Der geschasste Vorsitzende gründete daraufhin eine „echte“ pro-türkische Partei namens DOST, die nun ganz offen von Ankara unterstützt wurde. Die Einmischung des türkischen Gesundheitsministers Mehmet Müezzinoğlu in den bulgarischen Wahlkampf erzeugte in diesem Zusammenhang eine regelrechte diplomatische Krise: Nachdem er den bulgarischen Türken die Wahl der DOST öffentlich anempfahlen hatte und der türkische Botschafter in Sofia Wahlkampf für diese Partei betrieb, zog Bulgarien seinen Botschafter aus der Türkei ab. Auch wurden türkische Staatsbürger des Landes verwiesen, die durch ihre Agitation die Einheit Bulgariens zu untergraben versuchten.¹⁹⁰ Bereits im Jahr 2016 hatte Bulgarien den türkischen Attaché Uğur Emiroğlu des Landes verwiesen, weil er die türkische Minderheit mit islamistischer Propaganda gegen den Staat aufgehetzt haben soll.¹⁹¹ Trotz massiver Unterstützung durch die Türkei erreichte die DOST-Partei nur 2,94 % und konnte 2017 nicht ins Parlament einziehen.¹⁹²

Bulgarien scheint mit seiner großen türkischen Minderheit eines der Hauptagitationsfelder der Regierung in Ankara zu sein, allerdings ist es den militanten islamistischen bzw. pan-türkischen Bewegungen bisher nicht gelungen, das Land ernsthaft zu destabilisieren. Die Hegemonie der Bewegung für Rechte und Freiheiten, der traditionellen türkischen Partei Bulgariens, ist dafür zu groß und die Regierung wehrte sich bisher vehement gegen die versuchte Einflussnahme von jenseits des Bosphorus. Doch wenn sich die politische Großwetterlage ändert, kann niemand dafür garantieren, dass dies so bleibt.

Rumänien

Mit seinen ca. 21 Mio. Einwohnern¹⁹³ steht Rumänien in Südosteuropa an erster Stelle. Die etwa 28.000 ethnischen Türken machen einen relativ geringen Teil der Gesamtbevölkerung aus: 0,15 %.¹⁹⁴

Die Republik Rumänien ist ein mehrheitlich christlich-orthodoxes Land mit einer überschaubaren Anzahl von Muslimen – knapp 1 % der Gesamtbevölkerung gehören diesem Glauben an.¹⁹⁵ Die meisten der Muslime sind ethnische Türken und die mit ihnen sprachlich verwandten Tataren. Beide Gemeinden konzentrieren sich hauptsächlich auf die Region Nord - Dobrudscha (Region im Südosten des Landes nahe dem Schwarzen Meer). Etwa 10.000 bis 20.000 von ihnen sind späte Einwanderer. In der Hauptstadt Bukarest leben ungefähr 10.000 Muslime.

Es gibt eine politische Partei der rumänischen Türken, die diese Minderheit parlamentarisch vertritt, sie ist aber mit nur einem Sitz als politisches Einflussinstrument für Erdoğan nicht nutzbar. Die Partei wurde 1990 als Teil der türkisch-muslimisch-demokratischen Union Rumäniens (später ausschließlich für rumänische Tataren) gegründet und ursprünglich als ethnische türkische Minderheitenunion Rumäniens (Uniunea Minoritarun Etnică Turcă din România, UMETR) bezeichnet.

Bei den allgemeinen Wahlen 1992 erhielt die Partei nur 2.572 Stimmen (0,02 %), gewann jedoch nach dem Wahlgesetz einen Sitz in der Abgeordnetenversammlung, der es politischen Parteien, die ethnische Minderheiten vertreten, ermöglicht, von der Wahlhürde ausgenommen zu werden. Seit Dezember 1993 hat die Partei bei jeder Wahl einen Sitz gewonnen.

Ähnlich wie in anderen Ländern Südosteuropas wollte Erdoğan auch in Rumänien durch den Bau einer Großmoschee seinen Machtanspruch demonstrieren. Im Juni 2015 unterzeichnete die rumänische Regierung unter der Führung des damaligen Premierministers Victor Ponta mit der türkischen Regierung ein Abkommen über den Bau der größten Moschee Südosteuropas in Bukarest. Rumänien genehmigte 13.000 qm in einem der zentralen Bezirke Bukarests zum Bau der Moschee – die Ausmaße waren demnach enorm. Erdoğan wollte die muslimischen Minderheiten beeindrucken um sie für seine Pläne einnehmen. In der Stadt gab es zu der Zeit zehn muslimische Kultstätten, allesamt gewöhnliche Gebäude. Während die rumänische Regierung nie eine Moschee gebaut hat, verwalten mehrere NGOs islamische Kulturzentren und diese Räume werden auch von verschiedenen muslimischen Gemeinschaften als Moscheen genutzt.

Es war geplant, in der neuen Moschee auch eine Bibliothek, eine Koranlehrschule und Freizeiteinrichtungen unterzubringen. Die Finanzierung sollte die türkische Diyanet übernehmen.¹⁹⁶ Doch das ehrgeizige Projekt scheiterte letztlich: Die Kosten fielen deutlich höher aus als vorgesehen, weswegen die Planungen im Jahr 2018 offiziell eingestellt wurden.¹⁹⁷

Ausschlaggebend für die rumänische Zustimmung zum Bau dieser Prunkmoschee dürften die hervorragenden rumänisch-türkischen Handelsbeziehungen gewesen sein. Daher sind sie als politisches Zugeständnis zu interpretieren. 2011 wurde eine Erklärung zur strategischen Partnerschaft unterzeichnet.¹⁹⁸

Die Türkei gehört zu den größten Investoren in Rumänien. Derzeit sind rund 7.000 türkische Unternehmen in verschiedenen Sparten aktiv, darunter aus dem Bereich Banken, Maschinenbau, Tourismus, Gesundheit und Baugewerbe.¹⁹⁹ Der Gesamtwert der direkten und indirekten Investitionen türkischer Unternehmen hat 7 Mrd. USD überschritten. Bei türkischen Unternehmern ist ein zunehmendes Interesse an einer Teilnahme und einem Erfolg bei verschiedenen Ausschreibungen der rumänischen Regierung und der lokalen Behörden erkennbar. Die Türkei ist der größte Handelspartner Rumäniens außerhalb der Europäischen Union. Die beiden Länder sind auch die größten Handelspartner des jeweils anderen auf dem Balkan. Das Handelsvolumen verdreifachte sich seit den frühen 2000er Jahren und stieg bis 2017 auf über 6 Mrd. US-Dollar.²⁰⁰ Aufgrund dieser Tatsache war es nicht verwunderlich, dass die Beziehungen der Türkei zur EU Priorität auf der Tagesordnung der rumänischen Präsidentschaft des Europäischen Rates waren. Rumänien unternahm alle Anstrengungen, um die Beziehungen zwischen Ankara und dem 28-Länder-Block zu stärken.

Serbien

Die Gesamtbevölkerung beträgt ca. 7 Mio. Einwohner, wobei die Bewohner des Kosovo, dessen Status bis heute umstritten ist, hier nicht mitgezählt sind. Die muslimische Bevölkerung, darunter hauptsächlich Albaner, liegt bei einem Anteil von ca. 3 %, die Zahl der Türken ist vernachlässigbar.²⁰¹

Historisch gesehen steht das serbische Volk seit jeher in einem langwierigen Konflikt mit den Türken. Während der langen Zeit

der Besetzung durch das osmanische Reich konnten sich die Serben mit diesem Regime nie anfreunden.

Heute können die serbisch-türkischen Beziehungen aber durchaus als herzlich angesehen werden, da beide Parteien durch die Zusammenarbeit profitieren: 2019 kündigten Serbien und die Türkei engere militärische Beziehungen an und unterzeichneten Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, soziale Sicherheit, Industrie und Technologie. Dabei sollte Serbien auch Waffen von der Türkei beziehen, was natürlich eine stärkere Anbindung bedeutet und auch vor dem Hintergrund der laufenden EU-Beitrittsgespräche pikant erscheint.²⁰²

Anders als in Deutschland ist bei den dortigen Menschen die Vergangenheit immer gegenwärtig. Das bedeutet im Falle Serbiens, dass die Unterdrückung durch das Osmanische Reich bis heute im Bewusstsein nachwirkt. Hinzu kommt, dass die Türkei das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt hat, was bei vielen Serben nicht gut ankommt. Wir dürfen auch nicht die Kluft zwischen den serbischen Orthodoxen und den Muslimen außer Acht lassen. Deshalb könnte man die allgemeine Stimmung des serbischen Volkes in Bezug auf die Türkei als neutral bis durchaus misstrauisch zusammenfassen.

Kosovo

In der Gesamtbevölkerung mit ca. 1,9 Mio. Menschen stellen die Türkischstämmigen mit ca. 19.000 Personen nur eine verschwindende Minderheit dar. Dennoch handelt es sich immerhin um ein mehrheitlich islamisches Land, wenn auch mit vor allem albanischer Bevölkerung.²⁰³

Die ersten wirklichen Beziehungen zwischen Albanern und Türken begannen mit der Ankunft der Osmanen in der Region im 15. Jahrhundert. Albanern, die sich zum Islam bekehren ließen, wurden einige Anreize geboten, unter anderem konnten sie sich frei im Osmanischen Reich bewegen und sich auch niederlassen. Seit den Balkankriegen gab es mehrere Migrationswellen von Albanern in die Türkei – teils in erheblichem Ausmaß. Je nach Schätzungen leben in der heutigen Türkei 1,3 bis 6 Millionen Menschen mit albanischen Wurzeln und starken Bindungen in ihr Herkunftsland.²⁰⁴

In den letzten Phasen des kosovo-albanischen Aufstands gegen die Kosovo-Serben und Belgrad unterstützte die Türkei in den neunziger Jahren die kosovo-albanischen Rebellen. Der türkische Geheimdienst MIT bildete Mitglieder der Rebellengruppe aus, die als „Kosovo Liberation Army“ (KLA) bekannt ist.²⁰⁵ Nachdem der kosovo-albanische Aufstand aufgrund der NATO-Intervention erfolgreich war, installierten sowohl die NATO zusammen mit der OSZE und den Vereinten Nationen einen erheblichen zivilen und militärischen Apparat, um das Gebiet in einer Übergangszeit zu verwalten, bis die Kosovo-Albaner in der Lage waren, die Macht zu übernehmen.

Als Kosovo 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärte, war die Türkei einer der ersten Staaten, die Kosovo anerkannten. In einer Gallup-Umfrage wurde die Türkei von 85 Prozent der Kosovaren als „am freundlichsten gesinntes Land“ angesehen.²⁰⁶ Das war nicht nur in der politischen Unterstützung begründet, man war auch der Ansicht, dass die Kosovo-Albaner als Muslime den Türken näher stünden als andere Völker auf dem westlichen Balkan. Kosovo-Albaner waren privilegiert, ohne Visum in die Türkei reisen zu dürfen.

Natürlich hat die Türkei auch hier den Bau und die Renovierung von Moscheen sowie historischen Gebäuden aus osmanischer Zeit unterstützt. In der Hauptstadt Pristina wurde 2019 der Bau einer Moschee für 5.000 Besucher angekündigt – angesichts der geringen Größe des Landes eine beachtliche Dimension.²⁰⁷

Die türkischen Aktivitäten werden durchaus kritisch eingeschätzt, sieht man doch darin – zu Recht – die Bestrebungen, ein neues osmanisches Einflussgebiet zu installieren.

Dieses Gefühl wurde beim Besuch Erdoğan's 2013 anlässlich der Flughafeneröffnung noch verstärkt. „Wir alle gehören einer gemeinsamen Geschichte, einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen Zivilisation an. Wir sind die Menschen, die Brüder dieser Struktur. Vergessen Sie nicht, die Türkei ist das Kosovo, das Kosovo ist die Türkei!“²⁰⁸

Trotz einer offensichtlich engen Beziehung entstehen gelegentlich politische Dissonanzen. Türkische Versuche, das kosovo-albanische Regime davon zu überzeugen, bestimmte Inhalte in Bezug auf die osmanische Zeit aus den Schulbüchern zu streichen, waren nur teilweise erfolgreich.²⁰⁹ Das türkische Fernsehen ist im Kosovo sehr beliebt und es werden viele türkische Seifenopern und TV-Dramen ausgestrahlt. Solche Dramen zeigen patriarchalische Familien, zu denen Liebesbeziehungen und Gewalt gehören. Das führt zu gelegentlichen gesellschaftlichen Diskussionen. Andere Filme zeigen den Glanz und die Glorie der osmanischen Episode. Das kommt bei breiten Bevölkerungsschichten gut an, besonders bei den weniger Gebildeten. Diese Fernsehsendungen tragen zweifelsfrei dazu bei, ein positives Image der Türkei zu erzeugen. Die albanische Führung kam der Türkei entgegen, indem sie die Aktivitäten kurdischer Separatisten in ihrem Land verbot.²¹⁰

Seit der Übernahme des Kosovo durch die Kosovo-Albaner im Jahr 1999 wurde die Türkei zu einem wichtigen Handelspartner, was sich in einem massiven Warenimport, darunter Bekleidung, Elektrowerkzeugen und natürlich auch allerlei gefälschten Waren, widerspiegelt. Die Türken investierten in die Infrastruktur des Landes. Schätzungen zufolge wurden 2010 im Kosovo türkische Bauaufträge im Gesamtwert von fünf Mrd. USD vergeben. Das Hauptaugenmerk lag auf dem Bau von Hauptstraßen, zwei- bis dreispurigen Autobahnen sowie der Übernahme des einzigen funktionierenden Flughafens im Kosovo, außerhalb von Pristina.²¹¹ Ein türkisch-amerikanisches Konsortium, Bechtel-Enka, steht hinter dem größten Infrastrukturprojekt aller Zeiten im Kosovo: Eine Autobahn zwischen dem Kosovo und Albanien zum Preis von 700 Mio. Euro.²¹² Ein türkisch-französisches Unternehmen erwarb den Flughafen,²¹³ ein weiteres türkisches Unternehmen hat KEK (Kosovarisches Stromverteilungsunternehmen) gekauft.²¹⁴ Interessanterweise wird dieses Unternehmen von Erdoğan's Schwiegersohn betrieben.²¹⁵ Die Türkei hatte das Kosovo auch mit Projekten in den Bereichen medizinische Hilfe, Schulbildung und Landwirtschaft unterstützt, alles über die türkische „Agentur für Zusammenarbeit und Koordinierung“ (TIKA).²¹⁶

Die Macht und der Einfluss der Türkei wurde 2018 deutlich, als der damalige Präsident Hashim Thaci die Auslieferung von sechs türkischen Bürgern in die Türkei erlaubte. Erdoğan beschuldigte diese Personen, einen Arzt und fünf Lehrer, mit seinem Intimfeind Fetullah Gülen zusammengearbeitet zu haben, oder mit diesem in Verbindung zu stehen. Ankara betrachtet dessen Bewegung als eine terroristische Organisation und macht sie für den gescheiterten Staatsstreich im Jahr 2016 verantwortlich. Gülen hat dies immer bestritten und lebt derzeit in den USA im Exil.

Montenegro

Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 610.000 liegt der türkische Bevölkerungsanteil im niedrigen drestelligen Bereich und ist daher als marginal zu bezeichnen.²¹⁷

Seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2006 ist die Präsenz türkischer Unternehmen in Montenegro allerdings stetig gestiegen. Die Türkei hat begonnen, ihren wirtschaftlichen Einfluss zu vergrößern. So soll das derzeitigen Handelsvolumen (2019) in Höhe von 140 Mio. in den nächsten Jahren etwa verdoppelt werden.²¹⁸ 15 Mio. Euro wurden für den Kauf türkischer Militärausrüstung ausgegeben.²¹⁹ Die Haltung der serbisch-orthodoxen Mehrheitsbevölkerung Montenegros gegenüber der Türkei ist größtenteils ähnlich wie die der Serben.

Bosnien-Herzegowina

Etwa 1.100²²⁰ der 3,8 Mio. Einwohner²²¹ sind ethnische Türken – ein Erbe der einstigen osmanischen Herrschaft. Die meisten Türken verließen Bosnien und Herzegowina erst, nach dem Österreich-Ungarn 1878 diese Region besetzt hatte. Obwohl unter dem kommunistischen Regime in Jugoslawien viele Menschen die religiösen Bräuche und Sitten abgelehnt hatten, überdauerten sie insgesamt doch diese Zeit. Mit dem Fall Jugoslawiens spielten diese Umstände den skrupellosen Politikern, die die ethnischen Konflikte zu eigenen Zwecken ausnutzten, in die Hände.

Heute ist Bosnien und Herzegowina effektiv in zwei Teile geteilt, in die Republika Srpska, die hauptsächlich von orthodoxen Serben bewohnt wird, und die Föderation Bosnien und Herzegowina mit

mehrheitlich bosnisch-muslimischer Bevölkerung und einer kleinen kroatischen Minderheit. Die Türkei war sehr schnell, Bosnien und Herzegowina am 6. Februar 1992 als unabhängigen Staat anzuerkennen,²²² noch vor der offiziellen Verkündung im März 1993.

Es wird berichtet, dass in den letzten Jahren der türkische Einfluss unter den bosniakischen Politikern zunimmt. Erdoğan ist bekannt für seine Bemühungen, zwei große bosniakische politische Parteien, die „Partei der demokratischen Aktion“ (SDA) und die sozialdemokratische Partei von Bosnien und Herzegowina (SDP), zu versöhnen. 2016 akzeptierte die türkische Regierung die bosnische Sprache als Wahlsprache für ihre Schulen und kündigte an, dass der Unterricht 2018 beginnen würde.²²³ Eine neue pro-türkische Lobbygruppe mit dem Akronym „UEBD“ wurde 2018 gegründet. Das Eröffnungs-Werbevideo präsentierte Bosnier, die ihre Unterstützung für die türkische Militäroperation in Syrien zeigten.²²⁴ Diese Gruppe mag den zunehmenden Einfluss der Türkei auf den westlichen Balkan illustrieren.

Kroatien

Der türkische Minderheit von wenigen hundert Personen (Stand 2011)²²⁵ ist bei einer Gesamtbevölkerung von rund 4,2 Mio. Menschen²²⁶ vernachlässigbar. Die Republik Kroatien hat damit den niedrigsten türkischen Bevölkerungsanteil unter den Balkanländern. Der Anteil der muslimischen Gemeinschaft (v. a. Sunniten) ist mit ca. 1,5 % ebenfalls relativ gering.²²⁷ Der Einfluss der Türkei ist dementsprechend niedrig und konzentriert sich hauptsächlich auf die Handelsbeziehungen. Das Handelsvolumen zwischen der Türkei und Kroatien hat sich kontinuierlich gesteigert – von 387,41 Mio. USD 2015 auf 664 Mio. USD im Jahr 2019.²²⁸

Eine Moschee mit besonders modernem Antlitz, von Katar mit 10 Mio. Euro finanziert, wurde 2013 in der kroatischen Stadt Rijeka eröffnet. Die vierte Moschee übrigens, die seit dem Rückzug des Osmanischen Reiches in Kroatien gebaut wurde.²²⁹ Im Vergleich dazu wurden in Deutschland in den letzten Jahren mehr als 2.000 Moscheen eröffnet.²³⁰ Religiöse Konflikte sind schon aufgrund der geringen Zahl an Muslimen eher unwahrscheinlich. Kroatien wird deshalb oft als Beispiel für Toleranz zwischen den Religionsgemeinschaften angeführt. Im Februar 2020 zeigte sich Muhammad bin Abdul Karim Issa, der Führer der muslimischen Weltliga, erfreut darüber, dass die kroatischen Religionsgemeinschaften so friedlich zusammenleben – und zwar so gut, dass Deutschland doch einige Elemente des „kroatischen Modells“ zur Regulierung der Beziehungen zu Muslimen kopieren möge.²³¹ 2017 traf sich der deutsche Staatsminister für europäische Angelegenheiten, Michael Roth, SPD, mit Aziz Hasanović, Mufti der Islamischen Gemeinschaft in Kroatien, und war von den Beziehungen zwischen der Islamischen Gemeinschaft und dem Staat so beeindruckt, dass er Bundeskanzlerin Angela Merkel sofort darüber informierte.

Ich hege arge Zweifel, dass das „kroatische Modell des Islam“ in Deutschland eingeführt werden kann. Dieses friedliche Zusammenleben funktioniert nur weil schlicht und ergreifend die Masse an Muslimen fehlt. Ansonsten würde dieses gepriesene Modell krachend an den Forderungen der Muslime scheitern – die immer umso selbstbewusster auftreten, je höher ihr Bevölkerungsanteil ist. Ich empfehle dem Staatsminister Roth mal die Lektüre des Buches „Slavery, Terrorism and Islam. The Historical Roots and Contemporary Threat“ von Peter Hammond.

Slowenien

Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 2,1 Mio. beläuft sich die Zahl der Türken auf wenige Hundert, auch der islamische Anteil, hauptsächlich Bosniaken, ist mit 2,4 % verhältnismäßig gering.²³²

Dies hat durchaus historische Gründe: Das Osmanische Reich hat es nie geschafft, das heutige Slowenien den Habsburgern zu entreißen. Häufige und längere Grenzüberfälle in die slowenischen Heimatländer gab es jedoch ab dem späten 15. Jahrhundert. Die osmanischen Streitkräfte plünderten dabei und nahmen Sklaven, die in die besetzten Gebiete verschleppt wurden.

Nach ihrer Unabhängigkeitserklärung am 25. Juni 1991 erkannte die Türkei die Republik Slowenien am 6. Februar 1992 an. Die beiden Nationen unterzeichneten am 3. März 2011 ein Dokument der strategischen Partnerschaft. 2015 betrug das gesamte Handelsvolumen zwischen der Türkei und Slowenien 1,15 Milliarden US-Dollar. In Slowenien besitzen türkische Staatsbürger hauptsächlich kleine bis mittlere Unternehmen, die in den Sparten Lebensmittel, Textilien, Schmuck und Tourismus tätig sind. Eine Ausnahme bildet „Odelo“, das 2011 von der in Istanbul ansässigen Bayraktarlar Holding übernommen wurde und Signallampen und LED-Leuchten für Audi, BMW und Mercedes produziert.²³³ Slowenien bildet gewissermaßen einen Sonderfall unter den Ländern des Balkans: Der türkische Einfluss ist gering und auch Versuche, das Land mit pro-türkischen Kräften zu infiltrieren, sind nicht bekannt. Womöglich sieht Erdoğan aufgrund der nur geringen islamischen Bevölkerung wenig Angriffspunkte.

Fazit:

Erdoğan's neo-osmanische Ambitionen zeigen sich in zunehmender Einflussnahme auf die Staaten Südosteuropas, die einst unter osmanischer Kontrolle standen. Überall dort, wo es einen nennenswerten türkischen Bevölkerungsanteil gibt – wie etwa in Bulgarien – versucht Ankara, ethnische Konflikte auszunutzen, um die entsprechenden Staaten zu infiltrieren und in seinem Sinne zu lenken. Auch bei der islamischen Bevölkerung Albaniens, des Kosovo und Nordmazedoniens versucht Erdoğan, seinen Einfluss geltend zu machen: durch Wirtschafts- und Kulturprojekte, aber auch durch versuchte Eingriffe in das Bildungssystem souveräner Staaten und nicht zuletzt durch den Bau repräsentativer Großmoscheen. Sie sind wohl das offensichtlichste Symbol für die türkischen Ansprüche, Teile Europas zur türkischen Einflusszone zu machen. Nicht überall sind diese Bemühungen von demselben Erfolg gekrönt: Die Serben stehen der Türkei traditionell eher reserviert gegenüber und auch in Kroatien und Slowenien fehlen die Grundlagen für eine weitreichende türkische Einmischung.

Insgesamt gehört der Balkan zu den Gebieten Europas, die für die türkische Großmachtspolitik am stärksten gefährdet sind. Insbesondere die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind nach wie vor durch eine hohe innere Instabilität gekennzeichnet, an der auch die Aussicht auf einen EU-Beitritt wenig ändern wird. Hinzu kommt die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung vieler Balkanländer mit ihrem ungleich größeren Nachbarland: Hat doch die Türkei alleine fast doppelt so viele Einwohner wie die hier betrachteten Staaten zusammen. Die geographische Nähe ist ein weiterer Faktor, aber keine notwendige Bedingung: Wir werden in den folgenden Kapiteln beleuchten,

wie der türkische Einfluss sich auch im bevölkerungsreichsten Land der EU etabliert. Denn nicht nur auf dem Balkan gibt es eine erhebliche türkische bzw. muslimische Minderheit, die für Erdoğan's Pläne instrumentalisiert werden kann.

4.

Wenn aus „Gästen“ Siedler werden – türkische Einwanderung nach Deutschland

Gastarbeiter – zunächst eine europäische Angelegenheit

Bald nach dem 2. Weltkrieg wurde mit dem Wiederaufbau Deutschlands begonnen. In relativ kurzer Zeit begann die wirtschaftliche Erholung des Landes, trotz der massiven Zerstörungen und der durch die Siegermächte abtransportierten Produktionsanlagen. Hemmend wirkte sich dabei der Mangel an Arbeitskräften aus. Viele Männer sind nicht mehr aus dem verheerenden Krieg zurückgekommen, mit erheblichen Auswirkungen auf die Demographie.

1950 hatte Gesamt-Deutschland eine Bevölkerung von rund 69,5 Mio., davon 31,9 Mio. Männer und 37,4 Mio. Frauen und noch 1960 war ein Männerüberschuss zu beobachten: 34,1 Mio. zu 37,1 Mio.²³⁴

In Teilbereichen der Wirtschaft herrschte hoher Arbeitskräftemangel, vor allem in der Landwirtschaft, im Bergbau und der Schwerindustrie. Die damalige Bundesregierung wollte dieses Problem durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte lösen. Es wurden Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960) geschlossen. Der damalige Arbeitsminister Theodor Blank sah trotz der zunehmenden Rationalisierung und Mechanisierung keine andere vertretbare Lösung. Zudem wollte man durch diese Arbeitskräfte die Lohnentwicklung bremsen:

Von 1950 bis 1960 gab es eine durchschnittliche Reallohnsteigerung von 67 %. Die 40-Stundenwoche wurde eingeführt, das Renteneintrittsalter gesenkt. 1960 kamen auf jeden Arbeitssuchenden drei offene Stellen; beeindruckende Zahlen in einer aufstrebenden Wirtschaft.

Deutsche Unternehmen standen unter einem erheblichen Druck und in Konkurrenz untereinander bei der Gewinnung von neuen Arbeitskräften. Für die Wirtschaft hieß es: keine Arbeitskräfte, kein Wachstum.

Diese wirtschaftliche Entwicklung vollzog sich aber nicht in allen Ländern Europas in gleichem Maße: Südeuropa konnte sein Wachstum zwar auch steigern, jedoch von niedrigerem Niveau aus. Es entstand ein – neudeutsch ausgedrückt – Pull-Faktor. Nun war es aber durchaus nicht so, dass Deutschland den anderen Ländern ihre Fachkräfte wegnahm, sondern vielmehr deren Arbeitsmarkt entlastete. Es entstand eine Art Win-Win-Situation. Viele deutsche Arbeiter konnten durch die sie ersetzenden Gastarbeiter in das Angestelltenverhältnis aufsteigen, der in der Regel weniger gut ausgebildete Gastarbeiter fand einen Arbeitsplatz, welcher in seinem Heimatland nicht geboten war.²³⁵ Nimmt man Italien, so profitierten vor allem die Südtaliener davon, da es in ihrer Heimat kaum Arbeit gab. Bei diesen Gastarbeitern handelte es sich um „kulturnahe Fremde“, die kulturellen Unterschiede zwischen Süd- und Mitteleuropäern fielen nicht besonders ins Gewicht. Die vorerst temporär gedachte Aufnahme ging deshalb relativ zügig und fließend in die Integration, in die deutsche Gastgesellschaft über.

Zeitgleich mit der Anwerbung griechischer Arbeitnehmer meldete die Türkei ein starkes Interesse an einem Anwerbeabkommen an, ja drängte regelrecht dazu. Andernfalls würde sie die west-

deutsche Zurückhaltung als „Diskriminierung“ auffassen.²³⁶ Wie kam es dazu? Dazu muss man sich die Situation in der Türkei etwas genauer anschauen:

Die Türkei hatte zu dieser Zeit einen enormen Arbeitskräfteüberschuss, hervorgerufen durch die Mechanisierung in der Landwirtschaft, die viele Arbeitskräfte freisetzte. Zudem wurden die zu bewirtschaftenden Flächen immer kleiner, ein wirtschaftliches Auskommen war nicht mehr möglich. Das betraf primär den ländlich geprägten Bereich Anatoliens. Die Kaufkraft dieser Bevölkerungsschicht war gering.

Die wachsende Industrialisierung fokussierte sich primär auf das Konsumverhalten der kaufkräftigen Einkommensschichten, der gehobenen Stadtbevölkerung zu Ungunsten des Bedarfs der breiten Bevölkerungsschichten, der Bauern, der Handwerker und Arbeiter. Es kam zu einer Nachfrageverzerrung, der Aufbau einer Industrie wurde dadurch verhindert. Die Türkei war zunehmend auf den Import von Investitionsgütern angewiesen. Die externe Verschuldung stieg an, der ökonomische Handlungsspielraum wurde zunehmend eingeengt. Dazu kam noch der starke Bevölkerungsanstieg.²³⁷

Deutschland gibt dem Drängen nach

Die deutsche Regierung war von dem türkischen Ansinnen nach einem Anwerbeabkommen nicht gerade begeistert. Zeitgenossen mit Weitblick warnten vor den kulturellen Unterschieden und den daraus resultierenden sozialen Problemen für die deutsche Gesellschaft – gerade im Vergleich zu den europäischen

Anwerbestaaten. So sah der spätere Kanzler Helmut Schmidt das Abkommen mit der Türkei bereits 1961 kritisch²³⁸ und wiederholte 2004 seine Kritik erneut: „Es war ein Fehler, dass wir zu Beginn der sechziger Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten“.²³⁹

Wie schon gesagt, insistierte die türkische Regierung mit dem Argument der Diskriminierung. Man wollte unbedingt den heimischen Arbeitsmarkt entlasten und zugleich durch die Rücküberweisungen der eigenen Staatsbürger sein Außenhandelsdefizit reduzieren. Als Nebeneffekt erhoffte man sich durch die berufliche Qualifizierung der entsandten Staatsbürger bei deren Rückkehr einen Schub für die eigene Wirtschaft. Man bedenke, dass in der Türkei zu diesem Zeitpunkt etwa 77 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und nur rund 10 % in der Industrie tätig waren.

Deutschland reagierte zunächst also reserviert, aber es gab dabei noch einen militärpolitischen Aspekt. Die Türkei sicherte die Südostflanke der NATO und verwehrte der UdSSR den Zugang zum Mittelmeer. Auch war sie ein Frontstaat und Puffer zur arabischen Welt. Plausibel erscheint es daher, dass auch die USA diplomatischen Druck auf die Bundesregierung ausübten. Es vermischten sich daher wirtschaftliche und außenpolitische Motive.

Im Juli 1961 wurde in Istanbul, noch vor der Unterzeichnung eines Abkommens, ein Anwerbebüro eröffnet. Der Ansturm war enorm. Im Zeitraum 1961 bis 1973 ließen sich viermal so viele Ausreisewillige registrieren, wie dann schlussendlich aufgenommen wurden. Man musste ein Alterslimit setzen – Fachkräfte unter 45, Hilfsarbeiter unter 35 Jahre – sonst wären womöglich drei Millionen Türken nach Deutschland aufgebrochen.

Dass die deutsche Regierung sehr zurückhaltend war, kann man auch aus so manchen Klauseln des Abkommens herauslesen. So sollte die Aufenthaltsgenehmigung auf maximal zwei Jahre beschränkt werden, alle Verweise auf einen Familiennachzug – wie z. B. in den Abkommen mit Griechenland und Italien – wurden gestrichen.

Deutschland war ein Magnet für die türkischen Gastarbeiter. So waren 1977 (ohne Familienangehörige) rund 710.000 außerhalb der Türkei beschäftigt, davon alleine in der damaligen BRD 515.000.



Türkische Gastarbeiter bei der Ankunft am Münchner Hauptbahnhof 1964. Ursprünglich war geplant, dass die ausländischen Arbeitskräfte ihr Gastland nach wenigen Jahren wieder verlassen sollten, doch dieses sogenannte „Rotationsprinzip“ scheiterte am mangelnden politischen Willen.

Das sind die reinen Zahlen, aber hinter diesen Zahlen stehen ja Menschen. Hatte man ursprünglich von deutscher Seite gehofft, Arbeitskräfte aus den industrialisierten Gebieten anzuwerben, so wurde man schnell eines Besseren belehrt. Es kamen vor allem solche aus den rückständigen Regionen Anatoliens, Menschen mit wenig Bildung, archaisch und tiefreligiös geprägt. Die Frage sei erlaubt, warum bei der Anwerbung nicht besser darauf geachtet wurde: War es dem politischen Druck geschuldet oder der Bequemlichkeit der Behörden?

Ein sehr guter türkischer Freund hatte sich in den Neunzigern, als wir dieses Thema diskutierten, mir gegenüber ganz offen und unverblümt so geäußert: „Ihr habt uns ungebildete Leute abgenommen, die wir nicht gebrauchen konnten. Sie werden sich bei euch nicht integrieren, sie werden sich absondern, eure Werte ablehnen und eine abgeschlossene und abgekapselte Gemeinschaft bilden. Und das wird nicht auf die erste und zweite Generation beschränkt bleiben. Ihr werdet noch viele Probleme damit bekommen“. Recht hatte er: Wenn wir später auf das Wahlverhalten der Türken in Deutschland eingehen, so werden wir die Einschätzungen meines Freundes deutlich bestätigt bekommen.

Die angekommenen Türken in Deutschland übernahmen meist niedrigere Tätigkeiten – und manch ein Deutscher mag froh gewesen sein, dass ihm diese abgenommen wurden. Arbeit, Geldverdienen und Geld in die Heimat überweisen – das stand für die Neankömmlinge im Mittelpunkt. Sich in die Gesellschaft integrieren, die Sprache zu lernen war sowohl von Seiten der Gastarbeiter als auch der deutschen Regierung nicht vorgesehen. Hier muss ich auf ein persönliches Gespräch, welches ich ebenfalls in den Neunzigern mit einem hohen deutschen Wirtschaftsvertreter geführt hatte, verweisen: „Die Türken waren viel schlechter ausgebildet,

als wir uns das in der Firma vorgestellt haben, fleißig ja, aber es hat im Vergleich zu deutschen Arbeitern sehr lange gedauert, bis sie die einfachsten Arbeitsprozesse zu unserer Zufriedenheit und nach unseren Vorstellungen ausführen konnten. Es bestand deshalb in unserer Firma kein Interesse, diese Leute nach einer relativ langen Anlernphase durch neue Ungelernte zu ersetzen.“

Das „Rotationsprinzip“ scheitert

Gerechterweise muss man sagen, dass sich die Gastarbeiter nicht zu schade waren, Arbeiten, die für Deutsche unattraktiv oder zu gefährlich waren, zu erledigen. Das Auswärtige Amt lobte 1964 ausdrücklich die türkischen Arbeitsmigranten: „Deutsche Betriebe weisen auf die ausgezeichnete Disziplin und Einordnungsfähigkeit der türkischen Arbeiter, ihre physische Leistungsfähigkeit bei großer Anspruchslosigkeit hin.“²⁴⁰ In der Tat gab es seitens der deutschen Wirtschaft den Wunsch, diese Arbeitskräfte länger als die geplanten zwei Jahre zu behalten. Aus türkischer Sicht gibt es auch zahlreiche Berichte aus dieser Zeit, wie das Leben sich für sie gestaltete. Geldverdienen stand jedenfalls im Mittelpunkt, dafür wurden Abstriche bei der Unterkunft und bei den Familien gemacht, die ja in der Türkei verblieben waren.

Die Journalistin Sandra Dassler hat Protagonisten dazu berichten lassen. Einer erinnerte sich mit Bedauern an diese Zeit: „Ich habe gedacht, Geld ist das Wichtigste. Wenn man aus der Armut heraus will, ist es so. Heute weiß ich, dass ich mich lieber um die Beziehung zu meinen Kindern hätte kümmern sollen. Ich habe vieles falsch gemacht. Aber jetzt will ich den Jungen helfen, ihren Weg in Deutschland zu finden.“²⁴¹

Ursprünglich war die Aufenthaltszeit der Türken in Deutschland auf zwei Jahre begrenzt. Die Unternehmen wehrten sich gegen diese zeitliche Begrenzung, nicht zuletzt wegen der langen Anlernzeit und Eingewöhnungsphase. Deshalb kam es schließlich zu einer Neufassung des Abkommens und das Rotationsprinzip wurde im Mai 1964 außer Kraft gesetzt. Auch wurde damit zeitgleich das Familiennachzugverbot aufgehoben.

Erst im Zuge der Ölkrise 1973 wurde ein genereller Anwerbestopp beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits rund 600.000 Türken im Land. Sie hatten die Wahl, zurückzukehren oder zu bleiben. Die allermeisten entschieden sich zu bleiben. Das war der Beginn der nachhaltigen Einwanderung in die Bundesrepublik.²⁴²

Obwohl die zweijährige Befristung letztlich nicht eingehalten wurde und ein Großteil der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik blieb und seine Familie nachholte, gab es dennoch eine erhebliche Zahl an freiwilligen Rückkehrern. Einige von ihnen haben meine Frau und ich auf unseren Reisen durch die Türkei in Anatolien und in der Osttürkei in den Siebzigern kennengelernt. Gastfreundlich und mit einer sehr wohlwollenden Erinnerung an ihre Zeit in Deutschland. In der Regel waren diese Personen einige Jahre in Deutschland und haben es nach der Rückkehr in ihre anatolischen Dörfer zu einem vergleichsweise großen Wohlstand gebracht. Allerdings war kein Einziger dabei, der auch nur rudimentäre deutsche Sprachkenntnisse besaß, die über „Guten Tag“, „Deutschland gut“ und ähnliches hinausreichten.

Viele Historiker betonen die Vorteile der Anwerbeabkommen und deren Bedeutung für das deutsche Wirtschaftswunder – Verkürzung der Arbeitszeit, soziale Aufstiegsmöglichkeiten für

deutsche Arbeitnehmer, positiver Effekt auf die Rentenversicherung usw.

Es gibt aber auch kritische Stimmen, die in der Zuwanderung eine ökonomische Fehlentwicklung sehen, in der durch den Import von billigen Arbeitskräften veraltete Strukturen, wie den Bergbau, künstlich am Leben gehalten und notwendige wirtschaftliche Anpassungen verschleppt wurden.²⁴³

Es kamen hunderttausende, meist schlecht ausgebildete und unserer Kultur fernstehende Personen in unser Land. Integrationsmaßnahmen hatten diese Migration von deutscher Seite aus nicht begleitet, da anfangs das Rotationsprinzip galt. Vonseiten der Arbeitsmigranten bestand auch nur sehr selten Interesse, sich in die Gastgesellschaft, die ihnen vollkommen fremd war und blieb, zu integrieren oder deren Sprache zu lernen. So kam es zunächst zu einer Art Selbstorganisation der Migranten, bis dann die deutschen Parteien das Wählerpotenzial für sich entdeckten. Dazu mehr im nächsten Kapitel.

5.

Das Werben um die türkische Community

Selbstorganisation der Deutschtürken

Wie bereits im letzten Kapitel ausgeführt, sollte der Aufenthalt der türkischen Arbeitsmigranten ursprünglich nur von kurzer Dauer sein. Auf jegliche flankierende Eingliederung in die deutsche Gesellschaft wurde deshalb bewusst verzichtet. Durch den kulturellen Hintergrund und die Religiosität der türkischen Gastarbeiter bildete sich daher ziemlich schnell eine Parallelgesellschaft heraus. Den Kristallisationspunkt dieser Gemeinschaft bildeten dabei die Gebetsräume, um die gemeinsame Religion zu praktizieren und in deren Umfeld die sozialen Kontakte zu pflegen.

Ab 2002, mit Amtsantritt der AKP, kam es auch zu einer Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik, darunter fiel auch die Diasporapolitik. „Ziel war es, die öffentliche Meinung im Ausland und damit nach Möglichkeit die Politik der Aufnahmeländer so zu beeinflussen, dass wirtschaftliche und politische Vorteile für die Türkei wahrscheinlicher würden.“²⁴⁴

Durch einschlägige Vereine und Organisationen wurden die Verbindungen zum Heimatland Türkei gestärkt und zugleich versucht, sich politisch und gesellschaftlich im Gastland Deutschland eine gewichtige Stimme zu verschaffen. Eine herausragende Rolle spielt dabei die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“, nach ihrem türkischen Namen mit DİTİB abgekürzt. Sie untersteht direkt dem türkischen „Präsidium für religiöse Angelegenheiten“ und damit Präsident Erdoğan.²⁴⁵

An dieser Stelle muss auf das geänderte Wahlrecht in der Türkei hingewiesen werden, dann versteht man auch das Interesse Erdoğan's bzw. seiner Partei, der AKP, an engen Beziehungen der Diaspora zum Mutterland.

„Im Jahre 2008 änderte das türkische Parlament das Wahlgesetz und erlaubte erstmals türkischen Staatsbürgern, die außerhalb der Türkei leben, bei Wahlen und Referenden abzustimmen, ohne in die Türkei reisen zu müssen. Das Gesetz wurde erstmals bei der Präsidentschaftswahl 2014 vollzogen. Ein Zusatzartikel dieses Wahlgesetzes ermöglichte es dem türkischen Staat außerdem, Wahlbüros im Ausland einzurichten. Dafür bedarf es allerdings in einigen Ländern, wie Deutschland, der Zustimmung und Genehmigung staatlicherseits.“²⁴⁶

Für Außenstehende ist es schlicht nicht möglich, all die türkischen Organisationen religiös oder politisch zu überblicken. Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. hat hierzu meines Erachtens die übersichtlichste und umfassendste Aufstellung mit Erläuterungen zu den Organisationen der Türken in Deutschland erstellt.²⁴⁷

Nachstehend nur ein kleiner Auszug:

1. Religiöse Organisationen:

- **DİTİB**/ca. Hälfte der Türken in Deutschland
- **Milli Görüs** (IGMG)/vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft/ ca. 27.000 Mitglieder/ 600 Moscheen, Sozialwerke etc.
- **Verband der Islam. Kulturzentren** (VIKZ)/300 Niederlassungen/21.000 Mitglieder
- **Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e. V.** (AABF)/90 Vereine/30.000 Mitglieder, mehr laizistisch

2. Politische Organisationen:

- **ADÜTDF** (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.) – 200 Vereine, 10.000 Mitglieder, Forderung: kommunales Wahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft, kemalistisch, stark Türkei-orientiert
- **ATIB** (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V.) – 12 Vereine, 25.000 Mitglieder
- **AADD** (Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in der Bundesrepublik Deutschland e. V.)
- **HDF** (Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e. V.)
- **DTF** (Deutsch-Türkisches Forum)/**CDU-nahestehend**
- **FTDF** (Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e. V.)/10.000 Mitglieder
- **LTD** (Liberaler Türkisch-Deutscher Vereinigung e. V.)/**FDP-nahestehend**
- **DIDF** (Föderation der Demokratischen Arbeiter/linksgerichteten Vereine aus der Türkei in der BRD e. V.)
- **GDF** (Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e. V.)/**linksgerichtet**

Bei der Bewertung vieler dieser Vereine ist jedoch Vorsicht geboten: Wir haben es hier nicht einfach nur mit folkloristischen Traditionsgruppen zu tun, sondern z. T. mit politisch-religiösen Netzwerken. Zunächst waren diese unter den eigenen Leuten aktiv, doch die türkisch-islamischen Interessengruppen greifen mit ihrer Einflussnahme immer weiter aus. So riefen die Grauen Wölfe, eine gewalttätige türkisch-nationalistische Bewegung, ihre Anhänger schon vor Jahren dazu auf, deutsche Parteien zu unterwandern.²⁴⁸

Die „Union Internationaler Demokraten“, praktisch die Auslandsorganisation von Erdoğan's Regierungspartei AKP, schlägt in dieselbe Kerbe: Ihr Verständnis von „Integration“ läuft darauf hinaus, dass die Einwanderer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, aber weiterhin türkischen Interessen dienen sollen.²⁴⁹

Türkische Aktivisten streben nach Einfluss

Solche Appelle haben offenbar Erfolg: Energischen Vertretern des politischen Islam gelingt es zunehmend, sich in Behörden, Verwaltungen, Stiftungen und nicht zuletzt auch in den etablierten Parteien einzunisten.²⁵⁰ Dort werden sie mit offenen Armen empfangen, gehört es doch seit einigen Jahren in den deutschen Parteien zum guten Ton, gezielt türkischstämmige und islamische Mitglieder in herausgehobene Positionen zu bringen, um sich mit der eigenen „Vielfalt“ zu schmücken und attraktiv für Neuwähler aus der entsprechenden Kultur zu sein. Von diesen Ambitionen profitieren also beide Seiten: Die deutschen Parteien vergrößern ihr Wählerreservoir, türkische Aktivisten können im Gegenzug Ressourcen und Gelder für ihre „Community“ bereitstellen, auf die Gesetzgebung einwirken und so allmählich den Einfluss des politischen Islam in Deutschland ausbauen.

Selbstverständlich heißt dies nicht, dass sämtliche Politiker türkischer Herkunft eine Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen würden. Wenn eine erfolgreiche Integration und Assimilation in die Werte der europäischen Kultur stattgefunden haben, spricht absolut nichts dagegen, dass auch Politiker mit Wurzeln in der Türkei oder anderen islamischen Ländern zum Wohl unserer Nation beitragen. Zu nennen wäre hier etwa Ismail Tipi, CDU-Angeordneter im hessischen Landtag, der durchaus den Konflikt

mit streng-islamischen Kräften sucht, die zur Unterwanderung der deutschen Gesellschaft angesetzt haben.²⁵¹ In den Reihen der AfD ist Leyla Bilge gegen die Masseneinwanderung und die in ihrer Folge importierte islamische Frauenfeindlichkeit aktiv geworden.²⁵² Doch solche Beispiele sind rar gesät. Bei nicht wenigen türkischstämmigen Politikern bekommt man sogar den gegenteiligen Eindruck: Sie wurden gefördert und in einflussreiche Positionen gehievt, gerade weil sie *nicht* für deutsche Interessen eintreten, sondern streng-islamischen Neuwählern nach dem Mund reden.

Ein Bilderbuchbeispiel, wie weit es türkische Aktivisten in Deutschland durch die Protektion einflussreicher Förderer bringen können, ist die SPD-Politikerin Aydan Özoğuz. Die Tochter türkischer Einwanderer besitzt die deutsche und türkische Staatsbürgerschaft²⁵³ und zog für die Sozialdemokraten 2001 in die Hamburgische Bürgerschaft und 2009 in den Bundestag ein.²⁵⁴ Dabei wurde sie von keinem Geringeren als Olaf Scholz gefördert, der sie nach eigenen Aussagen gezielt wegen ihrer türkischen Herkunft angeworben hatte. Zuvor hatte sie etliche Jahre lang für eine große Stiftung deutsch-türkische Projekte betreut.²⁵⁵

Nach außen hin gibt sich Özoğuz auf den ersten Blick gemäßigt, von deutschen Medien wird sie daher gerne als Musterbeispiel für Integration angepriesen. Doch diese Fassade hat zunehmend Risse bekommen: Teile ihrer Familie sind tief im islamistischen Milieu verwurzelt, ihre Brüder betreiben z. B. ein radikal-islamisches Hetzportal im Internet. Zwar grenzt sie sich verbal von diesen Aktivitäten ab²⁵⁶ – aber Zweifel an ihrer Distanz zum radikalen Islam drängen sich förmlich auf. Denn nicht nur sprach sich Özoğuz für die Beibehaltung von Kinderehen aus (angeblich zum Wohl der betroffenen Mädchen),²⁵⁷ sie forderte auch

Zurückhaltung bei polizeilichen Durchsuchungen in extremistischen Moscheen²⁵⁸ und behauptete sogar, die Deutschen hätten es allenfalls zu einer gemeinsamen Sprache, nicht jedoch zu einer eigenständigen Kultur gebracht.²⁵⁹ Kurzum: Die türkischstämmige SPD-Politikerin lässt kaum eine Gelegenheit aus, ihr Gastland verächtlich zu machen und die wuchernden islamistischen Netzwerke in Schutz zu nehmen. Ihre Abgrenzung zum radikalen Islam scheint daher ein bloßes Lippenbekenntnis zu sein.



Die türkischstämmige Politikerin Aydan Özoğuz wird gerne als Vorbild gelungener Integration gepriesen, fiel jedoch bisher v. a. dadurch auf, dass sie den politischen Islam in Schutz nahm und sich abfällig über die deutsche Kultur äußerte.

Kann man sich vorstellen, ein deutschstämmiger Politiker in der Türkei würde den Einheimischen erklären, sie hätten außer ihrer Sprache niemals eine „spezifisch türkische“ Kultur geschaffen? Würde so jemand nicht in hohem Bogen aus seinem Amt,

vielleicht auch aus der Türkei selbst hinauskatapultiert werden? Deutschland aber lässt sich eine solche Niedertracht bereitwillig gefallen, ja es belohnt sie sogar: Aydan Özoğuz war zu dem Zeitpunkt nicht irgendeine unbedeutende Randfigur, sondern Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. In dieser sensiblen Position hat sie also genau das Gegenteil ihrer eigentlichen Aufgabe erfüllt: Statt Integration zu fordern, hat sie sich für noch mehr Abschottung und Distanz der Einwanderer zur deutschen Kultur eingesetzt. Wohlgemerkt nicht ihre Abstammung, aber ihr Einsatz für türkisch-islamistische und gegen deutsche Interessen macht Politiker wie Özoğuz zu einer Gefahr für unsere Gesellschaft. Mit ihnen hat der politische Islam einen Fuß in der Tür und er wird keine Gelegenheit auslassen, seinen Einfluss auch in Zukunft auszubauen.

Die deutsche Politik erkennt das Potenzial

Bisher waren entsprechende Unterwanderungsversuche v. a. im linken Spektrum zu beobachten. Die SPD kann dabei als besonders gefährdet gelten, unterhält sie doch traditionell eine große Nähe zum Gastarbeitermilieu, zu dem selbstverständlich auch islamistische und türkisch-nationalistische Tendenzen gehören. Aber auch die Grünen haben sich offen dafür gezeigt: 2019 versanken sie im prestigeträchtigen Bezirk Hamburg-Mitte wegen radikal-islamischer Aktivitäten einiger Abgeordneter im Chaos.²⁶⁰ Die Linkspartei konzentriert sich mit ihrem Werben insbesondere auf die kurdische Minderheit, die aus der Osttürkei nach Deutschland eingewandert ist.²⁶¹ Hier ist weniger der Islamismus das Problem, sondern die Neigung vieler Kurden zur linksextremistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), die seit Jahrzehnten tödliche Anschläge in der Türkei und anderen Ländern ausführt. Seit fast 20 Jahren gilt diese in der EU nun schon als Terrororganisation.²⁶² Jedoch zeigen sich Linken-Politiker, nicht selten türkisch-kurdischer Herkunft, demonstrativ mit Symbolen der PKK²⁶³ und stellen das Verbot der von ihr ausgehenden kriminellen Aktivitäten in Frage.²⁶⁴

Wir sehen also: Die Einwanderung aus der Türkei hat viele Gesichter – und nur weil jemand ein Erdoğan-Gegner ist, heißt das nicht automatisch, dass er auch einen Gewinn für die deutsche Gesellschaft darstellt. Die Versuche der Einflussnahme sind vielschichtig und die deutschen Parteien haben ganz unterschiedliche Strategien entwickelt, um diesen Tendenzen zu begegnen. Die meisten allerdings, so gewinnt man den Eindruck, lassen sich sogar ganz gerne unterwandern und setzen sich dafür ein, die radikalen Vertreter ausländischer Interessen einzubinden oder sogar gezielt zu fördern, wie wir oben gesehen haben. Mit den

Einwanderern hat Deutschland nicht selten auch deren ethnische Konflikte aus dem Heimatland importiert, der türkisch-kurdische Konflikt ist dafür ja nur ein Beispiel. Es scheint, dass solche Auseinandersetzungen nun zunehmend auf deutschem Boden ausgetragen werden und die etablierten Parteien bieten dem offenbar bereitwillig eine Plattform. Zu groß ist die Verlockung, neue Wählerstimmen in den nach außen abgeschotteten Migranten-Milieus einzusammeln.

In der bisherigen Aufzählung fehlte die CDU/CSU. Nicht ohne Grund behandeln wir sie hier gesondert, weil sie eben auch einen speziellen Fall darstellt. Zunächst könnte man ja durchaus meinen, dass eine Partei, die sich immer noch christlich nennt, nicht gerade die erste Anlaufstelle für türkisch-islamistische Kräfte wäre. Bis in die 2000er Jahre hinein war das auch weitestgehend der Fall. So setzte Angela Merkel beispielsweise im Wahlkampf 2005 Signale gegen einen EU-Beitritt der Türkei²⁶⁵ und noch 2010 erklärte sie „Multikulti“ für gescheitert²⁶⁶ – beides dürfte in den entsprechenden Einwanderermilieus nicht gut angekommen sein. Dass solche Aussagen in der heutigen Union nur noch schwer denkbar sind, zeigt uns, wie sehr sich diese politische Formation in nur wenigen Jahren geändert hat. Die Politik der Masseneinwanderung, auf welche die CDU/CSU spätestens seit 2015 eingeschwenkt ist, bildet dabei nur das offensichtlichste Beispiel.

Im Hintergrund arbeiten einflussreiche Funktionäre nämlich schon weitaus länger an einer „Öffnung“ der Union für islamistische und türkisch-nationalistische Aktivisten, wobei im Zentrum dieser Aktivitäten der CDU-Landesverband NRW steht: Politiker wie Fritz Schramma, langjähriger Kölner Oberbürgermeister, können dabei als Pioniere gelten. Er war einer der prominentesten Fürsprecher der DİTİB-Großmoschee,²⁶⁷ die im Jahr 2018 mitten in Köln-Ehrenfeld von Erdoğan persönlich mit einer bombastischen

Zeremonie eingeweiht wurde.²⁶⁸ Sie kann als das größte türkische Machtsymbol in Deutschland gelten, der gewaltige Bau ist wie eine Demonstration von Erdogans Großmachtplänen im Herzen einer deutschen Großstadt. Obwohl das Monument des türkischen Islam ohne Schrammas unermüdlichen Einsatz nicht möglich gewesen wäre, wurde es ihm nicht gedankt. Erdogans Stellvertreter in Deutschland brauchten den CDU-Politiker nur so lange, bis das Bauwerk stand – dann hatte er seine Schuldigkeit getan und wurde von der DITIB fortan ignoriert.



Die Unterstützung der CDU für den Bau der Kölner Großmoschee war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, der die Partei für streng-islamische Kräfte öffnete. An prominenter Stelle setzte sich Oberbürgermeister Fritz Schramma für das gigantische Bauwerk ein – was er später bereuen sollte. Die Einweihung fand durch Erdoğan persönlich statt.

Nicht einmal zur Eröffnungsfeier luden ihn die türkischen Interessenvertreter ein. Im Nachhinein war dem sichtlich enttäuschten

Fritz Schramma das Projekt daher peinlich,²⁶⁹ doch da waren die Tatsachen aus Beton längst geschaffen. Und sein Aktivismus war ja nur der Auftakt für die Annäherung der CDU an streng-islamische und türkisch-nationalistische Kräfte. Andere sollten sich geschickter anstellen als der leichtgläubige Kölner Oberbürgermeister.

Kein Geringerer als Armin Laschet ist es, bei dem seit Jahren die Fäden der Türkei-Lobby in der Union zusammenlaufen. Seine wachsweiße Haltung als einstiger Integrationsminister trug ihm nicht ohne Grund den Spitznamen „Türken-Armin“ ein,²⁷⁰ er gilt als besonders Erdoğan-nah,²⁷¹ was der türkische Präsident durchaus zu schätzen weiß: Dieser gratulierte Laschet höchstpersönlich am Telefon zu seiner Wahl als CDU-Vorsitzender und ließ sich eine „enge Zusammenarbeit“ versprechen.²⁷² Ist es angesichts solcher Beziehungen ein Wunder, dass unter Armin Laschet ständig neue Verstrickungen seiner CDU in das islamistische Milieu bekannt wurden? Nur einige Beispiele: Zafer Topak, Aktivist der türkisch-nationalistischen Grauen Wölfe, konnte wahrscheinlich mit der Deckung Laschets Karriere in der CDU machen.²⁷³ Auch in der CDU Duisburg konnte sich mit Sevket Avci wohl ein Vertreter der Grauen Wölfe einnisten, der vorher ausgerechnet als Integrationsratsvorsitzender tätig war.²⁷⁴ Offenbar wurde dieser Fall sogar gezielt vom Ministerpräsidenten vertuscht, um die CDU in der Kommunalwahl 2020 vor Kritik abzuschirmen.²⁷⁵

Laschets Unterstützung genießt auch die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Cemile Giousouf, die der türkischen Minderheit in Griechenland entstammt und die Berichten zufolge ebenfalls enge Kontakte in das Milieu der Grauen Wölfe sowie der türkischen Regierungspartei AKP unterhält.²⁷⁶ Laschet selbst rechtfertigte den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Syrien, traf sich 2015 mit Vertretern der „Islamischen Gemeinschaft

Mili Görüs“, die dem radikal-islamischen Milieu angehört, und unterhält offenbar herzliche Kontakte zu den Sponsoren einer extremistischen Moschee in Aachen.²⁷⁷ Die „Union der Vielfalt“, eine Unterorganisation von Migranten in der CDU, nahm er gegenüber dem Vorwurf einer Unterwanderung durch die Grauen Wölfe öffentlich in Schutz.²⁷⁸ Und nicht zuletzt ist es Serap Güler, Laschets Vertraute und Staatssekretärin für Integration in Nordrhein-Westfalen, die Kontakte zu den Grauen Wölfen und der bereits oben erwähnten Mili Görüs unterhält.²⁷⁹ Zu all dem passt es, dass unter Laschet auch die DİTİB, verlängerter Arm Erdogans in Deutschland, neuerdings den Islamunterricht mitbestimmen kann.²⁸⁰

Türkische Organisationen und Lobbygruppen haben sich also eng mit den etablierten Parteien verzahnt, die sich davon ein frisches Wählerreservoir versprechen. Ursprünglich waren es vor allem SPD und Grüne, die türkische Aktivisten in einflussreiche Positionen gebracht haben, doch die CDU hat sich als eifriger Schüler erwiesen und ihre Konkurrenten mittlerweile sogar überholt. Die islamische Unterwanderung, die von Organisationen wie den Grauen Wölfen oder der Erdoğan-treuen „Union Internationaler Demokraten“ systematisch betrieben wird, nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Armin Laschet ist einer der Hauptverantwortlichen der Öffnung gegenüber streng-islamischen Kräften – und wer immer sein Nachfolger an der CDU-Spitze sein wird: An den einmal geschaffenen Tatsachen wird er kaum etwas ändern. Eine besondere Rolle unter den türkischen Lobbygruppen spielt dabei die DİTİB, die wir im folgenden Kapitel noch etwas genauer unter die Lupe nehmen werden.

6.

Erdoğan's verlängerter Arm – die Bedeutung von Diyanet und DİTİB

Politik und Religion – eng verzahnt in der Türkei

Das Diyanet İşleri Başkanlığı (Diyanet), auf Deutsch das „*Präsidium für Religionsangelegenheiten*“, ist eine staatliche Einrichtung zur Verwaltung religiöser Angelegenheiten in der Türkei. Diese Behörde ist die Nachfolgeinstitution des „Schaich al-Islām-Amtes“ des Osmanischen Reiches und daher die höchste religiöse Instanz und Autorität des Landes. Nach Ausrufung der Türkischen Republik durch Kemal Atatürk 1923 sollte sich die moderne Türkei, wie wir im ersten Kapitel dargestellt haben, am Westen orientieren. Dazu gehörte auch die Abschaffung der religiösen Gerichte, Koedukation, Frauenwahlrecht und viele weitere große und kleine Reformen, die das gesellschaftliche Leben völlig umgestaltet haben. Diese Reformen hatten über die kommenden Jahrzehnte Bestand, doch der streng-islamische Glaube war immer noch tief in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft verankert.

Dadurch bestand eine latente Gefahr für den laizistischen Staat. Deshalb diente das „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ zunächst dem Zweck, die Religion durch den Staat kontrollierbar zu machen. Diese Behörde unterstand dem Staatspräsidenten – damit waren alle Imame in den Moscheen entsprechend weisungsgebunden. Aufgaben waren religiöse Dienste, religiöse Erziehung, Wallfahrtswesen, religiöse Publikationen und Außenbeziehungen.

Entsprechend galt das Diyanet gemäß der generellen Ausrichtung der türkischen Politik lange Zeit als gemäßigt in seiner Koraninterpretation, einige Frauen bekamen sogar wichtige Posten.²⁸¹ Mit der Re-Islamisierung der Türkei durch die AKP hat sich das in den letzten Jahren allmählich geändert. Der Weg zurück in den Fundamentalismus ist von höchster Stelle vorgegeben. Fatwas, also islamische Rechtsgutachten zur Anwendung religiöser Regeln im Alltag, sind ein Beispiel für den zunehmenden Fanatismus des Diyanet. Zwar haben diese in der Türkei keine Gesetzeskraft, doch geben sie Aufschluss über die ideologische Ausrichtung des Diyanet: So wollte das Amt Verlobten das Händchenhalten und Flirten untersagen, da dies den Regeln des Islam widerspreche. Auch wurde vor einer Heirat mit Aleviten, einer religiösen Minderheit in der Türkei, gewarnt sowie das Trinken von Alkohol verboten.²⁸² Auch wenn sich also nicht jeder Türke diesen Regeln unterwerfen muss, so sind derartige Fatwas doch als Kennzeichen eines zunehmenden Selbstbewusstseins der Behörde zu sehen: Die Regelung jeder noch so alltäglichen Handlung durch islamische Normen ist ein Ziel, das sie offenbar immer energischer verfolgt.

Um den wachsenden Einfluss und die Bedeutung dieser Behörde zu verstehen, muss man die personelle Ausstattung und die verfügbaren Finanzen etwas genauer betrachten. Hatte das Diyanet zu Beginn der Gründung etwa 6.000 Angestellte, so waren es 1965 bereits fast 20.000, 1984 dann 50.000 und 2003 gut 74.000. Einen Anstieg um 46.000 Stellen erfuhr das Diyanet unter der AKP-Regierung: 2013 waren es bereits 120.000 Angestellte.²⁸³ Vergleichen wir diese Aktivitäten mit Deutschlands Amtskirchen (Katholiken²⁸⁴ und Evangelische²⁸⁵), so waren dort insgesamt etwas über 30.000 Pfarrer bzw. Priester beschäftigt. Natürlich ist es kein Zufall, dass sich die Zahl der türkischen

Religionsbeamten seit Erdoğan's Amtsantritt fast verdoppelt hat: Das enorme Wachstum der Behörde spricht nicht nur für die steigende Bedeutung des Islam in der Türkei insgesamt, sondern ist auch ein Indiz dafür, dass der türkische Präsident bewusst seine Gewährsleute im Diyanet installiert, um die einst säkulare Prägung der Behörde rückgängig zu machen.

Denn nur eine kleine Zahl von Diyanet-Angestellten ist mit administrativen Aufgaben und mit Logistik beschäftigt. Der weitaus größte Teil besteht aus verbeamteten Imamen und Koranlehrern. Dabei ist ihr Anteil an den gesamten türkischen Staatsbeamten binnen 10 Jahren von 3,5 % auf 4,22 % im Jahre 2017 gestiegen. Das Personal verfügt neben einem festen Monatsgehalt über alle Vergünstigungen des türkischen öffentlichen Dienstes (Sachleistungen, bezahlte Überstunden, Sozialleistungen und Rente). Auch das Budget ist erheblich gewachsen. Waren es in den 50er Jahren noch 0,2 %, so stieg der Anteil bis 2018 schon auf 1,1 % des öffentlichen Haushalts. Das Budget ist zwischen 2003 und 2018 um etwa 15 % pro Jahr (!) erhöht worden. In Zahlen: 5,77 Mrd. türkische Lira (entspricht zu der Zeit etwa 885 Mio. Euro). Ein gewaltiger Aufwuchs, der primär auf den hohen Personalausgaben beruhte. Denn der Moscheebau in der Türkei wurde hauptsächlich durch Spendenaufkommen finanziert, auch wenn kommunale Förderungen und damit indirekt die Steuerzahler ihren Beitrag zu leisten haben.

Gab es 1971 noch rund 42.000 Moscheen, so waren es bereits im ersten Regierungsjahr der AKP 76.000 und bis 2017 kamen weitere 11.576 dazu. Pro Jahr werden über 800 Moscheen neu eröffnet.²⁸⁶

Aktuell umfasst das Budget gemäß einem Bericht des „Nordic Monitor“ 11,6 Mrd. türkische Lira und soll bis 2022 noch

einmal auf 13,2 Mrd. Lira anwachsen. Damit haben sich die Ausgaben in den letzten zwei Jahrzehnten vervierfacht, weit mehr als bei anderen Behörden und Ministerien.²⁸⁷ Nicht einmal das türkische Innen- und Außenministerium kann über derart üppige Gelder verfügen. Im Jahr 2019 sind die finanziellen Aufwendungen für das Diyanet um 34 % gestiegen.²⁸⁸ Zu diesem ohnehin stattlichen Budget generiert das Diyanet noch weitere Einnahmen durch Pilgerreisen und die *Turkey Diyanet Foundation* (Türkiye Diyanet Vakfı, TDV) sowie aus weiteren nicht genauer bekannten Fonds. Diese TDV, 1975 gegründet durch das Diyanet, war ursprünglich eine kleine Wohlfahrtsorganisation. Mittlerweile betreibt diese von Steuern befreite Organisation eine nicht näher bekannte Anzahl von Unternehmungen und verfügt über etwa 1.000 Niederlassungen in der Türkei.²⁸⁹ Interessanterweise ist diese Organisation für die staatlichen Moscheeprojekte zuständig, und zwar in Albanien, Russland, Deutschland, England, den Philippinen und den USA. „KOMAS“ eine Firma, die zu 99,45 % der TDV gehört, hat hunderte religiöser Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser und Hotels seit 1983 gebaut.²⁹⁰ Das Diyanet organisiert auch Großveranstaltungen, wie den „Third African Muslim Religious Leaders Summit“ 2019 in Istanbul, wo Erdoğan sich als Führer der islamischen Welt präsentierte und gegen die christliche Missionstätigkeit in Afrika wettete.²⁹¹

Auf die linientreue Haltung seiner Religionsbehörde kann sich der türkische Staatspräsident demnach verlassen. Große Zweifel gibt es allerdings an der Transparenz des üppigen Diyanet-Haushalts. Aufgrund seiner reichhaltigen und profitablen Geschäftstätigkeiten u. a. im Immobilienbereich wird das Amt mittlerweile scherzhaft als „Diyanet Holding“ bezeichnet. Das türkische Statistikinstitut geht davon aus, dass das ohnehin sehr großzügige

Budget sogar noch künstlich heruntergerechnet ist und tatsächlich beim Doppelten liegen müsste: Viele Ausgaben und Einnahmen werden nicht ordnungsgemäß erfasst und überhaupt ist die gesamte Struktur des international agierenden Diyanet mit all seinen Kultur-, Bildungs- und Wohltätigkeitsaktivitäten außerordentlich schwer zu durchschauen. Kritische Beobachter kommen zu dem Schluss, dass die Behörde von der Öffentlichkeit weitgehend unkontrolliert und wie ein Staat im Staate agiere.²⁹² Sollte dies zutreffen, würde also die staatliche türkische Religionsbehörde systematische Korruption fördern und betreiben. Islamischer Fundamentalismus und die Gier nach Profit scheinen sich hier jedenfalls nicht grundsätzlich auszuschließen.

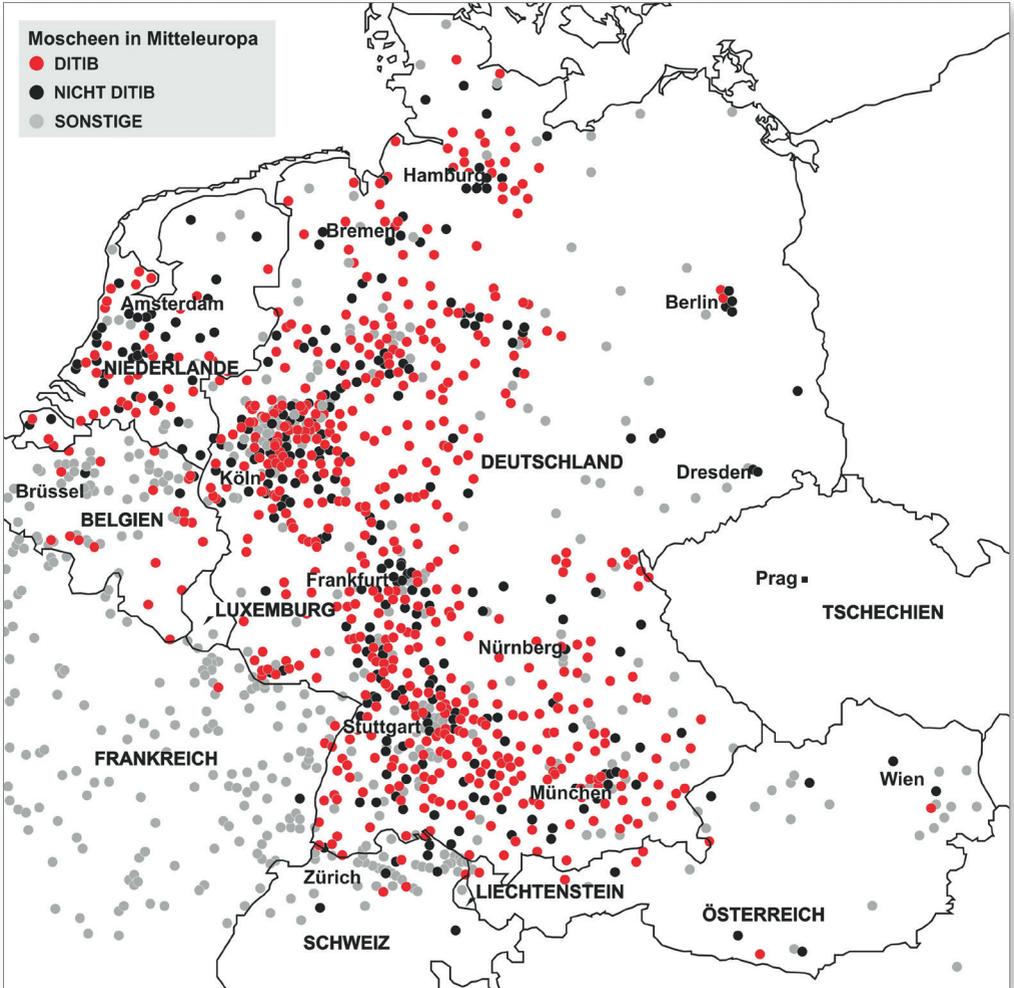
Wer steuert die DİTİB?

Das Diyanet leitet seine Auslandsableger über die türkischen Botschaften, was auch für die deutsche Filiale, die sog. DİTİB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, deutsch: Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) gilt. Offiziell weisen die Funktionäre den Vorwurf zurück, sie seien der verlängerte Arm Ankaras: „Diyanet ist eine staatliche Organisation, das stimmt. Aber sie ist nicht der politischen Meinungsbildung unterworfen und in theologischen Fragen unabhängig“, so Kazim Türkmen, der DİTİB-Vorsitzende seit 2019.²⁹³ Während das bereits für die Mutterorganisation Diyanet nicht sehr glaubwürdig ist, müssen wir uns ihre deutsche Zweigstelle DİTİB wohl noch etwas genauer ansehen.

Auf ihrer sehr übersichtlich aufgebauten Webseite informiert die DİTİB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği) über ihre Struktur und Ziele. Die DİTİB, wurde 1984 in Köln als bundesweiter

Dachverband zur „Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeit der in ihr organisierten Vereine“ gegründet. Waren es im Gründungsjahr noch 135 Vereine, so stieg ihre Zahl auf heute über 960. Die DİTİB selbst bezeichnet sich als mitgliederstärkste Migrantenorganisation in Deutschland und als Vertreterin von „über 70 % der in Deutschland lebenden Muslime“. Als Ziele ihres Wirkens, behauptet jedenfalls die DİTİB, diene die Förderung des interreligiösen Dialogs, Beratung, Hilfestellung bei Pilgerreisen bis hin zu Hilfestellung bei Todesfällen.²⁹⁴

Doch die tolerante Fassade zeigt Risse: „Trotz zahlreicher Übersetzungen ist für die gläubigen Muslime nur der arabische Text verbindlich. Die mündlich wie schriftlich überlieferten Verse des Koran sind unmittelbar nach dem Tode des Gesandten (Mohammed) gesammelt und in der bis heute gültigen Form geordnet worden“, so schreibt es die DİTİB selbst.²⁹⁵ Unter diesem Gesichtspunkt versteht man auch das Verhältnis der gläubigen Türken in Deutschland zu den weltlichen Gesetzen in ihrem Gastland. Laut einer repräsentativen Befragung 2015/2016 sind islamisch-fundamentalistische Einstellungen unter den türkischen Einwanderern auch in der dritten Generation weit verbreitet: So strebt insgesamt ein Drittel eine Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten Mohammeds an und sogar die Hälfte versichert, dass die Gebote des Islam für sie über den deutschen Gesetzen stehen. Besonders die jüngere Generation, die also bereits in Deutschland aufgewachsen ist, grenzt sich stark von der deutschen Kultur ab. Verbreitet und spürbar ist die Abneigung gegenüber Juden und Nichtgläubigen. Jeder fünfte Befragte hält sogar Gewalt im Namen des Islam für gerechtfertigt.²⁹⁶



Die DITIB kontrolliert die Mehrzahl der Moscheen in Deutschland. Dies gilt v. a. für die alte Bundesrepublik, die Zielland der türkischen Gastarbeitermigration war. Auch in den neuen Bundesländern steigt jedoch mittlerweile die Moscheedichte, hier allerdings v. a. durch Asylbewerber aus arabischen Ländern, die besonders in den letzten Jahren in großer Zahl eingewandert sind.

Vieles spricht dafür, dass dies nicht zuletzt mit der immer fundamentalistischeren Propaganda der türkischen DİTİB zu tun hat. Die Beispiele dafür sind zahlreich: Ishak Kocaman, Vorsitzender der Muradiye-Camii-Moschee in Hamburg-Wilhelmsburg bekräftigte, dass die Demokratie für Muslime nicht bindend sei und sprach Kurden und Türken mit nicht-islamischer Lebensweise den Wert ab. Jugendliche DİTİB-Mitglieder riefen auf Facebook zur „Zerschlagung Deutschlands“ auf.²⁹⁷ In etlichen deutschen Städten spionierten Imame politische Gegner Erdogans aus und legten Feindeslisten an, auf denen sich u. a. deutsche Journalisten befanden.²⁹⁸ Hetzaufrufe gegenüber Armeniern²⁹⁹ und Ehrengräber für die Verantwortlichen des Völkermordes in DİTİB-Moscheen bilden den traurigen Höhepunkt der Agitation.³⁰⁰

Eine kritische Einordnung solcher Befunde oder gar eine Stellungnahme gegenüber problematischen Glaubenspraktiken des Islam, wie etwa den „Ehrenmorden“, sucht man auf den offiziellen Seiten der DİTİB vergeblich. Auch viele andere Tatsachen, die für das Wirken dieser Institution bestimmend sind, werden auf der Internetseite verschwiegen: Wie z. B. sieht die Verbindung zum Mutterland genau aus, welche Mittel werden konkret für Imame, die Unterhaltung der Moscheen usw. aufgewendet? Aus verständlichen Gründen fallen diese Themen völlig unter den Tisch.

Kein Wort darüber, dass die Imame in den Moscheen der DİTİB aus der Türkei kommen, oft kein Wort Deutsch sprechen, von dort finanziert werden und nach einiger Zeit wieder in die Türkei zurückkehren. Die genaue Zahl wird aus nachvollziehbaren Gründen freilich nicht publiziert.

Auf eine Anfrage der Linken-Fraktion hin hat das Bundesinnenministerium erklärt, dass 2017 insgesamt 350 DİTİB-Imame ein

Arbeitsvisum erhalten haben. Inwieweit die Imame nach Ablauf ihres Visums tatsächlich zurückreisen, darüber gibt sich das Ministerium allerdings unwissend.³⁰¹

Trotz ihrer engen Verflechtung mit dem türkischen Staat wird die DİTİB von Behörden und Politikern in Deutschland hofiert: So ist die Religionsbehörde wichtigster Kooperationspartner des Landes Nordrhein-Westfalen beim islamischen Religionsunterricht.³⁰² Hamburg schloss im Jahr 2012 einen Staatsvertrag u. a. mit der DİTİB, der ihr ebenfalls neue Rechte bei der Gestaltung des Schulunterrichts gab.³⁰³ Die trügerische Hoffnung, man müsse der türkischen Religionsbehörde nur weit genug entgegenkommen, dann ändere sie sich schon von ganz alleine, ist leider typisch für das Scheuklappendenken vieler deutscher Mandatsträger. Denn Forderungen nach einer grundlegenden Reform, die die Organisation unabhängig vom türkischen Staat machen würde, weist die DİTİB regelmäßig von sich.³⁰⁴ Im Gegenteil: Sie bekräftigt ganz offiziell, dass ihr an solchen Ideen absolut nichts gelegen ist. So hat Anfang 2019 in der DİTİB Zentrale in Köln das „II. Treffen Europäischer Muslime“ stattgefunden. Dabei äußerte sich der Präsident des türkischen Religionsamtes, Ali Erbas, zum Euro-Islam: „Die Einschränkung des Islam, wie deutscher oder europäischer Islam, steht im Widerspruch zur Universalität des Islam, der alle Orte und Epochen zugleich erleuchtet.“³⁰⁵ Das war eine zu erwartende und absehbare Ohrfeige für all diejenigen, die so naiv sind zu glauben, der Islam könne sich ohne größere Schwierigkeiten der abendländischen Kultur anpassen.

Es gibt unzählige Aussagen von islamischen Theologen und nicht zuletzt von Erdoğan persönlich, die diesem Gedankengut eine klare Abfuhr erteilen:

Der Begriff „Gemäßigter Islam“ sei eine Wortschöpfung des Westens. Es gebe keinen gemäßigten oder radikalen, sondern nur den einen Islam. „Das Ziel der Verwendung solcher Begriffe ist es, den Islam zu schwächen“, so Erdoğan im Jahr 2017.³⁰⁶ Dass die DİTİB in vielen Fällen als Instrument in der Hand Erdoğan's bereitsteht, wurde auch nach dem gescheiterten Putschversuch im Sommer 2016 deutlich, als Imame der DİTİB in ihren Gemeinden die Anhänger des nach Amerika geflohenen Predigers Fetullah Gülen – eines Intimfeindes von Präsident Erdoğan – ausspionieren sollten. Der Generalbundesanwalt ermittelte in der Folge gegen 19 Imame, auch eine Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst wurde in Erwägung gezogen.³⁰⁷ Die Verdächtigen wurden vom Generalstaatsanwalt beschuldigt „für den Geheimdienst einer fremden Macht Informationen gesammelt zu haben“. Der Verband hatte zuerst die Vorwürfe der Bespitzelung brüsk zurückgewiesen, sogar als „Unterstellung“ bezeichnet, dann aber denselben Fakt eingeräumt und sich dafür entschuldigt. Einige Imame hätten die „Anweisung“ des Diyanet fehlinterpretiert. Eine entlarvende Aussage, die einmal mehr unterstreicht, wie selbstverständlich die DİTİB-Imame als Befehlsempfänger Ankaras verstanden werden.³⁰⁸

Seit vielen Jahren ist die DİTİB dennoch ein gern gesehener Ansprechpartner der deutschen Politik. Aber das positive Bild wird durch kritische Berichte und haarsträubende Vorgänge in den Moscheen allmählich getrübt. In der Folge wurden die jährlichen staatlichen Fördergelder von zunächst 1,5 Mio. Euro auf 300.000 Euro im Jahr 2018 gekürzt.³⁰⁹ Es liegt eine Vielzahl an negativen Meldungen zu den Aktivitäten der DİTİB vor. Obesnun Kontakte zu den noch radikaleren Muslimbrüdern sind³¹⁰ oder Predigten in den Moscheen, die den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei befürworten.³¹¹ Die Imame predigten

von der „Sehnsucht, Märtyrer oder Invalide zu werden“, ließen Kinder Schlachten nachspielen: Die Jungs stellten „Märtyrer“ im Namen des Islam nach, die Mädchen priesen mit Kampfliedern ihren Einsatz. Die entsprechenden Predigten dazu erhalten die Imame zentral aus Ankara vom Diyanet.³¹²



Erdoğan zusammen mit Imam Ali Erbas, dem Vorsitzenden der Religionsbehörde Diyanet, bei der Eröffnung der Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld.

Der Inlandsgeheimdienst, der zunächst türkisch-nationalistische Aktivitäten als „Gefahr für den inneren Frieden in Deutschland“ ansah,³¹³ gab wohl wieder einmal dem Druck der Politik nach: Innenminister Seehofers Machtwort „Es gibt dringendere Probleme“³¹⁴ scheint bei den politischen Beamten der Behörde seine Wirkung erzielt zu haben. Die entsprechenden Landesämter haben ebenfalls den Schwenk mitgemacht und lehnten letztlich eine Beobachtung ab, da „es sich bei dem Islamverband um türkische Nationalisten, nicht aber um religiöse Fanatiker“

handle.³¹⁵ Nicht nur zeigt sich hier die Zurückhaltung der deutschen Politik, sobald türkische Interessen im Spiel sind, sondern es ergibt einen weiteren interessanten Nebenbefund: Erneut verdichten sich die Hinweise, dass der Verfassungsschutz, der eigentlich losgelöst von politischer Einflussnahme agieren sollte, so frei und unabhängig nicht handeln kann. Stattdessen scheint er gezwungen zu sein, auf politische Befindlichkeiten der Bundesregierung Rücksicht zu nehmen: Ein für die Demokratie außerordentlich bedrohlicher Zustand.

Doch zurück zur türkischen Religionsbehörde: Die DİTİB selbst bemüht sich um ein moderateres Image, aber ohne an der eigenen Arbeitsweise und den eigenen Zielsetzungen grundlegend etwas zu ändern. Nach der Kritik an den türkischen Import-Imamen will man nun selber hier in Deutschland ausbilden. Junge Leute mit deutschem Abitur sollen zunächst islamische Theologie in der Türkei studieren und dann ein zweijähriges Ausbildungsprogramm an der DİTİB-Akademie in Dahlem absolvieren.³¹⁶ Soll das die Alternative zur Entsendung der Imame aus der Türkei sein? Ein Unterschied wäre wohl kaum gegeben, solange die Ausbildung nicht in deutscher Hand an deutschen Universitäten stattfände. Der Wechsel des Ausbildungsortes allein wird an den eklatanten Missständen und der Radikalisierung der Behörde nichts ändern. Aber deutsche Politiker und Journalisten werden trotzdem aufatmen und das vermeintliche Entgegenkommen honorieren.

Die enge institutionelle Anbindung der DİTİB an den türkischen Staat ist beinahe schon eine Garantie für ihren politischen Missbrauch. Wie das Diyanet in der Türkei, so ist die DİTİB eine der wichtigen Stützen der Politik Erdoğan's in Deutschland. Über sie kann er erheblichen Einfluss auf die türkische Diaspora nehmen: Die Predigten gegen die Armenier und für den

Märtyrertod haben gezeigt, dass die Institution kein Hehl aus ihrer Parteinahme für die Politik des türkischen Staatspräsidenten und seiner AKP macht. Deutsche Politiker mögen die DİTİB als Partner ansehen, deutsche Behörden die Augen vor ihrer radikal-islamischen und türkisch-nationalistischen Agitation verschließen – doch damit tragen sie nur zur weiteren Verschärfung des Problems bei. Werden der DİTİB keine Grenzen gesetzt, muss sie sich regelrecht ermuntert fühlen, mit ihrem bisherigen Verhalten fortzufahren. Der Dienstweg von Ankara zur DİTİB-Zentrale nach Köln ist kurz und die Möglichkeiten zur Aufwiegelung vielfältig. Ein derartiger Einfluss eines fremden Landes ist schlicht inakzeptabel, stellt eine latente Gefahr dar und beschränkt die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands.

7.

Wenn zwei Welten aufeinandertreffen – Rahmenbedingungen der Integration

Die türkische Familie in der Fremde

Die türkische Gemeinschaft hat sich, wie in den vorherigen Kapiteln gezeigt, auf allen Ebenen der Politik etabliert und weiß ihre Einflussmöglichkeiten immer effektiver zu nutzen. Die andere Seite der Medaille ist aber die Integration in die Gesellschaft. Viele Beobachter haben schon lange den Eindruck, dass die Türken im Gegensatz zu den anderen einstigen Gastarbeitern, z. B. Italienern und Griechen, weniger gut integriert sind. Woher kommt dieses Empfinden? Täuschen uns da bloß Vorurteile oder können wir unseren Augen trauen?

Man darf den kulturellen und religiösen Hintergrund bei dieser Betrachtung nicht ausklammern. Natürlich war es für die ersten türkischen Gastarbeiter sehr schwer, stießen sie doch auf eine völlig fremde Welt mit ganz anderen Wertvorstellungen. Die türkischen Arbeitsmigranten aus den rückständigen Regionen sahen sich mit einem enormen Entwicklungsgefälle, sozial und auch technisch, konfrontiert. Der pluralistischen Gastgesellschaft, mit einer ausgeprägten Toleranz für andere Kulturen und Lebensweisen, auch mit ganz anderen gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen, gelang es nicht, diese Menschen aufzunehmen. Denn ganz abgesehen von der enormen Zahl der Einwanderer, die eine Integration immer erschwert, fehlte bei vielen schlicht der nötige Wille.

Die Fokussierung auf die Arbeit und Geldverdienen sowie die Aussicht auf eine absehbare Rückkehr haben das Interesse an der Gastgesellschaft nicht gefördert. Die weit verbreitete Unfähigkeit, sich in der neuen Sprache auszudrücken, hat zu einer Abkapselung gegenüber dem Gastland geführt. Europäerinnen waren aufgrund ihres zu „freizügigen“ Lebenswandels in ihren Augen keine ehrbaren Frauen, also hat man sich seine Bräute aus der vertrauten Umgebung gesucht – in Anatolien. Es war leicht, diese importierten Frauen mit ihrem tradierten Gesellschaftsbild von der fremden und vermeintlich verdorbenen Gesellschaft des Westens fern zu halten. Man blieb weitgehend unter sich.

Mit der Zeit hatte sich auch das Bild, welches man von seiner Heimat Türkei in sich trug, durch diese Abkapselung verändert. Die Türkei wurde emotional überhöht, schöner, besser als die Wahlheimat. Die Traditionen und Gebräuche waren dabei wichtig, um dieses Bild aufrechtzuerhalten und zu idealisieren. Diese Erfahrung musste auch ich selbst machen, als ich mit meiner Familie für viele Jahre im Ausland war. Zwar bin ich kein religiöser Mensch, doch empfand ich es in gewisser Weise angenehm, bestimmte heimische Traditionen wie Weihnachten im Ausland zu pflegen. Insofern kann ich es selbst sehr gut verstehen, dass anatolische Landarbeiter in der für sie fremden Umgebung Halt im Vertrauten suchten. Das ist wohl ein allgemein-menschliches Phänomen.

Besonders schwierig gestaltet sich der Wechsel aus einer stark islamisch geprägten Gesellschaft in eine freie Gesellschaft, wie wir sie in Deutschland kennen. Hier prallen Welten aufeinander, was das Miteinander von Mann und Frau, die Kleidung, den menschlichen Umgang und die Moral betrifft. Das erfordert vom Einwanderer eine grundlegende Anpassungsbereitschaft,

um auch im Aufnahmeland anzukommen. Menschen wie die türkischen Gastarbeiter, die durch ihre streng-islamische Kultur geprägt sind, stehen letztlich vor der Wahl, entweder in einer Art Parallelwelt mit wenig Berührungspunkten zur Aufnahmegesellschaft zu leben, oder aber ihre alten Wertevorstellungen völlig über Bord zu werfen. Dies dürften die wenigsten letztlich tun.

Die Kinder in diesen Familien haben üblicherweise mehr Kontakt zu dieser neuen Welt, werden aber durch das recht abgeschottete familiäre Umfeld gehindert, die Wertvorstellungen des Gastlandes zu übernehmen. Kein ehrbares türkisches Mädchen darf sich mit einem Deutschen einlassen. Ein türkischer Junge dagegen schon: Er kann Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht sammeln, geheiratet wird aber schließlich ein Mädchen aus der eigenen Gemeinschaft oder direkt aus dem Heimatland. Türkische Eltern in Deutschland neigen dazu, in der Fremde, der Diaspora, einen stärker behütenden und kontrollierenden Erziehungsstil zu pflegen als Familien in der Türkei. Anderweitig sehen sie sonst ihr unmittelbares Lebensumfeld gestört – oder wie es die Migrationsforschung ausdrücken würde:

„Eine starke Familienorientierung in der Erziehung kompensiert dabei die vielfach erfahrene soziale Isolation im Alltag. Insofern stellt das türkische und islamische Familienleben, bei denen Werte wie bedingungslose Loyalität, Solidarität und Reziprozität der Familienmitglieder untereinander von zentraler Bedeutung ist, im Gegensatz zur stärker individualistischen deutschen Gesellschaft, nicht nur ein Integrationshemmnis dar, sondern erweist sich zugleich auch als eine Ressource, z. B. Hilfe bei Schulaufgaben, angstloser Kontakt und Einführung in die Gesellschaft und als Protektivfaktor gegenüber Stresssituationen.“³¹⁷

Diese gesellschaftliche Abschottung wird durch die Religion mit ihren archaischen Vorstellungen deutlich verstärkt. Im Koran wird detailliert in den verschiedenen Suren die Rolle der Eltern und der Kinder beschrieben. Für einen gläubigen Moslem sind diese Suren verpflichtend: So sind die Eltern verpflichtet, ihre Kinder islamisch zu erziehen, zu fördern und anzuleiten. Auf der anderen Seite muss das Kind seinen Eltern gehorchen und sie achten. Die Ehrfurcht vor den Eltern und die Dankbarkeit ihnen gegenüber als eine besondere Pflicht wird im Koran mehrfach betont.³¹⁸

„Dabei besteht sowohl zwischen Eltern und Kindern als auch zwischen älteren und jüngeren Geschwistern während der gesamten Zeit des Aufwachsens eine asymmetrische Beziehung, die sich zum Teil, was etwa den Respekt betrifft, über die gesamte Lebensspanne hinweg zieht. Während die Pflicht des Kindes gegenüber den Eltern bzw. des jüngeren Kindes gegenüber den älteren Geschwistern darin besteht, sie zu achten und ihnen zu gehorchen, stellt die Liebe und Sorge dem Kind gegenüber die elterliche Pflicht bzw. die Pflicht der älteren Geschwister dar. Den Eltern zu widersprechen gilt in traditionell-islamischen Familien als ein höchst aufsässiges Verhalten und wird keineswegs mit Autonomiebestrebungen des Kindes verbunden.“³¹⁹

In der islamischen Erziehung gibt es verschiedene Phasen. Da ich lange in islamischen Ländern mit Kind und Kegel gelebt habe, wurde ich zwangsläufig damit konfrontiert.

In den ersten Lebensjahren ist es die Mutter, die alleine für die Erziehung zuständig ist. Es ist undenkbar, diese Aufgabe anderen, wie es bei uns üblich ist, z. B. einer Kinderkrippe, zu überlassen. Die Kinder haben in dieser Zeit einen recht großen Freiraum zum Spielen, man ist äußerst nachsichtig mit ihnen. In arabischen

Ländern habe ich erlebt, dass Kinder, z. B. bei Kindergeburtstagen, buchstäblich über die gedeckten Tische gelaufen sind, auch in großen Hotels – dabei haben die Eltern ihre Sprösslinge gewähren lassen und nicht eingegriffen!

Erst ab etwa dem 7. Lebensjahr werden die erzieherischen Zügel angezogen.

Die Erziehung des Sohnes übernimmt in der Regel der Vater, die des Mädchens die Mutter. Wobei man bei der Erziehung der Jungs auch noch ziemlich nachsichtig ist, sie werden meist regelrecht verhätschelt, während bei den Töchtern ein deutlich strafferes Regiment geführt wird. Diese ungleiche Behandlung kann nicht ohne Einfluss auf die schulischen Leistungen bleiben – auch in Deutschland zeigt sich, dass männliche Muslime im Durchschnitt weitaus schlechter abschneiden.³²⁰

In dieser Zeit werden die Kinder auch an die Religion herangeführt. Mit etwa 14 Jahren wird von den Eltern erwartet, dass ihre Kinder die Fastenregeln des Ramadan bewusst praktizieren.

Mit Beginn der Pubertät werden dann vor allem die Mädchen einer noch stärkeren Kontrolle unterzogen. Es wird genau hingeschaut, welcher Umgang gepflegt wird, wo sie sich aufhalten. Damit koppelt sich gewissermaßen die Entwicklung der türkischen Migrantenkinder von der Gastgesellschaft ab. Je traditioneller die Familie geprägt ist, desto stärker werden die Töchter kontrolliert und misstrauisch beäugt, um nicht ihre Heiratschancen zu gefährden. Hier fällt dem Sohn eine Beschützerrolle in Vertretung des Familienoberhauptes zu.

Als männliche Familienmitglieder sind nämlich auch die Söhne für die Bewahrung der Ehre ihrer Schwestern zuständig, d. h. sie sehen es als ihre Aufgabe, sie vor „Schande“ zu bewahren, da

sonst der Ruf der Familie ruiniert würde – eine erhebliche Belastung für diese Mädchen. Im Gegensatz dazu hat der Junge nicht nur die freie Entscheidung über die Gestaltung seiner Freizeit. Es wird sogar regelrecht erwartet, dass der junge Muslim sexuelle Erfahrungen schon vor der Ehe sammelt³²¹ – wobei selbstverständlich nicht den „ehrenhaften“ Musliminnen, sondern bevorzugt westlichen Frauen diese Rolle zukommt. Diese Beziehungen können aus islamischer Sicht jedoch nur als kurzfristige Abenteuer durchgehen, geheiratet wird dann selbstverständlich eine Muslimin.³²² Man wird wohl vergeblich darauf hoffen, dass westliche Feministinnen diese Art der Ausnutzung von Frauen nur halb so energisch anprangern, wie sie sonst ungeschickte Komplimente verurteilen.

Hinzu kommt, dass viele Familien nicht möchten, dass sich ihre Kinder an die deutschen Lebensverhältnisse gewöhnen und sich damit assimilieren. Es wird befürchtet, dass es dadurch zu einer völligen kulturellen und religiösen Entfremdung kommt. Sobald dieser Eindruck entsteht, wird versucht, dem mit einer intensiveren und auch rigideren religiösen Werteerziehung beizukommen. Eine hohe Geschwisterzahl in der Familie oder der engeren Verwandtschaft mindert auch die Integrationschancen von Migrantenkindern, denn deutsche Kinder sind dann zum Spielen nicht notwendig. Während der Schulzeit haben die türkischen Kinder demnach ihren engsten Freundeskreis in der eigenen ethnischen Gruppe. So gehören 68,8 % derselben ethnischen Gruppe an wie ihr bester Freund und 65,2 % wie ihr zweitbeste Freund. Hingegen sind nur 30,2 % der besten Freunde Deutsche.³²³

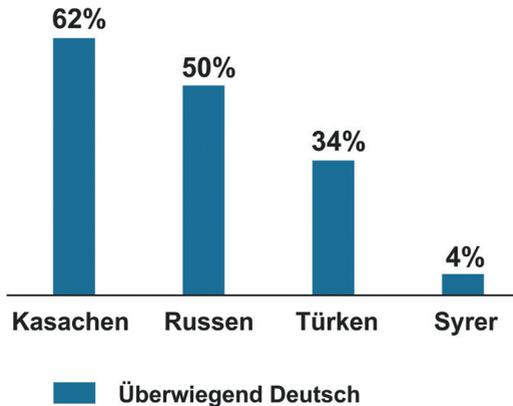
Abschottung und Segregation

Bei Befragten mit türkischer Staatsbürgerschaft überwiegen in der Freizeit Kontakte mit Landsleuten und die deutsche Sprache wird weniger verwendet. Dies muss nicht zwangsläufig auf einer bewussten Entscheidung beruhen, sondern kann auch ein Ergebnis der Wohn- und Lebenssituation sein. In manchen Städten sind türkischstämmige Bürger stark auf bestimmte Stadtteile konzentriert, so dass viele Kontakte in der Freizeit zwangsläufig nur im türkischen Umfeld stattfinden. Der Großteil der Türken lebt in überwiegend ausländischen Nachbarschaften, wo Kontakte mit einheimischen Deutschen selten sind. Dies ist ein starkes Integrationshindernis: Gerade solche nachbarschaftlichen Kontakte sind es, die neben Schul- und Arbeitskontakten den ersten Schritt zur Integration bilden können.³²⁴ Doch wie dargestellt, zeigen sich auf allen drei Feldern erhebliche Defizite, was nicht zuletzt an der großen Zahl der türkischen Einwanderer und ihrer Konzentration in bestimmten Stadtvierteln liegt. Obwohl viele Türken der 2. Generation ihre deutschen Sprachkenntnisse sehr selbstbewusst einschätzen,³²⁵ ist bei solchen Selbstauskünften stets Vorsicht geboten. Offizielle Daten deuten darauf hin, dass es mit der sprachlichen Anpassung nicht weit her ist: Unter türkischstämmigen Einwanderern sprechen gerade einmal 34 % überwiegend Deutsch im Haushalt – weit weniger als bei anderen Migrantengruppen.³²⁶

In den urbanen Bereichen haben sich besonders viele Türken angesiedelt. Schon in den 80er Jahren war dieses Problem allgemein bekannt, gerade in Berlin gab es auch damals schon Schulen mit mehrheitlich türkischen Kindern.³²⁷ Doch den deutschen Politikern schien dieses Eisen offenbar zu heiß, jedenfalls nehmen sie die Situation seit Jahrzehnten weitgehend tatenlos hin, so dass Berlin mit etwa 180.000 türkischstämmigen Bewohnern³²⁸ heute

als eine der größten türkischen Gemeinden außerhalb der Türkei gelten kann.

Überwiegend gesprochene Sprache in Haushalten von Migranten



Gerade einmal ein Drittel der türkischstämmigen Haushalte verwenden Deutsch als hauptsächliche Sprache, obwohl viele Türken bereits seit Jahrzehnten hier leben und eingebürgert sind. Nur die Syrer haben mit gerade einmal 4 % noch schlechtere Werte. Besser sehen die Zahlen bei kasachischen und russischen Einwanderern aus, sie verwenden häufiger die deutsche Sprache zu Hause.

Anstatt wirksame Maßnahmen einzuführen, um die Abschottung der türkischen Einwanderer zu bekämpfen und ihre Anpassung an die deutsche Gesellschaft zu fördern, versucht man nun, den Migrantenanteil im Staatsdienst auf Biegen und Brechen zu erhöhen – selbst wenn die Bewerber offensichtlich nur mangelhaft dazu geeignet sind. Ein solches Vorgehen ist leider typisch für den aktuellen Stand der Integrationspolitik: Nicht die Ursachen der mangelhaften Integration werden beseitigt, sondern lediglich die Auswirkungen kaschiert. So stieg zwar beispielsweise

der Migrantenanteil bei der Berliner Polizei auf fast 30 % bei den Neueinstellungen³²⁹ – doch zu welchem Preis: Zwei von drei Polizeischülern des Jahres 2017 erhielten im Deutsch-Diktat Note 6!³³⁰ Der Effekt lässt sich natürlich nicht ausschließlich mit der verstärkten Rekrutierung von Einwanderern erklären, aber mit Sicherheit ist das ein entscheidender Faktor. Auch in der Bundeswehr steigt der Anteil der Migranten v. a. in den Mannschaften kontinuierlich an und liegt bei mittlerweile 26 Prozent.³³¹ Sollte eine ähnliche Absenkung der Standards auch dort zutreffen, kann einem nur Bange um die Sicherheit unseres Landes werden.

Auch wenn es beim Vergleich und der Auswertung der Studien zu Abweichungen in den absoluten Zahlen kommt, so sind doch klare Tendenzen zu erkennen. Deutlich wird dabei jedenfalls, dass eine tatsächliche Anpassung der Türken an die deutsche Gesellschaft immer weniger gelingt. Hier hat sich in weiten Teilen eine Parallelgesellschaft herausgebildet und verfestigt, die nun auch auf sicherheitsrelevante Staatsorgane übergreift. Der untaugliche Versuch, staatliche Strukturen mit offiziellen oder inoffiziellen Quoten zu versehen, kann dieses Scheitern nur kaschieren, ändert aber an den Ursachen nichts – und er widerspricht fundamental jedem Leistungsgedanken. Böse Zungen könnten sogar behaupten, dass mit solchen Maßnahmen statt Integration eher die „Infiltration“ unseres Staates droht. Die verstärkten Hinweise, dass kriminelle ausländische Clans die Polizei unterwandern, haben sich in den letzten Jahren nicht ohne Grund gehäuft.³³² Im Fokus stehen hier v. a. arabische Clans, doch auch bei den Türken ist der ethnisch-religiöse Zusammenhalt, wie wir oben gezeigt haben, sehr stark ausgeprägt – oft weitaus stärker als die Loyalität zur deutschen Nation, die ja angeblich ihre neue Heimat sein soll.

8.

Zum Stand der Integration – Wertevorstellungen der Türken in Deutschland

Vier Dimensionen der Integration

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir uns mit den Rahmenbedingungen der Herkunft, der Einbindung in die Gastgesellschaft, mit den prägenden Elementen der Religion und sicherheitsrelevanten Themen beschäftigt. Die erste Generation, die zu erheblichen Teilen direkt aus rückständigen, archaisch geprägten Regionen Anatoliens kam, sah sich mit einer ihnen völlig fremden Kultur konfrontiert, die auch mangels Sprachkenntnis und mangelndem Integrationswillen zu einer gesellschaftlichen Isolation geführt hat – die Abschottung in bestimmten Wohngebieten und der geringe Kontakt zur einheimischen deutschen Bevölkerung sind eindruckliche Beispiele dafür. Doch welche Folgen hat das konkret auf die Einbindung der türkischen Migranten in die deutsche Gesellschaft?

Dazu müssen wir zunächst den Integrationsbegriff klären. Weit verbreitet und anerkannt ist hier das Modell des Soziologen Hartmut Esser. Ihm zufolge findet Integration auf vier Ebenen statt:

1. Die „Kulturation“ bezeichnet die Übernahme kultureller Aspekte wie Wissen, Lebensstil und vorherrschende gesellschaftliche Werte.
2. Mit „Platzierung“ ist die Einordnung in die sozio-ökonomische Struktur gemeint: Dazu zählen Bildungsabschlüsse, Einkommen und gesetzliche Rechte in Bezug auf Gleichstellung

in relevanten Lebensbereichen, wie auf dem den Arbeits- oder Wohnungsmarkt.

3. Durch die „Interaktion“ wird die soziale Komponente beschrieben. Gemeint sind damit die Kontakte zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Freundschaft, Beziehungen, Heirat etc.).
4. Nicht ganz zu vernachlässigen ist der letzte Aspekt: Die „Identifikation“, das emotionale Verhältnis und die Verbundenheit mit dem Aufnahmeland.³³³

Da einzelne Anekdoten, von denen es sicherlich eine Vielzahl zu erzählen gäbe, am Ende doch kein Gesamtbild ergeben können, stützen wir uns bei der Betrachtung auf Studien. Einseitige Jubelmeldungen in den Medien stellen dabei meist einzelne Aspekte in den Vordergrund, während sie das Gesamtbild oft vernachlässigen. Wir werden daher in diesem Kapitel den Integrationsstand der türkischen Einwanderer auf die Probe stellen, wobei wir uns an dem Modell Essers orientieren wollen.

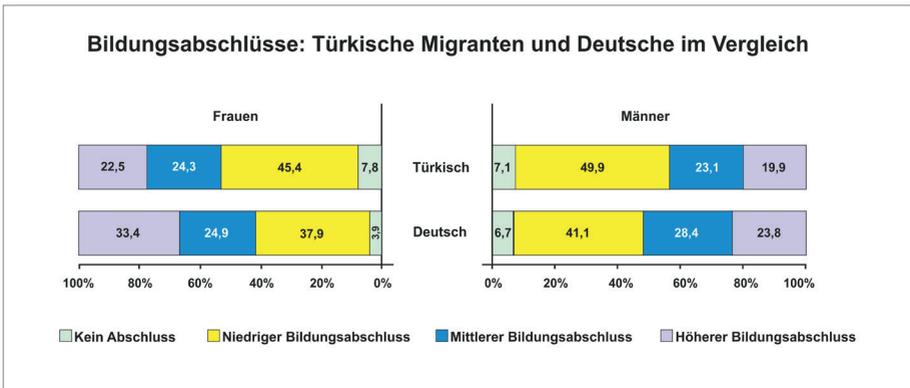
Auffallend ist, dass viele Studien, die sich mit der Integration von Migranten befassen, den vierten der oben genannten Punkte, also die „Identifikation“, oft bevorzugt behandeln. So stellt eine Untersuchung von Emnid gleich am Anfang fest, dass sich Türkischstämmige in Deutschland zu 90 % „wohl fühlen“, außerdem 87 % eine „Verbundenheit“ mit Deutschland empfinden und dass 49 % meinen, dass sie einen „gerechten Anteil“ im Vergleich zu anderen erhalten³³⁴ – doch der Wert solcher Aussagen ist gering. Ist denn ein Einwanderer, der sich in Deutschland „wohl“ und gerecht behandelt fühlt, automatisch auch integriert? Kann sich denn nicht auch der bärtige Salafist mit 10-köpfiger Kinderschar und schwarz verhüllter Ehefrau hier wohlfühlen? Wahrscheinlich hat *gerade* jemand, dem die deutschen Steuerzahler

einen solchen Lebensstil ermöglichen, allen Grund, sich „wohl“ und „mit Deutschland verbunden“ und „gerecht behandelt“ zu fühlen. Derartige Fragestellungen führen also in die Irre. Leider werden solche mehrdeutigen Aussagen viel zu oft mit tatsächlicher Integration verwechselt.

Geringer Erfolg auf dem Arbeitsmarkt

Um diese zu messen, müssen wir uns den harten Fakten zuwenden. Relativ leicht messbar sind z. B. Faktoren wie die Beteiligung am Arbeitsmarkt, die für nicht wenige Soziologen ein entscheidender Motor der Integration sein kann.³³⁵ Und siehe da – sobald es konkret wird, treten die Probleme der türkischen Einwanderer offen zu Tage: Eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vergleicht diese Gruppe mit anderen Einwanderergruppen, etwa Italienern, Polen und Griechen. Dabei zeigt sich, dass türkische Männer mit 17 % weit häufiger arbeitslos sind als Männer der anderen Nationalitäten, außerdem sind sie besonders selten in Vollzeit erwerbstätig. Laut Statistischem Bundesamt sind 48 % der Türken im erwerbsfähigen Alter in Deutschland wirtschaftlich inaktiv.³³⁶ Das bedeutet, dass sie weder einem Beruf nachgehen, noch arbeitslos gemeldet sind. Auffällig niedrig sind auch die Zahlen für türkische Frauen: Lediglich ein Drittel von ihnen zählt zu den Erwerbspersonen. Sie sind damit nur halb so häufig wirtschaftlich aktiv wie deutsche Frauen. Dafür weisen türkische Frauen eine deutlich höhere Geburtenrate auf. Frauen mit nicht türkischem Hintergrund (64,0 Prozent) bzw. ohne Migrationshintergrund (77,1 Prozent) waren jedenfalls deutlich häufiger erwerbstätig.³³⁷ Das Statistische Landesamt NRW berichtet dazu etwas andere Zahlen. Demzufolge ist

die Erwerbstätigenquote von Frauen türkischer Herkunft von 34,4 Prozent (2007) auf 45,1 Prozent (2017) gestiegen.³³⁸ Ob dies regionale Gründe hat oder an einer anderen Erhebungsmethode liegt, kann hier nicht geklärt werden. So oder so fällt auch hier die verhältnismäßig niedrige Erwerbsbeteiligung der türkischen Frauen ins Auge, die weit unterhalb der deutschen Frauen und anderer Migrantengruppen liegt.



Türkische Migranten haben im Vergleich zu einheimischen Deutschen im Durchschnitt deutlich geringere Bildungsabschlüsse. Mehr als die Hälfte hat keinen oder nur einen niedrigen Abschluss, wobei die Frauen noch einmal schlechter abschneiden.

Die türkische Community äußert sich in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ziemlich zufrieden über ihr Leben in Deutschland, beklagt sich aber auch, dass bei der Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ und der „Gleichstellung“ von Ausländern erhebliche Defizite vorhanden wären. Die Lösung dieser beiden Probleme halten 82 bzw. 75 Prozent für sehr wichtig. Die Sicherung von Arbeitsplätzen hingegen spielt für 71 % eine große Rolle.³³⁹ Leider geht die Studie nicht der Frage nach, ob die empfundene Benachteiligung auch eine reale Basis hat. Mag sein, dass man sich von türkischer Seite beruflich diskriminiert fühlt

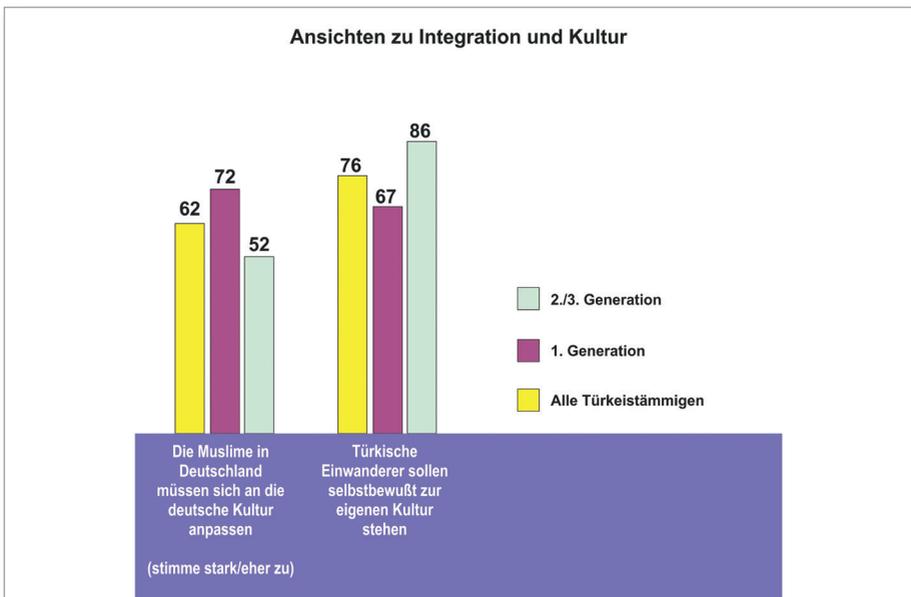
– doch könnte das nicht auch daran liegen, dass das Bildungsniveau geringer und die Schulabbrecherquote höher ausfällt:³⁴⁰ Denn auch in Sachen Bildung schneiden die Türken im Vergleich zu anderen Migranten wie auch zur einheimischen deutschen Bevölkerung besonders schlecht ab. Dasselbe Muster zeigt sich noch einmal bei den Deutschkenntnissen, bei denen die Türken ebenfalls miserabel im Vergleich zu anderen Migranten dastehen.³⁴¹

Wachsende Distanz zur deutschen Kultur

Und obwohl diese Fakten bereits nicht sehr hoffnungsvoll stimmen: Alleine ein Schulabschluss und eine Beteiligung am Arbeitsmarkt sind selbstverständlich noch nicht mit Integration gleichzusetzen. Denn kehren wir einmal zu unserem fiktiven Beispiel des strenggläubigen Salafisten zurück: Wenn dieser einen Laden eröffnet oder eine Arbeitsstelle annimmt, so liegt er zwar immerhin nicht mehr den deutschen Steuerzahlern auf der Tasche. Dennoch wird das an seinen fanatisch-islamischen Wertevorstellungen, seiner fundamentalistischen Lebensweise und seinem hasserfüllten Verhältnis zur deutschen und europäischen Kultur nicht zwingend etwas ändern. Es besteht zwar die Chance, dass er so mit deutschen Kollegen sowie der deutschen Kultur in Kontakt kommt und sich seine Haltung allmählich wandelt. Aber eine Garantie dafür ist der Arbeitsplatz allein noch lange nicht.

Wenden wir uns damit also dem wohl wichtigsten und leider viel zu oft vernachlässigten Punkt zu: Der Kultur, den Einstellungen und Werten der türkischen Einwanderer. Vor allem hier entscheidet sich, ob jemand wirklich in der Zivilisation seines Aufnahmelandes angekommen ist oder aber den Weg der Parallelgesellschaft wählt. Glücklicherweise liefert die o. g. Umfrage von Emnid doch

noch ein paar brauchbarere Daten, die bei genauerer Betrachtung ein alles andere als rosiges Bild zeichnen: So geben gerade einmal 39 Prozent der befragten Türken an, zur Integration gehöre es, mehr von der deutschen Kultur zu übernehmen³⁴² – und schlimmer noch: Die Anpassungsbereitschaft nimmt in der jungen Generation sogar ab: Um satte 20 % sinkt bei den Einwanderern der 2. und 3. Generation die Zahl derjenigen, die es richtig finden, wenn sich Muslime an die deutsche Kultur anpassen.



Die 2. und 3. Generation der türkischen Einwanderer zeigt deutlich weniger kulturelle Anpassungsbereitschaft als ihre Eltern oder Großeltern.

Die älteren Türken zeigen sogar noch etwas mehr Integrationsbereitschaft als ihre Nachkommen, die doch längst in Deutschland geboren und aufgewachsen sind – ein fatales Zeichen für zukünftige Entwicklungen. Im Umkehrschluss begrüßen es dann sogar

86 % aus der zweiten und dritten Einwanderergeneration, die eigene Kultur „selbstbewusst“ gegen die deutsche Kultur in den Vordergrund zu stellen³⁴³ – auch hier ist also ein Anstieg zu beobachten. Eine Tendenz, die sich seit geraumer Zeit ankündigt und schon öfter beobachtet wurde: Eine andere repräsentative Studie kam bereits im Jahr 2009 zu dem Schluss, dass die Werte der jungen Deutschen und Türken in Deutschland „auseinanderdriften“. Ein Drittel der türkischen Einwanderer wäre beispielsweise bereit, die „Ehre der Familie“ mit Gewalt zu verteidigen und etwa ein Drittel der Frauen trägt immer noch das Haar mit einem Kopftuch streng verhüllt³⁴⁴ – eines der sichtbarsten und auffälligsten Zeichen der Distanzierung von der deutschen Gesellschaft. Deutsche Politiker hätten also schon seit Jahren gewarnt sein können, wie schlecht es um die kulturelle Integration der Türken bestimmt ist. Nicht zuletzt waren es die Warnungen Sarrazins, der etwa zur selben Zeit das Scheitern der deutschen Integrationsbemühungen anprangerte, die eine Einsicht in der politischen Elite unseres Landes hätten erzeugen müssen. Doch weit gefehlt: Statt die Migrations- und Integrationspolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen, schlug man lieber auf den Überbringer der schlechten Botschaft ein und machte ihn verantwortlich für das eigene Versagen.

Islamischer Fundamentalismus

So blieb die deutsche Politik weiter inaktiv und die fundamental-islamischen Einstellungen bei den jungen Türken konnten sich weiter verfestigen, wie die Emnid-Studie bezeugt: 72 % der zweiten und dritten Generation bezeichnen sich als religiös oder sehr religiös im Vergleich zu 62 % in der älteren Generation. Dabei sind die Frauen tendenziell strenggläubiger als die Männer.

Fundamentalistische Meinungen sind weit verbreitet: 47 % geben an, dass religiöse Gebote für sie einen höheren Stellenwert als staatliche Gesetze haben, 32 % wollen eine Gesellschaft wie zu Zeiten Mohammeds etablieren und 36 % bekennen, dass „nur der Islam“ die Probleme der heutigen Zeit lösen könne. Etwa ein Fünftel der Türken ist besonders radikal eingestellt, so stimmen 23 % zu, dass Muslime dem anderen Geschlecht nicht die Hand geben sollten. Und das Bedrohlichste: Sogar 20 % befürworten Gewalt zur „Verteidigung“ des Islam gegen den Westen. Und dabei wissen wir natürlich, dass „Verteidigung“ sehr weit ausgelegt werden kann, sehen sich doch viele Muslime besonders gerne als Opfer der europäischen Gesellschaft. Eine überwältigende Mehrheit von 73 % möchte Bücher und Filme, die den Islam vermeintlich beleidigen, verbieten lassen.

Die Haltung zur deutschen Gesellschaft, zu Frauenrechten und religiöser Toleranz ist eine tickende Zeitbombe. Studien fördern diesbezüglich immer wieder Erschreckendes zutage. Nicht nur die islamische Glaubenspraxis der Türken wird immer strenger, auch ihre Tendenz zur Abschottung gegenüber der deutschen Bevölkerung verstärkt sich zusehends: Auffällig ist, dass 62 % am liebsten mit ihresgleichen zusammen sind. Auch religiöse Ressentiments, insbesondere gegenüber Atheisten und Juden, haben zugenommen. 46 % der Befragten wünschen sich, dass in Deutschland irgendwann mehr Muslime als Christen wohnen sollen. In Bezug auf die Toleranz von Türken in Deutschland muss man feststellen, dass sie im Vergleich zum Vorjahr abgenommen hat.³⁴⁵ Immerhin sieht es eine Mehrheit der Türken mittlerweile kritisch, wenn die Ehefrau zum Geschlechtsverkehr gezwungen wird.³⁴⁶ Angesichts all der anderen problematischen Einstellungen ist das jedoch nur ein geringer Trost.

All das liest sich wenig optimistisch. Doch vielleicht gibt es ja doch noch einen Hoffnungsschimmer? Wie wir gesehen haben, können Kontakte zur deutschen Umgebung dazu beitragen, dass sich die Einwanderer den Werten ihres Aufnahmelandes annähern. Wie sieht es also konkret auf diesem Gebiet aus? Eine Fallstudie über die Situation in München hat ermittelt, dass die Türken – neben z. B. Irakern und Afghanen – zu den am stärksten separierten Einwanderergruppen gehören. Sie haben besonders selten Kontakt zu einheimischen Deutschen und auch zu binationalen Ehen kommt es seltener als in anderen Migrantengruppen. Als Positivbeispiele gelten stattdessen z. B. Einwanderer aus Österreich und Italien.³⁴⁷ Auf Bundesebene bestätigen sich diese Daten: Türkische Einwanderer haben im Vergleich mit europäischen Migranten die wenigsten Kontakte zu Deutschen am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis.³⁴⁸

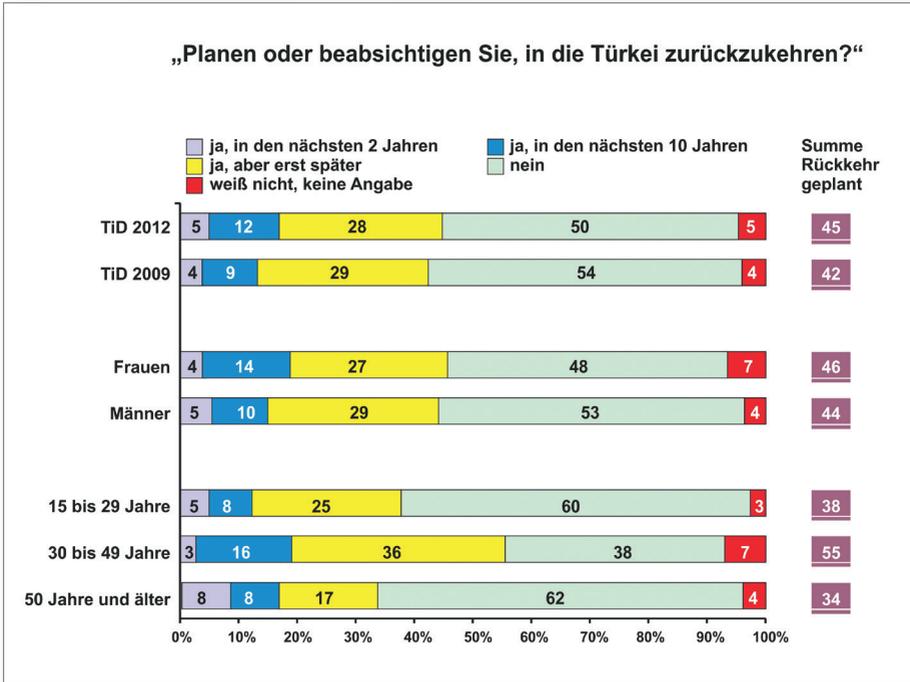
Diese Befunde bestätigen eine Vermutung, die viele Bürger aus Alltagsbeobachtungen gewonnen haben: Integration funktioniert umso besser, je geringer die kulturelle Distanz zwischen Einwanderern und Einheimischen ist. Europäer, die sich in einem anderen europäischen Land niederlassen, haben in der Regel nur geringe Probleme, sich den Gebräuchen ihrer Gastgeber anzupassen. Wenn jedoch Migranten aus streng-islamischen Kulturen in großer Zahl in eine moderne westeuropäische Gesellschaft strömen, ist die Bildung ethnischer Enklaven so gut wie sicher: Erst sind es Häuserblocks, dann ganze Straßenzüge, schließlich große Teile eines Stadtviertels, in dem oftmals islamische Einwanderergruppen unter sich sind. Streng verhüllte Frauen mit reicher Kinderschar, türkische Friseure, türkische Lebensmittelhändler und Halal-Schlachter prägen das Bild solcher Stadtteile, in denen jede Bemühung um Integration scheitern muss. Denn warum sich in die deutsche Kultur integrieren, wenn es doch viel bequemer ist,

in den längst etablierten türkisch-islamischen Parallelstrukturen zu verbleiben? Im Falle der Türken zeigt sich das besonders augenfällig in Berlin, wo allein 200.000 türkische Einwanderer wohnen und damit 6 % der Berliner Bevölkerung ausmachen.³⁴⁹ Zunächst klingt das nicht nach außerordentlich viel, doch konzentrieren sich diese Migranten besonders in bestimmten Stadtteilen wie Neukölln, wo ihr Anteil deswegen deutlich höher ist. Zudem gibt es dort ja auch noch andere Einwanderergruppen mit kulturell fremdem Hintergrund, die die Problematik nochmals verschärfen.

Ist eine Rückkehr die Lösung?

Die Abkapselungstendenzen der türkischen Einwanderer steigern sich tatsächlich von Jahr zu Jahr: „Die Verbundenheit mit der Türkei nimmt laut einer aktuellen Studie zur Identifikation und politischen Partizipation türkischstämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland seit 2011 stetig zu, die Verbundenheit nur mit Deutschland hingegen ab. Fühlten sich 2010 noch 29,5 Prozent der Befragten mit der Türkei heimatlich verbunden, lag der Anteil 2017 bei knapp über 50 Prozent. Die Heimatverbundenheit nur mit Deutschland sank im gleichen Zeitraum von 25,4 auf 17,0 Prozent. Mit beiden Ländern gleichermaßen verbunden fühlen sich gut 30 Prozent – ein Rückgang von 10 Prozentpunkten seit 2010.“³⁵⁰ Zumindest in der Absicht zur Remigration schlagen sich diese Einstellungen teilweise nieder. So planen 45 % der Türken eine Rückkehr in ihr Mutterland, wovon jedoch nur 5 % dies in den beiden Folgejahren verwirklichen wollen. Die Gründe sind ganz unterschiedlicher Art. 63 % der Befragten wollen zurückkehren, weil sie die Türkei als

ihre Heimat ansehen, 10 % wollen zurückkehren, weil sie mit Deutschland und den Deutschen nicht zurechtkommen.³⁵¹



Fast die Hälfte der türkischen Migranten möchte in die Heimat zurückkehren, nur ein kleiner Teil plant dies jedoch konkret für die nächsten Jahre. Besonders bei den mittleren Jahrgängen ist die Rückkehrbereitschaft hoch.

Insgesamt zeigt sich daher ein deutliches Bild: Ob wir die Arbeitsbeteiligung, den Bildungsstand, die Wertevorstellungen, die Kultur oder die Kontakte zur deutschen Gesellschaft betrachten: Überall zeigen sich im Hinblick auf die Integration besorgniserregende Tendenzen bei türkischen Migranten. Sie sind im Durchschnitt schlechter ausgebildet und häufiger arbeitslos als andere Einwanderer, ihre Einstellungen sind häufig durch fundamentalistische Werte geprägt und die jüngere Generation denkt

zu allem Übel sogar noch islamisch-traditioneller als die ältere und grenzt sich stärker von der deutschen Umgebung ab als ihre Eltern und Großeltern. Seltener als andere Einwanderergruppen haben die Türken Kontakte zu Einheimischen, die einen Wandel dieser Einstellungen bewirken könnten. Damit kann die Integration der Türken in weiten Teilen als gescheitert gelten (Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel). Doch spiegelt sich dies nicht in einer hohen Rückkehrbereitschaft wieder: Ein Großteil der Türken (77,5 %) möchte weiterhin in Deutschland bleiben und ist zufrieden mit dem Leben in der Parallelgesellschaft – wahrscheinlich spielen dabei materielle Gründe eine große Rolle, doch dazu geben die Studien keine genaue Auskunft. Als sicher kann nur eines gelten: Eine große Gruppe von Einwanderern, die sich nur oberflächlich integriert, in weiten Teilen fundamentalistische Einstellungen hegt und eine tiefgreifende Anpassung an das Gastland vermissen lässt, ist ein Pulverfass. Es benötigt nur jemanden, der die brennende Lunte anlegt ...

9.

Ein willkommenes Machtinstrument für Erdoğan?

Das türkische Wählerpotenzial wächst

In den 90er Jahren hatte erstmals der damalige türkische Ministerpräsident Mesut Yılmaz versucht, Einfluss auf seine zahlreichen in Deutschland lebenden Landsleute zu nehmen, um den Bundestagswahlkampf zu Gunsten von Rot-Grün zu beeinflussen – er versprach sich von Gerhard Schröder einen leichteren EU-Beitritt der Türkei.³⁵² Aber diese noch zaghaften Versuche der Einmischung wirken heute harmlos und unbeholfen, wenn man sich die aggressiven, bis ins Detail durchorchestrierten Auftritte Erdogans vor zehntausenden frenetisch jubelnden Anhängern in Deutschland vor Augen führt. Ein Blick auf die Zahlen kann verdeutlichen, warum sich diese massive Investition von Zeit und Geld für Erdoğan weit mehr auszahlt: Waren im Jahr 1998 nur 150.000 Einwanderer aus der Türkei in Deutschland wahlberechtigt,³⁵³ so ist ihre Zahl bis zur Bundestagswahl 2017 dramatisch gestiegen – nämlich auf das Achtfache, also 1,2 Millionen.³⁵⁴ Damit hat die Zahl der türkischen Wahlberechtigten die Größenordnung eines deutschen Flächenlandes erreicht.³⁵⁵

Ab 2018 ist ein jährlicher Zuwachs von ca. 80.000 potentiellen türkischstämmigen Wählern zu erwarten. Damit verzeichnen wir im Jahre 2030 etwa 2 Mio. Wahlberechtigte mit türkischem Migrationshintergrund. Das entspricht etwa 3,33 % der gesamten Wählerschaft. Derzeit macht der Anteil der Deutschtürken etwa

2,1 % der 62 Mio. Wahlberechtigten aus.³⁵⁶ Ob dieser Anteil bereits ausreichend für eine eigene Parteiengründung ist, wird kontrovers diskutiert. Die Deutschtürken können gegenwärtig ihre Interessen wohl noch effektiver innerhalb des bestehenden Parteiensystems einbringen. Bei verschiedenen Landtagswahlen trat bereits das 2010 gegründete „Bündnis Innovation und Gerechtigkeit“ (BIG), an, allerdings ohne nennenswerte Erfolge. 2016 folgte dann die Gründung der „AD-Demokraten“, die sich unmissverständlich als Reaktion auf die Armenien-Resolution des Bundestages gründeten und auf ihren Wahlplakaten mit Erdoğan werben.³⁵⁷ Sie sind bisher jedoch nicht über den Status einer Kleinpartei hinausgekommen, bei der Bundestagswahl 2017 traten sie nur in NRW an, wo sie 0,4 % erreichten.³⁵⁸ ³⁵⁹ Anders würde sich die Lage gestalten, wenn man den neuen Migranten, d. h. den Asylbewerbern und sogenannten Flüchtlingen, das Wahlrecht zugestehen würde, was ja bereits von nicht wenigen Politikern vorgeschlagen wurde. Wie bei den Asylbewerbern, so bleiben auch bei den türkischstämmigen Migranten Zweifel, inwieweit die etablierten deutschen Parteien dieses Potenzial ausnutzen können.

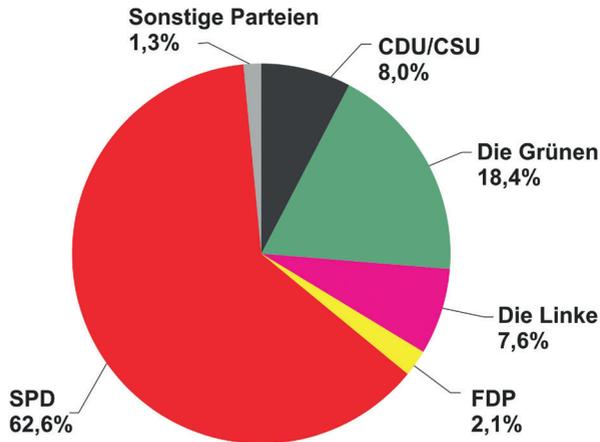
Denn Erdoğan selbst hat ein wachsames Auge auf diese wachsende Wählerschicht im Ausland geworfen. Schon 2008 trat er vor mehr als zehntausend Anhängern in Köln auf, um diese vor einer Assimilation, also kulturellen Anpassung an die deutsche Gesellschaft, zu warnen. In regelmäßigen Abständen folgten ab 2011 ähnliche, immer bombastischer inszenierte Auftritte, bei denen der türkische Präsident jeweils in eine ähnliche Kerbe schlug: An erster Stelle soll die türkische Identität stehen, erst dann und nur oberflächlich sollen sich die Einwanderer in Deutschland integrieren.³⁶⁰ Wie wir im vorherigen Kapitel gesehen haben, dürfte dieser Ton den in Deutschland lebenden Türken durchaus

schmeicheln und ihren Abgrenzungswunsch zur deutschen Gesellschaft noch bestärken.

Während in der deutschen Debatte v. a. die Deutung überwiegt, Erdoğan wolle die Auslandstürken für seine Wahlkampagnen oder Volksabstimmungen in der Türkei mobilisieren, ist doch ein anderer Aspekt für uns viel entscheidender: Deutsche Bundestags- und Landtagswahlen, die durch die Propaganda aus Ankara beeinflusst werden. Teils Zehntausende türkische Demonstranten, fest eingeschworen auf ihren Präsidenten, Halbmondflaggen schwingend und aggressive Sprechchöre anstimmend – wer die Bilder türkischer Großdemonstrationen aus Köln, Duisburg, Berlin, Mannheim und anderen Städten ausgewertet hat, der kann nicht mehr daran zweifeln, dass eine kritische Masse zur Wahlbeeinflussung längst erreicht ist. Dank jahrzehntelanger Migration und millionenfacher Einbürgerung kaum integrierter Einwanderer sind Deutschlands Demokratie und Rechtsstaat verwundbar für Angriffe aus Ankara geworden.

Traditionell war das Milieu der türkischen Gastarbeiter jahrzehntelang gewerkschaftsnah aufgestellt – womöglich erleichterte die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder auch deswegen die Einbürgerungen massiv. Die Bundestagswahl 2013 zeigt hier beispielhaft die politische Tendenz türkischer Migranten: Die SPD erreichte unter den wahlberechtigten Türken eine absolute Mehrheit von 57 %, ebenso schnitten die Grünen mit 28,6 % im Vergleich zu deutschen Wählern besonders gut ab. Etwas häufiger als im Durchschnitt wurde auch die Linkspartei mit 12,1 % gewählt. Alle anderen Parteien, darunter selbst die CDU, erreichten nur einstellige Werte.³⁶¹

Wahlverhalten eingebürgerter Türken zur Bundestagswahl 2013



Die Parteien des linken Spektrums profitierten bei der Bundestagswahlen 2013 überproportional stark von der „ethnischen Wahl“. Dies erklärt z. T. ihre Neigung, die Staatsbürgerschaft möglichst früh und häufig zu verteilen.

Ethnische Konfliktlinien in deutschen Parteien

Die linken Parteien profitieren also am stärksten vom Wahlverhalten der Türken in Deutschland. Entsprechend haben sie ein rationales Interesse daran, sowohl die Immigration als auch die Einbürgerung zu beschleunigen. Ein Teil ihres Einsatzes für verstärkte Einwanderung aus islamischen Ländern lässt sich daher dadurch erklären, dass sie auf zusätzliche importierte Wählerstimmen hoffen. Dabei konzentriert sich die Linkspartei bewusst auf die Angehörigen der kurdischen Minderheit, indem

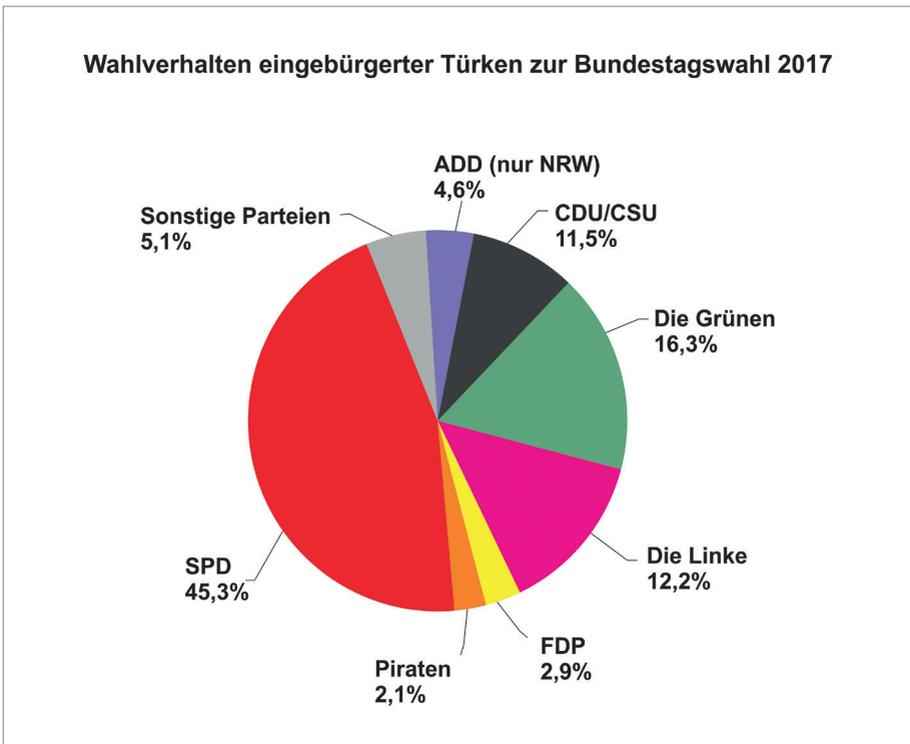
sie sich auf die Seite der kurdischen Linksradi­kalen stellt, die auf dem Gebiet der Türkei, Syriens und des Irak einen eigenen Staat errichten wollen.³⁶²

Dieses Phänomen wird von manchen Beobachtern auch als „ethnische Wahl“ bezeichnet und tritt mittlerweile in vielen multi­kulturell überformten Städten Europas auf. Die niederländische Hafenmetropole Rotterdam ist ein gutes, oder besser gesagt, abschreckendes Beispiel für diese Dynamik:³⁶³ Wenn die Einheimischen nur noch eine Minderheit unter vielen sind, dann wird der politische Streit nicht mehr in erster Linie zwischen rechts und links, konservativ und liberal oder Markt und Staat entschieden. An die Stelle des politischen Meinungs­austausches tritt zunehmend der Kampf der ethnischen Gruppen um Einfluss und Ressourcen: Kurden gegen Türken, Araber gegen Schwarzafrikaner und im Zweifelsfall alle zusammen gegen die verbliebenen Europäer. Der französische Philosoph Alain Finkielkraut hat diese ethnische Fragmentierung neulich als „Libanisierung“ bezeichnet: Wie im multikulturellen Libanon entschiede sich die Politik immer mehr anhand ethnischer Bruchlinien.³⁶⁴ Dabei sind es oft Mitte-Links-Parteien, die sich zunehmend als Interessenvertreter bestimmter Einwanderergruppen positionieren und mit aggressiver Lobbyarbeit versuchen, diese wachsenden Wählerschichten für sich zu erschließen.

Doch die Sozialdemokraten können sich ihres Erfolges bei den streng-islamischen Migranten längst nicht mehr sicher sein: Ihr Einsatz für die Interessen der türkischen Einwanderer – oftmals gegen die Bedürfnisse der Einheimischen – reicht nicht mehr aus, denn sie werden mittlerweile von „echten“ Minderheitsparteien überboten. In den Niederlanden etablierte sich beispielsweise die Partei „Denk“, die sich gezielt an türkische Migranten richtet, indem sie demonstrativ ihre Nähe zu Erdoğan zur Schau stellt.³⁶⁵

Und auch in Deutschland hat sich mittlerweile eine ähnliche Kraft formiert, die der SPD beim Kampf um die türkischen Wähler zunehmend ernsthafte Konkurrenz macht: Obwohl sie nur in Nordrhein-Westfalen antrat, erreichte die Erdoğan-nahe „Allianz Deutscher Demokraten“ aus dem Stand 4,6 % bei den türkischen Wählern zur Bundestagswahl 2017.

Dieser zunächst noch bescheiden anmutende Erfolg ist jedenfalls ein Anzeichen dafür, dass die Vormachtstellung der



Bei der Bundestagswahl 2017 zeigte sich ein ähnliches Bild wie 2013, doch die Vormachtstellung der SPD scheint zu sinken. Die Allianz Deutscher Demokraten erreicht unter den Türken bundesweit immerhin 4,6%, obwohl sie nur in Nordrhein-Westfalen antritt.

SPD bei den Türken bröckelt – so erreichte sie 2017 die dort einst sichere absolute Mehrheit schon nicht mehr.³⁶⁶ Und wenn erst einmal eine besser aufgestellte, an ethnischen Partikularinteressen orientierte Partei mit fähigen deutsch-türkischen Politikern antritt, dürfte es ihr wohl gelingen, die türkischen Stimmen bundesweit zu sammeln. Angesichts der Einstellungen gerade bei den jungen Türken, die wir im vorherigen Kapitel behandelt haben, kann man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit voraussagen, was das bedeutet: Eine solche Partei wird dem Bedürfnis vieler Türken nach einer streng-islamischen Politik Rechnung tragen müssen, um wirklich erfolgreich zu sein. Insgeheim wissen Parteivertreter der Grünen oder der SPD, dass ihre Unterstützung im türkisch-islamischen Milieu nicht selbstverständlich, ja sogar widersprüchlich ist: Der Einsatz für Gay-Pride-Paraden, für Gender-Ideologie und Frauen-Quoten auf der einen Seite verträgt sich nicht mit den islamischen Werten eines Großteils der türkischen Einwanderer.³⁶⁷ Die Koalition aus Regenbogenflagge und Halbmond wird nur durch das gemeinsame Feindbild, die überlieferte europäische Zivilisation, zusammengehalten. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann ein derart bizarres Bündnis zerbricht.

Der Kampf um die türkischen Wähler in Deutschland wird also zunehmend härter geführt, denn je besser sich die Türken selbst organisieren, desto stärker sind linksliberale deutsche Parteien dazu gezwungen, den Interessen streng-islamischer Wähler entgegenzukommen, damit diese nicht zu den Minderheitsparteien überlaufen. Die Umschmeichelung türkischer Interessenvertreter, die Förderung radikal-islamischer Verbände aus dem Dunstkreis der DİTİB, unterwürfige Besuche deutscher Politiker beim islamischen Fastenbrechen und nicht zuletzt die allgegenwärtigen „Rassismus“-Vorwürfe gegen die Einheimischen werden in den nächsten Jahren weitere Blüten treiben. Deutsche Politiker liefern

sich ja jetzt bereits einen Überbietungswettbewerb um die Gunst der türkischen Wähler, den sie langfristig doch nicht gewinnen können. Denn das Potenzial wurde längst von Erdoğan selbst entdeckt, der unter seinen Landsleuten weitaus höheren Respekt als die schwächlichen „Almans“ aus den Reihen der Grünen, SPD oder CDU/CSU genießt.

Eine ungleiche Konkurrenz



Erdoğan führt europäische Politiker gerne mit symbolischen Gesten öffentlich vor. Die Positionierung der Flaggen und die Auswahl der Bestuhlung sind natürlich kein Zufall.

Der türkische Präsident ist sich seiner Stärke dabei sehr wohl bewusst. Obwohl etliche führende deutsche Politiker ohnehin ganz in seinem Sinne agieren, demütigt er diese trotzdem auf offener

Bühne, um seine Überlegenheit zu demonstrieren. Zur regelrechten Ikone ist ein Empfang Angela Merkels in Istanbul im Oktober 2015 geworden: Merkel neben Erdoğan auf osmanischen Prunksesseln sitzend, dahinter zwei riesige türkische Flaggen, nur auf dem Tisch befindet sich ein winziges deutsches Fähnchen, das in einer Art Gesteck befestigt und noch einmal von einer weiteren Halbmondfahne flankiert ist.³⁶⁸ Der unaufmerksame Beobachter wird solchen Symbolen nur geringe Bedeutung zumessen, aber das Denken in Hoheits- und Unterwerfungsgesten dieser Art ist aus der islamischen Welt nicht wegzudenken. Wer hier nur ein protokollarisches Versehen vermutet, könnte nicht falscher liegen. Gerade in solchen Bildern manifestiert sich der Überlegenheitsanspruch eines islamischen Präsidenten gegenüber einer westlichen Regierungschefin.

Die Hauptadressaten einer solchen Inszenierung sind natürlich zunächst in der Türkei zu finden, doch auch an die türkischen Einwohner Deutschlands ergeht auf diese Weise die eindeutige Botschaft: Ich, Erdoğan, bin euer Anführer und zeige den westlichen Schwächlingen, dass sie mir nicht das Wasser reichen können. Beim Besuch der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen im April 2021, steigerte Erdoğan diese Art der Erniedrigung noch weiter: Während er selbst auf einem goldverzierten, thronartigen Sessel Platz nahm, blieb für die angeblich mächtigste Frau Europas – welcher Zufall! – keine Sitzgelegenheit übrig. Wie verloren stand sie da, stammelte einige Zeit lang unsicher vor sich hin und musste sich schließlich mit einem etliche Meter weit entfernten Sofa begnügen, auf dem sonst untergeordnete Diplomaten sitzen – all das vor laufender Kamera, aufgezeichnet für die Weltöffentlichkeit. Erdoğan verweist von der Leyen an den Katzentisch und macht aus der Anführerin Europas eine Randfigur: Gelungener hätte der türkische Präsident dieses Machtspielchen aus Sicht

seiner Anhänger nicht inszenieren können! So vormodern uns diese Inszenierung auch vorkommt – die Demütigung von der Leyens, die unter dem Begriff „Sofa-Gate“ um die Welt ging, können selbst westliche Journalisten nicht mehr bestreiten.³⁶⁹

Welchen Eindruck machen nun wohl solche Bilder auf junge Türken, die in Deutschland nicht selten entwurzelt sind, Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den Deutschen hegen und sich nach einem starken Mann sehnen, der endlich ihren islamischen Wertvorstellungen zur Geltung verhilft? Einen Einblick gibt uns das türkische Verfassungsreferendum im Jahr 2017, für das Erdoğan nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland massiv geworben hatte. Und tatsächlich stimmte eine satte Mehrheit der türkischen Einwanderer in Deutschland für die Änderung der Verfassung, die Präsident Erdoğan mehr Macht verschaffen sollte. Die Erkenntnisse aus dem Kapitel 7 zur Integration der Türken bestätigen sich hier noch einmal: Unter den jungen Türken stimmte ein größerer Teil für Erdogans Verfassungsreferendum als unter den älteren. Der Präsident stößt also gerade bei der jüngeren, fundamentalistischer eingestellten Generation auf besonders große Zustimmung: 71 % Ja-Stimmen bei nur 29 % Nein-Stimmen sind ein deutliches Zeichen für den Erfolg seiner Propaganda.³⁷⁰ Ein Idol wie der Fußballspieler Mesut Özil rühmte daher nicht umsonst Erdoğan als „seinen“ Präsidenten – er konnte sich sicher sein, den Nerv hunderttausender junger „Deutschtürken“ getroffen zu haben.

Aber wie bereits am Anfang dieses Kapitels vermerkt: Dass Erdoğan seine Anhänger in Deutschland für seine türkischen Wahlkampagnen gewinnt, ist zwar ein besorgniserregender Hinweis auf das Scheitern der Integration. Aber unsere Hauptsorge muss eine andere sein – die Einflussnahme auf unser eigenes

politisches Leben. Während sich Grüne, SPD und CDU/CSU gar nicht genug an den Präsidenten anbieten können, weiß Erdoğan sehr genau, dass er am längeren Hebel sitzt. Solange deutsche Politiker bereitwillig türkische Interessen unterstützen, haben sie von ihm allenfalls gelegentliche Demütigungen zu fürchten, wie wir sie im Falle Merkels und von der Leyens gesehen haben. Solche Aktionen sind womöglich auch als Warnung an die Vertreter Europas gedacht, aus der pro-türkischen Linie auszuscheren. Doch wenn sich ausnahmsweise tatsächlich einzelne Widerworte melden, hat der Präsident der Türkei keine Skrupel, sich direkt in den deutschen Wahlkampf einzumischen. Nachdem der Deutsche Bundestag im Jahr 2016 überraschend eine Resolution zur Anerkennung des türkischen Völkermordes an den Armeniern beschlossen hatte, gab Erdoğan im folgenden Jahr seinen Anhängern in Deutschland klare Signale, nicht mehr auf die Karte der SPD, Grünen und CDU/CSU zu setzen, da diese „türkeifeindlichen“ Positionen Vorschub leisten würden.

Selbst wenn man meint, dies sei SPD, Grünen und Union recht geschehen wegen ihrer langjährigen Naivität, so muss man doch konstatieren, dass eine gefährliche Schwelle damit überschritten ist. Es geht hier weniger um die konkrete Wahlempfehlung als um die generelle Gefahr: Ein ausländischer Staatschef mischt sich völlig offen und ungeniert in unsere Belange ein und weiß dabei hunderttausende Anhänger in Deutschland auf seiner Seite. All die sorgfältig inszenierten Auftritte in Deutschland, die Großdemonstrationen vor dem Kölner Dom, die Kampagnen zum Verfassungsreferendum, die Warnung vor zu starker Integration in die deutsche Gesellschaft: Kann es sein, dass dies nur die Generalprobe für etwas Größeres war?

10.

Europa am Scheideweg

Nachdem wir nun alle Werkzeuge, derer sich Erdoğan bedienen kann, hinreichend betrachtet haben, werden wir nun die Konsequenzen für Deutschland und Europa analysieren, um daraus mögliche Abwehrmechanismen darzustellen. Die hier dargestellten Entwicklungen müssen nicht zwingend eintreten. Eine verantwortungsvoll handelnde Regierung muss sich jedoch auf das Worst-Case-Szenario einstellen.

Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Wie können wir der türkischen Staatsführung das Erpressungspotenzial, über das sie zur Zeit verfügt, wieder aus der Hand nehmen?
2. Wie können wir die deutsche und europäische Gesellschaft langfristig widerstandsfähiger gegen die Einflussnahme von außen machen?
3. Welche Abwehrmöglichkeiten haben wir im schlimmsten Fall und wie können diese verbessert werden?

Die Beantwortung dieser Fragen ist nicht nur legitim, sondern dringend erforderlich, denn Erdoğan hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesteckt, an dem er planvoll arbeitet: die Türkei zu einer Großmacht auszubauen und so an den Glanz des Osmanischen Reiches anzuknüpfen. Betrachtet man das Vorhaben aus der Distanz, so stehen seine Chancen dazu nicht einmal so schlecht – insbesondere deutet es sich an, dass sich sein Griff nach Westen verstärkt. Denn trotz der Rückschläge, die er in Syrien erleiden

musste, kann er auf einen straff geführten Staat zurückgreifen und steht einer in sich gespaltenen europäischen Gesellschaft gegenüber, die sich immer nachgiebig gezeigt hat und unter der aktuellen Führung besonders kraftlos agiert. Erdoğan hat das längst erkannt und nutzt dieses Wissen eiskalt aus. Wie er die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen öffentlich vorführte, ist ein Sinnbild für die Rückgratlosigkeit und Schwäche der europäischen und insbesondere der deutschen Volksvertreter.

Unsere Staatsführung ist hier – man muss es so unverblümt sagen – das Symptom einer Gesellschaft, die jedes Selbstvertrauen, jeden Glauben an ein übergeordnetes Ziel verloren hat. So wäre nur rund ein Viertel der Befragten in Westeuropa bereit, für das eigene Land zu kämpfen, in Deutschland sind es gerade einmal 18 %, die unser Land und unsere europäische Zivilisation für verteidigungswürdig halten³⁷¹ – ein Befund, der nicht nur beschämt, sondern auch große Sorgen für die Zukunft bereitet. Denn wie die Massenaufmärsche der Auslandstürken für Erdoğan gezeigt haben ist diese Selbstvergessenheit eine Eigenheit der Europäer. Das Meer an rot-weißen Halbmondflaggen, frenetischer Jubel aus zehntausenden Kehlen, zahllose junge Männer und Frauen, für die Nation und Volk an erster Stelle stehen: Wenn eine derart vitale, selbstbewusste islamische Gesellschaft auf die Müdigkeit und den Überdruß Europas trifft, dann hat ein Politiker wie Erdoğan leichtes Spiel. Er hat einen Großteil der sogenannten Deutschtürken, von denen die meisten sich eben doch mehr als Türken denn als Deutsche sehen, hinter sich: Eine fünfte Kolonne, die er jederzeit einsetzen kann um neue Zugeständnisse von uns zu erpressen. Ein Land, in dem es mittlerweile mehr Lehrstühle für die Gender-Pseudowissenschaft als für Pharmazie und klassische Philologie gibt,³⁷² ist auch intellektuell für die Auseinandersetzung mit der islamischen Welt

nicht gerüstet. Und hier dürfen wir uns nichts vormachen: Auch wenn wir Deutschen uns in viele dieser Absurditäten mit einem gewissen Vorsprung stürzen, so ist das nicht unser Problem allein: die Gleichgültigkeit und Verachtung für die eigene Kultur, das Zurückweichen vor dem radikalen Islam, die Flucht in absurde Weltanschauungen und nicht nachhaltige Lebensmodelle: Dieses Virus hat sich leider über die ganze westliche Welt verbreitet, wie ich aus meiner Arbeit im EU-Parlament nur zu gut weiß.

Kaum jemand bringt diese irrsinnige Entwicklung so treffend auf den Punkt wie der britische Intellektuelle Douglas Murray:

Ein sehr schwaches und wirres Denken hat sich da in den vergangenen Jahren wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet. Und das nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch in der Popkultur, in Hollywood, in der Musikindustrie und den Medien. Die „New York Times“ hat Ende 2017 einen Meinungsartikel veröffentlicht mit dem Titel „Sollte ich meinem Kind erlauben, mit weißen Kindern zu spielen?“ Oder: Der „Guardian“ veröffentlichte einen Artikel über den Tod durch Fahrradunfälle in London mit dem Titel „Wieso Straßen, die von Männern entworfen wurden, Frauen umbringen“. Es wird so getan, als wäre das Ziel der Straßenbauer gewesen, die Straßen so zu entwerfen, dass mehr Frauen absichtlich überfahren werden können. Warum tun wir uns so etwas an? [...] 2019 geht es stattdessen darum, dass wir große, bärtige Männer als Frauen bezeichnen sollen, auch wenn diese sich lediglich so fühlen. Eine irritierende Forderung. Und tun wir das nicht, werden wir sogar dazu gezwungen. Das Ziel ist also nicht, Harmonie zu verbreiten. Das Ziel ist es, zu spalten, zu verwirren und zu stören.³⁷³

Diese Spaltung im Inneren geht einher mit einer regelrecht unterwürfigen Haltung gegenüber allem Fremden. Die deutsche Neurose, die sich in den Jahren des größten Migrantenansturms ab 2015 überdeutlich gezeigt hat, war bisher der selbstzerstörerische Gipfel: Eine Wiederholung hat das Potenzial, ganz Europa mit in den Abgrund zu ziehen. Denken wir nur an die absurden Szenen des sogenannten Flüchtlingsommers, als Helfer darum wetteiferten, sich für die Migrationspolitik ausnutzen zu lassen. Sie füllten Anträge aus und versorgten die illegalen Einwanderer mit reichlich Tipps, wie sie möglichst schnell an das Geld der deutschen Steuerzahler gelangen könnten. Diese Bilder gingen um die Welt. Die Deutschen dachten, dafür würden sie bewundert und von ihren historischen Schulden reingewaschen. Nein, die Welt hat sich stattdessen verduzt an den Kopf gegriffen. Ein alter Freund aus Pakistan hat mich angerufen und diese Verwunderung in einen Satz gepackt: „The Germans are crazy!“ Er hat mir auch berichtet von der Sogwirkung, die diese Bilder in Pakistan erzeugt haben. Auf ins Paradies! Genährt wurde diese Vorstellung auch durch hier angekommene Migranten, die von ihren Smartphones Bilder an die Heimat verschickten und nicht selten in irreführender Weise ihren eigenen Status übertrieben. Wie oft habe ich gesehen, dass sog. unbegleitete Minderjährige auf geschenkten modernen Mountainbikes in meiner Berchtesgadener Heimat vor wunderbarer Bergkulisse, natürlich im Marken Trainingsanzug, Selfies gemacht haben. Wie hat das wohl auf die Freunde in der Heimat gewirkt? Ich hätte mich auch sofort auf dem Weg gemacht in das Land, in dem angeblich Milch und Honig fließen. Das ist nur zu menschlich.

Viele wurden nach dem überschwänglichen Empfang in Deutschland allerdings mit der harten Realität konfrontiert. Statt eigenem Haus hieß es zunächst Sammelunterkunft und das Geld floss

auch nicht so reichlich wie erhofft. Sicher hat das viele Migranten in eine Sinnkrise gestürzt. Wie viele dieser Enttäuschten haben wir wohl mittlerweile in Deutschland – nach all den Jahren massiver illegaler Einwanderung? Zu dem Potenzial an Aufruhr und Instabilität, dass durch die Migration der türkischen Gastarbeiter geschaffen wurde, kommt nun also ein weiterer Krisenherd hinzu: Das Asyl-Fiasko unserer Bundesregierung hat Deutschland in ein regelrechtes Pulverfass verwandelt.

Würde sich nun eine Situation krisenhaft entwickeln, wäre für Erdoğan eine Gelegenheit gegeben, von den Problemen der türkischen Innenpolitik abzulenken und zugleich seinem neo-osmanischen Projekt einen großen Schritt näherzukommen. Der Worst Case sieht daher bitter für unser Land aus: Eine „offene“ und „vielfältige“, d. h. vor allem schwache Gesellschaft steht einer relativ homogenen Bevölkerungsgruppe gegenüber, die der Glauben und das gemeinsame politische Ziel eint. Einer Gruppe, die endlich das bekommen möchte, was ihr bisher angeblich von der Mehrheitsgesellschaft verweigert und vorenthalten wird: Besitz, Macht und Anerkennung. Wenn sich durch eine massive Krise oder Verwerfung im Weltgeschehen Erdoğan ermutigt sieht, nach Europa zu greifen, wird ihm derzeit kaum ernsthafter Widerstand entgegenschlagen. Möglich wäre das Zerschlagen des Euros, ein massiver Ansturm von Migranten an den europäischen Außengrenzen, der drohende Kollaps europäischer Regierungen – Anlässe gäbe es genug, wenn nicht in Europa selbst, dann in der türkischen Geschichte: Erdoğan scheint wie besessen von dem Jahr 2023, in dem sich nicht nur die Gründung der Republik Türkei, sondern auch der Vertrag von Lausanne zum einhundertsten Mal jährt. Etliche gewaltig dimensionierte Projekte sollen zu diesem Datum fertiggestellt werden, so etwa ein neuer Bosphorus, der als künstlich angelegter Kanal die Türkei als

Wirtschafts- und Handelsstandort zu neuer Größe führen soll.³⁷⁴ Wie verlockend wäre es für den türkischen Staatsführer, dann auch ein außenpolitisches Zeichen zu setzen?

Es gilt nur, einen Zeitpunkt der Schwäche abzuwarten. Die internen Konflikte der Balkanländer könnte er leicht zu seinem Vorteil nutzen.

Deutschland ist mit seiner enorm großen türkischen Minderheit ein hervorragender Brückenkopf im Herzen Europas. Hier kann Erdoğan auf eine zahlenmäßig starke Anhängerschaft zurückgreifen, wie wir durch das Wahlverhalten der Türken in Deutschland wissen. Dazu kommen die in Jahrzehnten aufgebauten Parallelstrukturen: Imame, der DİTİB, türkische Politiker in den deutschen Parteien, die mittlerweile auf allen Ebenen der Bundespolitik vertreten sind, radikale Organisationen wie die Grauen Wölfe, die ein enormes Einschüchterungspotenzial haben und mit fast 20.000 Anhängern in Deutschland als größte „rechts-extreme“ Organisation hierzulande gelten.³⁷⁵ Wird unsere Polizei überhaupt dazu in der Lage sein, einen möglichen Aufstand dieser Gruppen niederzuschlagen? Erinnern wir uns an die Situation beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg: Damals reichten gerade einmal 1.500 Antifa-Gewalttäter aus, um die zweitgrößte deutsche Metropole tagelang lahmzulegen.³⁷⁶ Nun sprechen wir aber von dem Vielfachen dieses Gewaltpotenzials!

Soweit muss es freilich nicht kommen. Falls Erdoğan jedoch die Schwäche Europas, die Niedertracht seiner Politiker und die Charakterlosigkeit seiner gesellschaftlichen Eliten zu seinen Gunsten nutzen kann – wer oder was sollte ihn momentan daran hindern? Wenn wir als Deutsche und Europäer daher das Ruder herumreißen wollen, müssen wir energische Anstrengungen unternehmen. Angelehnt an die vorhergehenden Kapitel stelle

ich im Folgenden neun Thesen vor, wie wir uns der türkischen Aggression gegen Europa erwehren können und zu neuer Stärke finden.

1. Die osmanisch-türkische Geschichte angemessen abbilden

Die osmanische Bedrohung war ein halbes Jahrtausend lang die größte Gefahr für den Fortbestand Europas. Von Ungarn bis Griechenland, von der Ukraine bis nach Kroatien litten zahlreiche europäische Völker unter dem Joch der türkischen Fremdherrschaft. Auch Mitteleuropa und der deutsche Raum waren unmittelbar von einer türkischen Invasion bedroht, wie die zweimalige Belagerung Wiens zeigt. Für viele europäische Nationen ist die Unabhängigkeit erst durch den Befreiungskampf gegen die Sultane aus Istanbul erreicht worden. Europas jahrhundertelanger Kampf gegen die türkisch-islamische Bedrohung muss wieder einen angemessenen Platz im Bewusstsein der Bürger finden, sei es durch Gedenktage, Forschungsförderung oder eine angemessene Behandlung im Geschichtsunterricht. Nur mit diesem Wissen kann Europa das Ausmaß der aktuellen Bedrohung richtig einschätzen. Ergänzt muss dies durch eine neue positive Gedenkpolitik werden, die uns als Deutsche und Europäer mit Stolz auf unsere Geschichte und Zivilisation erfüllt.³⁷⁷ Ein gesundes Selbstbewusstsein wird nötig sein, um dem Griff fremder Mächte nach Europa etwas entgegensetzen zu können.

2. Erdoğan keine freie Hand lassen

Die türkische Expansionspolitik des letzten Jahrzehnts, wie sie sich etwa gegen die Nachbarstaaten Syrien und Armenien richtete, war auch deshalb möglich, weil die meisten europäischen Regierungen

Erdoğan's Treiben ignoriert haben – allen voran die deutsche Bundesregierung.³⁷⁸ Wahrscheinlich kam es der EU-Führung gelegen, dass die russischen Verbündeten Armenien und Syrien auf diese Weise geschwächt wurden, doch hat sie damit die Türkei gestärkt und sich selbst noch erpressbarer durch Erdoğan's Methoden gemacht. Um ihre Verhandlungsposition gegenüber der Türkei zu verbessern, muss die EU Erdoğan's Ambitionen klare Grenzen setzen, etwa in Form von Sanktionen und diplomatischem Druck. Dass man ihm weiterhin Erpressungsmöglichkeiten in Form des vollkommen falsch konstruierten Flüchtlingspakts zu Füßen legt, muss selbstverständlich ein Ende finden. Denn der türkische Präsident weiß unsere bisherige Schwäche zu nutzen und verstärkte zuletzt auch seine Angriffe auf Europa selbst. Die ständigen Grenzüberschreitungen gegenüber Griechenland und Zypern müssen entsprechend beantwortet werden. In der Migrationskrise 2020 haben die Griechen gezeigt, dass sie willens sind, dem vielfach überlegenen türkischen Nachbarn die Stirn zu bieten. Dafür brauchen sie endlich die volle Rückendeckung der anderen europäischen Nationen, denn es ist auch unsere Sicherheit, die in der Ägäis verteidigt wird. Nicht Nachgiebigkeit, sondern Rückgrat und Selbstbewusstsein werden dem türkischen Präsidenten Respekt abverlangen. Vergessen wir nicht: Respekt ist eines der höchsten Güter der muslimischen Kultur.

3. Die Migrationsbekämpfung auf eine sichere Grundlage stellen

Um eine neue Massmigration nach Europa und Deutschland zu verhindern, ist und bleibt die Türkei ein Schlüsselland. Millionen von Migranten reisten über die Türkei nach Europa ein, sie ist eine der wichtigsten Durchgangsstationen zwischen Ländern wie Afghanistan, Syrien und dem Irak sowie Europa.

Es gibt gute Gründe, Erdoğan's außenpolitischen Machtgewinn einzudämmen, aber auf eine Kooperation mit der Türkei kann die EU gerade in der Migrationsfrage nicht verzichten. Das EU-Abkommen mit der Türkei aus dem Jahr 2016 ist jedoch vollkommen mangelhaft – die Details sind nicht durchdacht und der informelle Charakter lässt es zu, dass Erdoğan es regelmäßig bricht bzw. immer höhere Forderungen an die europäische Seite stellt. Ein neues, völkerrechtlich bindendes Vertragswerk ist deshalb nötig. Es muss die umgehende, konsequente Rückführung sämtlicher in Griechenland angelandeter Migranten beinhalten, ohne dass im Gegenzug andere Einwanderer nach Europa einreisen können. Auch muss es bei Nichteinhaltung klare Vertragsstrafen geben, um ständige Verletzungen wie in den letzten Jahren zu vermeiden. Ein solches Abkommen wird etwas kosten, aber wenn die EU aus einer Position der Stärke heraus verhandelt (s.o.), dann wird es auch gelingen, Erdoğan zum Einlenken zu bewegen. Dabei müssen wir immer von unserem eigenen Interesse ausgehen: Wie verhindern wir am effektivsten, dass eine neue Völkerwanderung über Europa hereinbricht? Wenn es dafür nötig ist, dass die Türkei ihre eigenen Grenzen im Osten abriegelt, sollten wir ihr hier nicht in den Rücken fallen. Es kann nicht darum gehen, anti-türkische Politik zu machen, wir müssen stattdessen Politik für Deutschland und Europa betreiben. Und das kann nur heißen: selbstbewusst zu den eigenen Interessen stehen. Eine direkte und kontrollierte Hilfestellung beim Bau eines Grenzzaunes sollte von europäischer Seite deshalb erwogen werden.

4. Die Türkei aus der EU heraushalten

Mit fast 90 Millionen Einwohnern wäre die Türkei noch vor Deutschland das bevölkerungsreichste Land der EU und zugleich

die stärkste Militärmacht vor Frankreich. Das kann nicht im Sinne der europäischen Nationen sein: Nicht nur würde das politische Gleichgewicht in Europa völlig durcheinandergeraten, auch könnte ein Wegfall der Grenzen zur Türkei selbst eine neue Masseneinwanderung auslösen. Gefährdet sind dabei insbesondere diejenigen Staaten, die bereits jetzt eine bedeutende türkische Bevölkerung aufweisen – was nicht nur für einige Balkanländer, sondern gerade auch für Deutschland gilt. Und vergessen wir nicht, dass eine Aufnahme der Türkei in die EU zu einem sprunghaften Anstieg der islamischen Bevölkerung führen würde. Der bisherige Anteil von 6,4 bis 6,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung würde noch weiter steigen.³⁷⁹ Sehr wahrscheinlich ist es, dass eine solche demographische Unwucht zu massiven Ansprüchen des politischen Islam führen und unser bisheriges Gesellschaftssystem, die Art unseres Zusammenlebens, unsere Kultur und unser freiheitliches Leben auf den Kopf stellen würde. Damit würden sich die unheilvollen Tendenzen der letzten Jahre und Jahrzehnte ruckartig verschlimmern. Ein entscheidender Grund gegen einen türkischen EU-Beitritt liegt also auch in der deutschen Innenpolitik.

Gegen eine Erleichterung des Handels spricht nichts, doch eine volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union kann für keinen vernünftigen Menschen das Ziel sein. Gleichzeitig müssen womöglich die Investitionsregeln verschärft werden, damit die fragilen Balkanstaaten nicht zu abhängig von türkischer Einflussnahme werden. Darüber hinaus müssen insbesondere die Moscheen unter die Lupe genommen werden, über die Erdoğan versucht, seine „Soft Power“ im Balkanraum geltend zu machen. Sofern es sich um EU-Beitrittskandidaten handelt, müssen hier strengste Kriterien angelegt werden, damit die Türkei nicht durch die Hintertür Stellvertreter für ihre Interessen nach Brüssel entsendet.

5. Aus den Fehlern der Gastarbeiter-Anwerbung lernen

Die Einwanderung der türkischen Gastarbeiter war und ist bis heute in der überwiegenden Mehrzahl eine Belastung für Deutschland. Gerade weil Bundespräsident Steinmeier und andere politische Größen faktenwidrig behaupten, Deutschland sei nach dem Krieg durch die Gastarbeiter aufgebaut worden,³⁸⁰ muss dem die historische Wahrheit entgegengehalten werden. Das öffentliche Gedenken und der Geschichtsunterricht in den Schulen dürfen sich nicht von den politischen Interessen der Migrationsbefürworter vereinnahmen lassen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte müssen uns in zweierlei Hinsicht eine Warnung sein: Erstens ist es generell keine gute Idee, eine große Zahl kulturell fremder Menschen einwandern zu lassen. Zweitens ist es ungemein schwer, Einwanderer, die sich einmal niedergelassen haben, wieder aus dem Land zu bekommen. Bei den Gastarbeitern war ja dies, wie zuvor beleuchtet, ebenfalls vorgesehen. Das Scheitern dieses „Rotationsprinzips“ mahnt uns, ähnliche Experimente in Zukunft zu vermeiden. Überlegungen der EU-Führung, eine „temporäre“ Migration aus Afrika und dem Nahen Osten zu forcieren, führen leider in genau diese falsche Richtung. Ein Meilenstein auf diesem Irrweg ist der neue EU-Migrationspakt. Der Kampf gegen dieses Machwerk muss oberste Priorität haben!

6. Null Toleranz gegenüber dem politischen Islam und ausländischem Extremismus

Unterwanderungsversuche der DİTİB als ausländischer Arm der Erdoğan-Regierung sind eine enorme innenpolitische Gefahr für Deutschland. Die Gesetzeslage muss dahingehend geändert werden, dass jegliche Auslandsfinanzierung von Moscheen und

Imamen verboten wird. Auch müssen im Zweifel Geheimdienste eingebunden werden, um eine Aufwiegelung von Bevölkerungsteilen durch türkische Prediger zu unterbinden. Eine besondere Rolle muss auch die Eindämmung der Muslimbruderschaft spielen. Ihre Agitation für einen islamischen Staat führt seit Jahrzehnten zur Destabilisierung zahlreicher Länder – auch in Europa haben sich ihre zahlreichen Unterorganisationen festgesetzt, um mit radikal-islamischer Propaganda unsere Gesellschaften zu unterminieren. Sie muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft und zurückgedrängt werden.

Was für den radikalen Islam gilt, das muss ebenso für andere extremistische Bewegungen aus dem Ausland gelten. Die Umtriebe der linksextremen kurdischen PKK und ihrer Schwesterorganisationen dürfen nicht länger hingenommen werden. Ein Verbot ihrer Aktivitäten und Symbole kann nur ein erster Schritt sein, auch ihre Strukturen müssen nachhaltig zerschlagen werden. Für die türkisch-nationalistischen Grauen Wölfe ist eine ebensolche Lösung angebracht. Nur so kann verhindert werden, dass die vielfältigen ethnischen, religiösen und politischen Konflikte des Nahen Ostens weiter auf deutschen Boden übergreifen. Deutschland darf kein Rückzugs- oder Operationsgebiet für irgendwelche ausländischen politischen Bewegungen sein. Selbstverständlich bleibt die Aufnahme von individuell Verfolgten gemäß unseren Asylbestimmungen davon unberührt.

7. Assimilation und Rückführung fördern

Die weit verbreiteten Integrationsprobleme der türkischen Einwanderer müssen zu einem Paradigmenwechsel führen: Die Ansprüche an die Anpassungsbereitschaft waren bisher zu oberflächlich, allzu schnell wurde die Staatsbürgerschaft an Einwanderer

verteilt, die wenig bis nichts mit Deutschland verbindet. Damit wurde es erst ermöglicht, dass sich allmählich eine fünfte Kolonne herausbilden konnte, die Erdoğan's Einflussnahme auf die deutsche Innenpolitik Tür und Tor öffnet. Stattdessen muss die tiefgreifende kulturelle Anpassung, also Assimilation, das langfristige Ziel sein. Hier braucht es Geduld und eine Strategie, die über mehrere Generationen wirkt und alle Bereiche der Gesellschaft mit einbezieht.

Niemand sollte mehr allein wegen seines Geburtstortes oder aufgrund einer bestimmten Aufenthaltsdauer in Deutschland eingebürgert werden. Denn zu oft verkommt der deutsche Pass auf diese Weise zu einem allseits verfügbaren Ramschartikel, der beinahe bedingungslos verschenkt wird. Man wird ihn erst wieder wertschätzen, wenn sein Erwerb mit Mühe und Anstrengung verbunden ist. Dies setzt den richtigen Anreiz, um die Anpassungsbereitschaft der Einwanderer an die deutsche Gesellschaft zu fördern. Dazu schlage ich drei Maßnahmen vor: Zunächst muss als Grundlage das Abstammungsprinzip wiedereingeführt werden, wie es sich bis zum Jahr 2000 bewährt hat. Darüber hinaus muss die Vergabe von Staatsbürgerschaften an Nicht-EU-Bürger streng reglementiert werden, denkbar ist hier z. B. eine jährliche Deckelung und ein strukturierter Bewerbungsprozess: Nur die am besten Integrierten dürfen als Verdienst für ihre besondere Anpassungsleistung deutsche Staatsbürger werden. Schließlich gilt es angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre eine doppelte Staatsbürgerschaft auszuschließen – eine Einbürgerung ist eine Entscheidung für Deutschland und die kann man nicht mit halbem Herzen treffen. So erhält jeder seine gerechte Chance, aber es gibt den Automatismus nicht mehr, der unserer Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren entwertet hat.

Nach wie vor fühlen sich zahlreiche Türken ihrem Herkunftsland stärker verbunden als Deutschland. Die immer noch nennenswerte Rückkehrbereitschaft, wie in Kapitel 8 dargestellt, zeugt davon – auf diesem Potenzial lässt sich aufbauen. Wir müssen denen, die sich hierzulande nie recht angepasst haben, eine unkomplizierte und rechtssichere Rückreise ermöglichen. Diese Remigrationspolitik muss auf Freiwilligkeit basieren und durch eine Vielzahl an politischen und finanziellen Anreizen gefördert werden. Das Ziel ist also ein doppeltes: Diejenigen, die langfristig bleiben wollen, müssen nachhaltig assimiliert werden, bei den übrigen muss die Rückwanderung Ziel der politischen Anstrengungen sein.

8. Ausländischen Wahlkampf auf deutschem Boden unterbinden

Die bedrohlichen Auftritte Erdoğan's zur Mobilisierung der Auslandstürken sind einerseits ein Symptom gescheiterter Integration. Andererseits beschleunigen sie selbst wiederum den Prozess der Abschottung von der deutschen Gesellschaft. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, muss ein Wahlkampfverbot für Politiker aus dem Nicht-EU-Ausland in Erwägung gezogen werden. Diese Maßnahme erscheint zunächst unverhältnismäßig, doch die Niederlande haben unter ihrem liberalen Ministerpräsidenten Rutte diesen Weg erfolgreich eingeschlagen. Kombiniert mit der Null-Toleranz-Politik gegenüber ausländischem Extremismus kann dies zu einer Beruhigung der innenpolitischen Lage führen und die importierten ethnischen Spannungen zumindest etwas abmildern.

9. Privates und Politisches trennen

Wir haben uns sehr kritisch mit der Rolle der türkischen Politik und nicht zuletzt der Einwanderung für die Zukunft unseres Landes auseinandergesetzt. Daran gibt es nichts zu rütteln: Sowohl Erdoğan's Einflussnahme als auch der schlecht integrierte Teil der türkischen Migranten sind für Deutschland und andere europäische Länder eine Herausforderung. Sollten wir deswegen jeden einzelnen Türken mit Feindseligkeit oder Herablassung behandeln? Ganz klar: Nein! Ich selbst pflege seit vielen Jahren gute und herzliche Beziehungen zu Menschen aller Nationalitäten, darunter selbstverständlich auch Türken. Es gibt einen Unterschied zwischen dem politischen Anspruch, unsere deutsche Gesellschaft stabil zu erhalten, und unserem Alltagsleben. Der einzelne Türke ist nicht unser Feind und wird es nie sein. Viele davon haben sich einst falsche Vorstellungen über Deutschland gemacht und scheitern nun an der Realität, die sich ganz anders darstellt als erwartet. Die deutschen und türkischen Politiker sind die Verantwortlichen der Misere, gegen sie muss sich unser Zorn und Protest richten. Wer nun meint, ein Verzicht auf türkische Speisen oder ein Boykott der Türkei als Urlaubsland würde uns politisch irgendwie voranbringen, macht sich, gelinde gesagt, lächerlich. Das ist kein politischer Akt und ändert an der Grundproblematik der Masseneinwanderung und gescheiterten Integration überhaupt nichts. Die Lösung muss eine politische sein, die – wie hier skizziert – zum Wohle aller ausfallen wird.

Bei meinen zahlreichen Vorträgen zur der Thematik bin ich immer wieder gefragt worden, ob die EU nicht sogar Interesse an einer um Teile des Nahen Ostens vergrößerten, neo-osmanischen Türkei hätte – als solides Bollwerk gegen die illegale Einwanderung und die zahlreichen Konflikte der ganzen Region. Diesen

Überlegungen kann ich nur aufs Schärfste widersprechen: Wie oben dargelegt, sollte uns zwar durchaus an einer stabilen, kooperativen Türkei gelegen sein, die ihre Grenzen nach Osten zu schützen vermag. Doch angesichts der Schwäche Europas und des türkischen Bevölkerungswachstums ist es keine gute Idee, sich von einem einzigen, vor Kraft nur so strotzenden Partner abhängig zu machen – denn dieser wird seine Übermacht nutzen, sobald ihm eine Gelegenheit dazu passend erscheint. Unser Ansatz muss daher differenzierter sein: die türkische Expansion eindämmen, gleichzeitig jedoch die Türkei als Partner achten und ihre Position zum Vorteil Europas nutzen. Erdoğan die Stirn bieten, wo es für die Sicherheit Europas nötig ist, ihm aber die ausgestreckte Hand reichen, wenn er bereit ist, nach fairen Maßstäben und auf Augenhöhe zu verhandeln. Mit meinen hier ausgeführten neun Thesen, so bin ich überzeugt, beschreiten wir genau diesen richtigen Weg. Denn die Sicherheit Europas gerade in der Migrationsfrage ist zu fragil, um sie für einen kurzfristigen Gewinn zu riskieren.

Das von mir vorgeschlagene Bündel aus kurzfristigen Maßnahmen und dauerhaften Strategien wird nicht einfach umzusetzen sein, doch sind sie die notwendige Reaktion auf eine außerordentliche Bedrohungslage. Der Griff nach dem europäischen Kontinent ist derzeit leicht möglich.

Unsere europäischen Freunde aus Frankreich oder Schweden sind uns, was die Islamisierung betrifft, schon einige Jahre voraus: Hier kann sich vermutlich dieses Feuer aus verschiedenen Ecken heraus schnell übertragen. Steht gar das „finis Europae“ bevor? Das haben wir selbst in der Hand.

Quellenverweise

- 1 u .a. dem Journalisten Hans-Friedrich Bergmann: <https://www.vigeno.de/norbert-paul/nur-wer-die-vergangenheit-kennt-free> (30.11.2020), sowie Helmut Kohl: <https://www.bild.de/wa/ll/bild-de/unangemeldet-42925516.bild.html> (30.11.2020).
- 2 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: *Kleine Geschichte der Türkei*, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 19-22 u. 36.
- 3 a.a.O., S. 37-45.
- 4 <https://www.ma-shops.de/emporium/item.php?id=23441> (abgerufen: 12.10.2020)
- 5 Kreiser/ Neumann, S. 51-55, u. 80ff.
- 6 Giese, Friedrich (Hrsg.): *Die altosmanische Chronik des 'Ašikpašazāde*, Leipzig 1929, S. 20.
- 7 Steinbach, Udo: *Geschichte der Türkei*, 2. Aufl., München 2001, S. 10f.
- 8 Steinbach., S. 9f.
- 9 a.a.O., S. 11.
- 10 <https://www.sueddeutsche.de/politik/geschichte-der-lange-weg-der-tuerkei-nach-europa-i-1.914256> (20.11.2020).
- 11 Steinbach, S. 12.
- 12 Matuz, S. 127.
- 13 Kreiser/ Neumann, S. 114ff.
- 14 Özyurt, Şenol: *Die Türkenlieder und das Türkenbild in der deutschen Volksüberlieferung vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, München 1972, S. 17ff.
- 15 Kreiser/ Neumann, S. 115f.
- 16 Matuz, Josef: *Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte*, Darmstadt, 2. Aufl. 1990, S. 107-114.
- 17 <https://www.theguardian.com/uk/2004/mar/11/highereducation.books> (abgerufen: 30.11.2021).
- 18 O'Brien, Peter: *European perceptions of Islam and America from Saladin to George W. Bush. Europe's fragile ego uncovered.*, Basingstoke 2009, S. 75.
- 19 Steinbach, S. 13f.
- 20 a.a.O., S. 14.

- 21 ebd.
- 22 Kreiser/ Neumann, S. 136.
- 23 Steinbach, S. 15.
- 24 a.a.O., S. 15f.
- 25 Matuz, S. 202f.
- 26 Steinbach, S. 16.
- 27 Kreiser/ Neumann, S. 292-296.
- 28 Matuz, S. 213.
- 29 a.a.O., S. 217ff.
- 30 a.a.O., S. 300f.
- 31 Kreiser/ Neumann, S. 283f.
- 32 Herm, Gerhard: *Der Balkan. Das Pulverfaß Europas*, Düsseldorf 1993, S. 278.
- 33 Matuz, S. 228-230.
- 34 Steinbach, S. 19.
- 35 Matuz, S. 238f.
- 36 Steinbach, S. 18-19.
- 37 Matuz, S. 256.
- 38 Kreiser/ Neumann, S. 361f.
- 39 a.a.O., S. 372f.
- 40 Matuz, S. 257.
- 41 Kreiser/ Neumann, S. 359-361.
- 42 Schulze, Reinhard: *Geschichte der Islamischen Welt von 1900 bis zur Gegenwart*, München 2016, S. 67.
- 43 Matuz, S. 260f.
- 44 Aksakal, Mustafa: *The Ottoman Road to War in 1914: The Ottoman Empire and the First World War* (= *Cambridge Military Histories*), Cambridge 2006, S. 115.
- 45 Kreiser/ Neumann, S. 365.
- 46 Lüdke, Tilman: *Jihad made in Germany: Ottoman and German propaganda and intelligence operations in the First World War* (= *Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas*), Münster 2005, S. 33–34.
- 47 Kreiser/ Neumann, S. 367f.

- 48 Kresier/ Neumann, S. 368.
- 49 a.a.O., S. 368f.
- 50 Jörg Berlin, Adrian Klenner: Völkermord oder Umsiedlung. Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich, Darstellung und Dokumente, Köln 2006, S. 44ff.
- 51 Akçam, Taner: Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung, 2. Aufl., Hamburg 2004, S. 72.
- 52 <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-soll-v%C3%B6lker-mord-an-armeniern-anerkennen/a-18386362> (abgerufen: 24.11.2020).
- 53 Schaeffgen, Anette: Schwieriges Erinnern. Der Völkermord an den Armeniern, Berlin 2006, S. 84.
- 54 <https://www.bbc.com/news/world-europe-16352745> (abgerufen: 20.11.2020).
- 55 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-spricht-armeniern-erst-mals-beileid-aus-a-965828.html> (abgerufen: 24.11.2020).
- 56 <https://www.welt.de/kultur/article13235492/Denkmal-fuer-die-toten-Armenier-wird-abgerissen.html> (abgerufen: 24.11.2020).
- 57 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/erdogan-und-alijew-schuechtern-armenien-ein-17095521.html> (abgerufen: 20.04.2021).
- 58 Kreiser/ Neumann, S. 377ff.
- 59 https://www.deutschlandfunk.de/griechenland-und-die-tuerkei-eine-lange-tiefe-feindschaft.724.de.html?dram:article_id=488013 (abgerufen: 03.06.2021).
- 60 Steinbach, S. 24-27.
- 61 a.a.O., S. 27-31.
- 62 a.a.O., S. 30-32.
- 63 Rill, Bernd: Kemal Atatürk, Reinbek 1985, S. 100.
- 64 <https://www.srf.ch/news/international/einst-kirche-und-museum-hagia-sophia-kann-wieder-als-moschee-genutzt-werden> (abgerufen: 20.11.2020).
- 65 Steinbach, S. 37-39.
- 66 a.a.O., S. 45.
- 67 a.a.O., S. 33ff.
- 68 a.a.O., S. 41ff.

- 69 a.a.O., S. 47-50.
- 70 a.a.O., S. 51-53.
- 71 Kreiser, Klaus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2012, S. 102-105 u. 108.
- 72 a.a.O., S. 111ff.
- 73 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/putsch-in-der-tuerkei-warum-erdogan-so-hart-reagiert-a-1104213.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 74 <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/recep-tayyip-erdogan-hat-er-sein-diplom-gefaelscht-a-1098259.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 75 <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253186/der-aufstieg-des-recep-tayyip-erdoan> (abgerufen: 30.10.2021).
- 76 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/905495-Es-darf-keine-Kritik-geben.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 77 ebd.
- 78 <https://www.merkur.de/politik/erdogan-gefaengnis-journalisten-gedicht-haftsstrafe-dauer-geldstrafe-90095472.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 79 <https://www.merkur.de/politik/akp-tuerkei-partei-ziele-wahl-parlament-regierung-bedeutung-90099294.html> (abgerufen: 30.10.2021).
- 80 <https://www.welt.de/politik/ausland/article132590904/AKP-hebt-Kopftuchverbot-an-staatlichen-Schulen-auf.html> (abgerufen: 30.10.2021).
- 81 https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-protest-gegen-religioese-schulen.680.de.html?dram:article_id=321886 (abgerufen: 30.11.2021).
- 82 <https://www.tagesschau.de/ausland/referendumtuerkei114.html> (abgerufen: 30.10.2021).
- 83 <https://www.derstandard.at/story/1812663/erdogan-als-europaeer-des-jahres-ausgezeichnet> (abgerufen: 28.09.2021).
- 84 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36914/umfrage/streitkraefte-der-nato/> (abgerufen: 14.09.2021).
- 85 <https://www.srf.ch/news/international/unterdrueckung-der-uiguren-erdogans-kritik-an-china-verstummt> (abgerufen: 21.09.2021).
- 86 https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-aussenpolitisch-zunehmend-isoliert.795.de.html?dram:article_id=318593 (abgerufen: 21.09.2021).

- 87 <https://jamestown.org/another-wave-of-pan-turkism-allegedly-on-the-rise-in-central-asia/> (abgerufen: 10.09.2021).
- 88 <https://www.welt.de/politik/ausland/article159401434/Erdogan-will-an-Groesse-des-Osmanischen-Reiches-anknuepfen.html> (abgerufen: 22.09.2021).
- 89 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neo-osmanismus-tuerken-und-araber-werden-eins-11228318.html> (abgerufen: 17.09.2021).
- 90 https://www.deutschlandfunkkultur.de/muslimische-vereine-wie-die-muslimbruderschaft-einfluss.1001.de.html?dram:article_id=444594 (abgerufen: 01.08.2021).
- 91 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/286322/die-muslimbruderschaft> (abgerufen: 01.08.2021)
- 92 <https://www.dw.com/de/wer-ist-die-hamas-und-wer-unterst%C3%BCtzt-sie/a-57536236> (abgerufen: 17.09.2021).
- 93 <https://www.welt.de/politik/ausland/plus206496877/Gegen-Israel-Tuerkei-soll-Hamas-mit-Millionen-finanzieren.html> (abgerufen: 17.09.2021).
- 94 z. B. hier: <https://www.amnesty.de/presse/2011/12/9/amnesty-arabischer-fruehling-ist-ermuetigung-im-kampf-fuer-die-menschenrechte> (abgerufen: 01.08.2021).
- 95 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/zum-tode-von-muhammad-mursi-muslimbruder-und-praesident-16241597.html> (abgerufen: 02.08.2021).
- 96 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/286322/die-muslimbruderschaft> (abgerufen: 02.08.2021).
- 97 <https://www.dw.com/de/libyen-der-zorn-der-araber-auf-die-t%C3%BCrkei/a-52033280> (abgerufen: 02.08.2021).
- 98 https://carnegieendowment.org/files/cp_74_brown_final.pdf (abgerufen: 02.08.2021).
- 99 <https://www.dw.com/de/libyen-der-zorn-der-araber-auf-die-t%C3%BCrkei/a-52033280> (abgerufen: 02.08.2021).
- 100 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/muslimbrueder-islamistische-konkurrenten-11795625.html>
- 101 <https://www.dw.com/de/libyen-der-zorn-der-araber-auf-die-t%C3%BCrkei/a-52033280> (abgerufen: 02.08.2021).

- 102 <https://www.hurriyetdailynews.com/2000-syrian-rebels-to-be-trained-in-turkey-74353> (abgerufen: 22.09.2021).
- 103 <https://taz.de/Abschuss-von-russischem-Kampfjet!/5254953/> (abgerufen: 21.09.2021).
- 104 <https://taz.de/Die-Tuerkei-und-die-IS!/5032805/> (abgerufen: 22.09.2021).
- 105 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-kriegsflugzeug-nahe-tuerkischer-grenze-abgestuert-a-1064245.html> (abgerufen: 21.09.2021).
- 106 https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/nordsyrien-offensive-tuerkei-konflikt-krieg-voelkerrechtswidrig?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (abgerufen: 22.09.2021).
- 107 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/tuerkei> (abgerufen: 22.09.2021).
- 108 <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/zukunft-syrien-fluechtlinge-tuerkei> (abgerufen: 24.09.2021).
- 109 <https://www.tagesspiegel.de/politik/neuer-druck-auf-erdogan-warum-die-tuerkische-opposition-syrische-fluechtlinge-zurueckschicken-will/27441930.html> (abgerufen: 22.09.2021).
- 110 <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/zukunft-syrien-fluechtlinge-tuerkei> (abgerufen: 24.09.2021).
- 111 ebd.
- 112 <https://www.tagesspiegel.de/politik/neuer-druck-auf-erdogan-warum-die-tuerkische-opposition-syrische-fluechtlinge-zurueckschicken-will/27441930.html> (abgerufen: 24.09.2021).
- 113 https://www.deutschlandfunk.de/eu-tuerkei-abkommen-milliarden-statt-migranten.2897.de.html?dram:article_id=493788 (abgerufen: 27.09.2021).
- 114 <https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-aus-syrien-deutschland-sorgt-sich-um-den-eu-tuerkei-deal-wieder-einmal/25369422.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 115 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingsdrama-tuerkische-grenzoeffnung-tausende-menschen-wollen-nach-europa/25598368.html?ticket=ST-4332254-rUIEfN2tOp5aiaW9i0At-ap4> (abgerufen: 28.09.2021).
- 116 <https://www.tagesschau.de/inland/grenze-tuerkei-bundesregierung-101.html> (abgerufen: 28.09.2021).

- 117 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingsdrama-tuerkische-grenzoeffnung-tausende-menschen-wollen-nach-europa/25598368.html?ticket=ST-4332254-rUIEfN2tOp5aiaW9i0At-ap4> (abgerufen: 28.09.2021).
- 118 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.rekordzahlen-im-tourismus-die-tuerkei-ist-bei-urlaubern-gefragter-denn-je.fdf1c5482-740c-4ea4-ab15-8dceed4cf96e.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 119 <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/so-entwickelt-sich-die-weltwirtschaft-tuerkei-und-brasilien/11142090-5.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 120 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-bezieht-praesidentenpalast-mit-1000-zimmern-a-999881.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 121 <https://www.br.de/nachricht/tuerkei-putschversuch-gescheitert-tote-justiz-erdogan-100.html> (abgerufen: 25.11.2021)
- 122 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-guelen-soll-den-putsch-organisiert-haben/20065394-2.html?ticket=ST-856193-jQY1zoFvQcMRFqpANIj5-cas01.example.org> (abgerufen: 25.11.2021)
- 123 <https://www.sueddeutsche.de/politik/korruptionsaffaere-in-der-tuerkei-angebliche-telefonmitschnitte-belasten-erdogan-1.1897706> (abgerufen: 28.09.2021).
- 124 <https://www.tagesspiegel.de/politik/kurdenkonflikt-in-der-tuerkei-eskaliert-verpass-ihnen-einen-kopfschuss/13522718.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 125 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/analyse-die-tuerkische-inflation-wird-auch-in-diesem-jahr-hoch-bleiben/23826178.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 126 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegyptens-militaer-stuerzt-praesident-mohammed-mursi-a-909326.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 127 <https://www.dw.com/de/libysche-%C3-%BCbergangsregierung-verliert-vertrauensabstimmung/a-59254422> (abgerufen: 28.10.2021).
- 128 https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-aussenpolitisch-zunehmend-isoliert.795.de.html?dram:article_id=318593 (abgerufen: 28.09.2021).
- 129 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-referendum-2017-deutsch-tuerken-koennten-wahl-entscheiden-14894146.html> (abgerufen: 28.09.2021).

- 130 <https://www.welt.de/politik/ausland/article163756394/So-hat-die-Tuerkei-gewaehlt-Das-sind-die-Hochburgen.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 131 <https://www.dw.com/de/erdogan-gewinnt-pr%C3%A4sidentenwahl-a-44369374> (abgerufen: 28.09.2021).
- 132 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-regierung-von-recep-tayyip-erdogan-entlaesst-50-000-beamte-a-1110705.html> (abgerufen: 18.11.21)
- 133 <https://www.swr.de/swr2/wissen/swr2-wissen-2019-09-03-100.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 134 <https://www.swr.de/swr2/wissen/swr2-wissen-2019-09-03-100.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 135 <https://www.welt.de/politik/ausland/article175004384/Tuerkei-Griechenland-Der-explosivste-Konflikt-Europas.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 136 <https://www.nzz.ch/international/tuerkei-griechenland-wettlauf-um-erdgas-im-mittelmeer-ld.1571955?reduced=true> (abgerufen: 28.09.2021).
- 137 <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-griechenland-erdgas-1.5014705> (abgerufen: 28.09.2021).
- 138 <https://www.welt.de/politik/ausland/article202682362/Rache-Vorwurf-Erdogan-kritisiert-US-Resolution-zu-Voelkermord-an-Armeniern.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 139 <https://www.nzz.ch/international/armenier-in-der-tuerkei-krieg-in-karabach-hat-wunden-aufgerissen-ld.1587642?reduced=true> (abgerufen: 28.09.2021).
- 140 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/erdogan-und-alijew-schuechtern-armenien-ein-17095521.html> (abgerufen: 18.11.2021).
- 141 <https://www.nzz.ch/international/praesident-erdogan-die-hagia-sophia-wird-wieder-zur-moschee-ld.1567456?reduced=true> (abgerufen: 10.10.2021).
- 142 <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-umwandlung-der-hagia-sophia-erdogan-macht-auch-istanbuler-chora-museum-zur-moschee/26115806.html> (abgerufen: 10.10.2021).
- 143 https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article182284206/Wie-Erdogan-den-Balkan-gewinnen-will-und-scheitert.html (abgerufen: 22.11.2020).

- 144 <https://www.derstandard.de/story/2000110052346/tuerkische-angriffe-auf-nordsyrien-laufen-trotz-waffenruhe-weiter> (abgerufen: 20.11.2020).
- 145 <https://www.fr.de/politik/erdogans-traeume-einem-neuen-osmanischen-reich-11416700.html> (abgerufen: 20.11.2020).
- 146 <https://kurier.at/politik/ausland/an-griechischer-grenze-soforteinsatz-von-frontex/400769667> (abgerufen: 20.11.2020).
- 147 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/merkel-erdogans-verhalten-gegenueber-fluechtlingen-inakzeptabel-16660655.html>
(abgerufen: 20.11.2020).
- 148 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-tuerkei-deal-kurz-will-beim-thema-fluechtlinge-haertere-gangart-gegen-erdogan/25389056.html?ticket=ST-4723106-mBlHuo9emEk1pYMdpSzK-ap4>
(abgerufen: 21.11.2020).
- 149 https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Der-Traum-vom-Osmanischen-Reich-So-erpresst-Erdogan-Europa-article_21615307.html
(abgerufen: 21.11.2020).
- 150 <https://www.br.de/nachricht/fluechtlinge-investoren-immobilien-100.html> (abgerufen: 21.04.2021).
- 151 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/tuerkei>
(abgerufen: 21.04.2021).
- 152 <https://www.tagesspiegel.de/wissen/tuerkei-erdogans-zweifelhaftes-geschichtsbild/23194280.html> (abgerufen: 26.04.2021).
- 153 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-winkt-fluechtlinge-nach-europa-durch-a-1e975e68-9f0f-49ac-af84-817667101daa>
(abgerufen: 22.11.2020).
- 154 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/tuerkei-wahl-recep-tayyip-erdogan/seite-2> (abgerufen: 22.11.2020).
- 155 https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article_182284206/Wie-Erdogan-den-Balkan-gewinnen-will-und-scheitert.html
(abgerufen: 22.11.2020).
- 156 https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Der-Traum-vom-Osmanischen-Reich-So-erpresst-Erdogan-Europa-article_21615307.html (abgerufen: 21.11.2020).
- 157 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/al.html> (abgerufen: 23.12.2020).

- 158 https://www.deutschlandfunkkultur.de/islam-finanzierung-in-albanien-die-erdogan-moschee-auf-dem.979.de.html?dram:article_id=395063 (abgerufen: 22.11.2020).
- 159 <https://www.economist.com/europe/2016/01/21/mosqued-objectives> (abgerufen: 02.12.2020).
- 160 ebd.
- 161 Jazexhi, Olsi: Albania, in: Nielsen, Jørgen et. al. (Hrsg.): Yearbook of Muslims in Europe Bd. 5, Leiden 2013, S. 21–36.
- 162 Petrović, Žarko/ Reljić, Dušan: Turkish Interests and Involvement in the Western Balkans: A Score-Card, in: Insight Turkey 3 (2011), S. 170.
- 163 <https://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-europa-und-eu/1516-tuerkei-visaabkommen-soysal-visabefreiung.html> (abgerufen: 03.12.2020).
- 164 http://www.xinhuanet.com/english/2020-02/13/c_138778371.htm (abgerufen: 02.12.2020).
- 165 https://www.deutschlandfunk.de/albanien-tuerkischer-einfluss-in-tirana.795.de.html?dram:article_id=395347 (abgerufen: 02.12.2020).
- 166 Jazexhi, Olsi: Albania, in: Nielsen, Jørgen et al. (Hrsg.): Yearbook of Muslims in Europe Bd. 4, Leiden 2012, S. 14.
- 167 Republic of Macedonia – statistical office (Hrsg.): Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of Macedonia, 2002, Skopje 2005, S. 34.
- 168 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mk.html> (abgerufen: 09.12.2020).
- 169 <https://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/So-will-Erdogan-den-Balkan-erobern> (abgerufen: 02.12.2020).
- 170 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-recep-tayyip-erdogans-aussenpolitik-auf-dem-balkan-a-1296415.html> (abgerufen: 03.12.2020).
- 171 <https://balkaninsight.com/2014/11/24/new-albanian-party-in-macedonia-denies-erdogan-connection/> (abgerufen: 09.12.2020).
- 172 <https://www.nzz.ch/international/aufgefallen/erdogans-einfluss-auf-dem-balkan-weit-reicht-der-arm-des-sultans-ld.1315452/> (abgerufen: 03.12.2020).
- 173 <http://www.dmwk.org.mk/> (abgerufen: 09.12.2020).

- 174 <https://www.aa.com.tr/en/health/turkish-agency-provides-aid-around-globe-amid-covid-19/1807441#> (abgerufen: 09.12.2020).
- 175 <https://www.dmw.org.mk/2017/01/23/yunus-emre-cultural-center/> (abgerufen: 09.12.2020).
- 176 <https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/TUR/Year/2016/TradeFlow/EXPIMP/Partner/MKD/Product/all-groups> (abgerufen: 30.11.2020).
- 177 <https://everythingwhat.com/in-what-macedonian-cities-did-paul-establish-churches> (abgerufen: 30.11.2020).
- 178 <https://balkaninsight.com/2014/10/01/cross-and-crescent-divide-up-macedonia/> (abgerufen: 30.11.2020).
- 179 https://www.focus.de/politik/ausland/is-anhaenger-toetete-mehrere-menschen-20-jahre-alt-vorbestraft-wollte-nach-syrien-was-wir-ueber-attentaeter-von-wien-wissen_id_12615076.html (abgerufen: 17.12.2020).
- 180 Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=8fd66199-2cdf-8843-1782-cf46aca32a80&groupId=252038, S. 34.
- 181 <https://data.worldbank.org/country/BG> (abgerufen: 04.12.2020).
- 182 Studie des Pew Research Centers: <https://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/11/2017/05/15120244/CEUP-FULL-REPORT.pdf>, S. 52. (abgerufen: 04.12.2020).
- 183 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bu.html> (abgerufen: 02.12.2020).
- 184 <https://www.novinite.com/articles/143628/Bulgaria+1st+in+Europe+by+Mosques+Per+Capita> (abgerufen: 04.12.2020).
- 185 <https://balkaninsight.com/2017/08/11/frozen-turkish-funding-leaves-bulgarian-imams-without-pay-08-10-2017/> (abgerufen: 02.12.2020).
- 186 <https://www.novinite.com/articles/138209/Turkey+Pours+BGN+12+M+to+Build+Largest+Mosque+in+Bulgaria> (abgerufen 02.12.2020)
- 187 <https://www.dw.com/de/das-schicksal-der-t%C3%BCrkischen-minderheit-in-bulgarien/a-18146398> (abgerufen: 02.12.2020).
- 188 <https://www.dw.com/de/das-schicksal-der-t%C3%BCrkischen-minderheit-in-bulgarien/a-18146398> (abgerufen: 27.04.2021).
- 189 <https://www.novinite.com/articles/172378/Bulgaria's+%3cb+%3eDPS+%3c/b+%3e+Party+Expels+Chairman+Lytuvi+Mestan> (abgerufen: 12.12.2020).

- 190 <https://orf.at/v2/stories/2384532/2384534/> (abgerufen: 17.12.2020).
- 191 <https://www.euractiv.com/section/central-europe/news/bulgaria-expels-turkish-diplomat-for-conducting-islamist-activity/936613/> (abgerufen: 17.12.2020).
- 192 <https://www.euractiv.de/section/wahlen-und-macht/news/tuerkei-referendum-auslandsstimmen-womoeglich-zuenglein-an-der-waage/> (abgerufen: 17.12.2020).
- 193 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ro.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 194 *National Institute of Statistics (Hsrg.): Comunicat de presă privind rezultatele provizorii ale Recensământului Populației și Locuințelor – 2011, Bukarest 2011, S. 10.*
- 195 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ro.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 196 https://www.deutschlandfunk.de/moscheeneubau-in-bukarest-groesse-re-einflussnahme-der.886.de.html?dram:article_id=328138 (abgerufen: 19.12.2020).
- 197 <https://business-review.eu/news/grand-mosque-project-in-bucharest-abandoned-due-to-lack-of-money-176654> (abgerufen: 18.12.2020).
- 198 <https://www.hurriyetdailynews.com/turkey-romania-agree-to-increase-trade-volume-to-10-billion-137931> (abgerufen: 19.12.2020).
- 199 <http://www.mfa.gov.tr/relations-between-turkey-and-romania.en.mfa> (abgerufen: 19.12.2020).
- 200 <https://www.hurriyetdailynews.com/turkey-romania-agree-to-increase-trade-volume-to-10-billion-137931> (abgerufen: 19.12.2020).
- 201 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ri.html> (abgerufen: 21.12.2020).
- 202 <https://balkaninsight.com/2019/10/07/serbia-and-turkey-pledge-to-boost-defence-cooperation/> (abgerufen: 21.12.2020).
- 203 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/kv.html> (abgerufen: 21.12.2020).
- 204 *Vickers, Miranda: The Albanians: A modern history, London 2011, S. 14ff.*
- 205 *Deliso, Christopher: The Coming Balkan Caliphate. The Threat of Radical Islam to Europe and the West, Westport 2007, S. 38.*
- 206 Petrović/ Reljić, S. 170.

- 207 <https://www.theguardian.com/cities/2019/jan/02/turkey-is-kosovo-controversy-over-balkan-states-new-central-mosque> (abgerufen 22.12.2020)
- 208 <https://www.welt.de/politik/ausland/article182271172/Symbolische-Landnahme-Wie-Erdogan-Suedeuropa-kaufen-will-und-scheitert.html> (abgerufen: 22.12.2020).
- 209 <https://balkaninsight.com/2013/01/22/kosovo-textbooks-soften-line-on-ottoman/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 210 <https://balkaninsight.com/2018/02/12/turkish-media-condemns-the-kurdish-music-night-in-kosovo-02-12-2018/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 211 Bošković, Marija Mitrović et. al: Elsewhere in the neighbourhood. Reaching out to the Western Balkans, in: Cevik, B. Senem/ Seib, Philip (Hrsg.): Turkey's Public Diplomacy, London 2016, S. 99ff.
- 212 <https://www.worldhighways.com/index.php/wh8/wh10/news/bechtel-and-enka-win-highway-contract-kosovo> (abgerufen: 22.12.2020).
- 213 <https://balkaninsight.com/2010/05/14/french-turkish-consortium-to-run-kosovo-airport/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 214 <https://eng.calikenerji.com/Pages/NewsDetail.aspx?ID=23> (abgerufen: 22.12.2020).
- 215 <https://www.hurriyet.com.tr/gundem/turk-opposition-wants-pm-censured-over-media-sale-8939732> (abgerufen: 22.12.2020).
- 216 <https://balkaninsight.com/2018/07/04/turkey-continues-supporting-projects-in-kosovo-through-tika-07-03-2018/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 217 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mj.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 218 <https://balkaninsight.com/2020/02/11/turkey-seeks-to-boost-presence-in-montenegro/> (abgerufen: 04.12.2020).
- 219 <https://www.telegraf.rs/english/3135850-turkey-donates-15-million-euros-worth-of-military-equipment-to-montenegro> (abgerufen: 08.12.2020)
- 220 <http://pop-stat.mashke.org/bosnia-ethnic2013.htm> (abgerufen: 08.12.2020).
- 221 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bk.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 222 https://web.archive.org/web/20101219021608/http://www.mfa.ba/vanjska_politika_bih/bilateralni_odnosi/datumi_priznanja_i_uspostave_diplomatskih_odnosa/?id=6 (abgerufen: 12.08.2020).

- 223 <https://balkaninsight.com/2018/04/18/turkey-welcomes-albanian-and-bosnian-language-classes-in-schools-04-18-2018/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 224 <https://balkaninsight.com/2018/02/23/bosnians-query-goals-of-new-turkish-lobby-group-02-23-2018/> (abgerufen: 23.12.2020).
- 225 https://www.dzs.hr/Hrv/censuses/census2011/results/htm/usp_03_HR.htm (abgerufen: 08.12.2020).
- 226 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/hr.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 227 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/hr.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 228 <https://www.aa.com.tr/en/economy/turkey-croatia-seek-to-boost-trade-volume-to-5b/1730994> (abgerufen: 04.12.2020).
- 229 <https://balkaninsight.com/2013/05/07/croatia-new-mosque-opened-in-rijeka/> (abgerufen: 08.12.2020).
- 230 https://www.nwzonline.de/politik/moscheen-in-deutschland_a_6,1,1903023924.html (abgerufen: 08.12.2020).
- 231 <https://www.sabor.hr/en/press/news/croatian-parliament-speaker-receives-muslim-world-league-secretary-general> (abgerufen: 02.12.2020).
- 232 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/si.html> (abgerufen: 23.12.2020).
- 233 <http://www.mfa.gov.tr/relations-between-turkey-and-slovenia.en.mfa> (abgerufen: 23.12.2020).
- 234 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfotrschreibung auf Grundlage des Zensus 2011 (=Fachserie 1, Reihe 1.3), 2020 , S. 3. Link: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Publikationen/Downloads-Bevoelkerungsstand/bevoelkerungsfortschreibung-2010130187004.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen: 07.12.2020).
- 235 Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München, 2. Aufl. 2017, S. 619ff.
- 236 Knortz, Heike: Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln 2008, S. 112.
- 237 Kirişci, Kemal: Migration and Turkey, in: Kasaba, Reşat (Hrsg.): Turkey in the modern world, Cambridge 2008, S. 189ff.

- 238 https://www.zeit.de/2011/43/50-Jahre-Migration-Schmidt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F (abgerufen: 07.12.2020).
- 239 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/multikulturalismus-debatte-altkanzler-schmidt-anwerbung-von-gastarbeitern-war-falsch-1194550.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 240 Hunn, Karin: "Nächstes Jahr kehren wir wieder zurück". Die Geschichte der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 104.
- 241 <https://www.zeit.de/cds-berlin/2010-08/gastarbeiter-migration-debatte> (abgerufen: 07.12.2020).
- 242 <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184981/gastarbeit> (abgerufen: 07.12.2020).
- 243 <https://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/initiative-der-entsendaender-1714166.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 244 <http://www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland> (abgerufen: 07.12.2020).
- 245 <https://www.tagesspiegel.de/politik/moscheeverband-ditib-der-lange-arm-erdogans-in-deutschland/13961072.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 246 <http://www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland> (abgerufen: 07.12.2020).
- 247 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Türkische politische Organisationen in Deutschland, 2002. Link: http://www.kas.de/wf/doc/kas_855-1522-1-30.pdf?070110192650 (abgerufen: 07.12.2020).
- 248 <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/graue-woelfe-103.html> (abgerufen: 07.07.2021).
- 249 https://www.zeit.de/2021/16/deuschtuerken-politische-repraesentation-identitaet-demokratie-islam?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (abgerufen: 07.07.2021).
- 250 <https://www.heise.de/tp/features/Der-politische-Islam-im-Marsch-durch-die-Institutionen-6027278.html?seite=all> (abgerufen: 15.06.2021).
- 251 <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/ismail-tipi-klartext/radikalen-islamismus-bekaempfen-mobile-stoffgefaengnisse-verbieten/> (abgerufen: 30.06.2021).
- 252 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/protest-in-berlin-kreuzberg-rechter-frauenmarsch-wegen-blockade-abgebrochen/20974772.html> (abgerufen: 07.07.2021).

- 253 https://www.focus.de/politik/deutschland/interview-mit-der-integrationsbeauftragten-der-bundesregierung-aydan-oezoguz-ich-bin-muslima-aber-ich-feiere-auch-wahnsinnig-gern-weihnachten_id_6192701.html (abgerufen: 15.06.2021).
- 254 <https://oezoguz.de/person/> (abgerufen: 15.06.2021).
- 255 https://www.deutschlandfunk.de/eine-quotenmigrantin-macht-karriere.862.de.html?dram:article_id=123882 (abgerufen: 15.06.2021).
- 256 <https://www.merkur.de/politik/integrationsbeauftragte-ministerin-oezoguz-brueder-sind-islamisten-zr-3274550.html> (abgerufen: 15.06.2021).
- 257 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kinderehen-man-fasst-es-nicht/14788080.html?ticket=ST-14634338-naEZ0FXX2kmon-9pSsgu4-ap1> (abgerufen: 15.06.2021).
- 258 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/aydan-oezoguz-wegen-aussagen-zu-islamisten-razzien-in-der-kritik-a-1121477.html> (abgerufen: 15.06.2021).
- 259 <https://www.bayernkurier.de/inland/25087-keine-deutsche-kultur/> (abgerufen: 07.12.2020).
- 260 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article201314676/Parteien-Wenn-Gruene-gegen-Gruene-kaempfen.html> (abgerufen: 03.07.2021).
- 261 <https://www.fr.de/politik/linke-umwirbt-kurden-11592988.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 262 <https://www.nzz.ch/article84ZOC-1.390255?reduced=true> (abgerufen: 04.07.2021).
- 263 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article214723914/Twitter-Foto-mit-PKK-Fahne-Strafverfahren-gegen-Linke-Politikerin-eingestellt.html> (abgerufen: 06.07.2021).
- 264 <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/die-zeichen-der-zeit-erkennen-pkk-verbot-aufheben/> (abgerufen: 06.07.2021).
- 265 <https://www.dw.com/de/merkel-und-stoiber-werben-erneut-gegen-eu-beitritt-der-t-%C3%BCrkei/a-1691960> (abgerufen: 04.07.2021).
- 266 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/integration-merkel-erklaert-multikulti-fuer-gescheitert-a-723532.html> (abgerufen: 04.07.2021).
- 267 <https://taz.de/Buergermeister-Schramma-gegen-Rassismus/!5175633/> (abgerufen: 07.07.2021).

- 268 https://www.deutschlandfunk.de/erdogan-bei-moschee-eroeffnung-in-koeln-ein-erfolgreicher.2852.de.html?dram:article_id=429375
(abgerufen: 07.07.2021).
- 269 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erdogans-moschee-eroeffnung-erntet-kritik-von-koelns-ex-buergermeister-15807559.html>
(abgerufen: 14.07.2021).
- 270 <https://www.stern.de/politik/deutschland/armin-laschet-im-portraet--unter-schaetzen-sie-den--tuerken-armin--nicht-7450380.html>
(abgerufen: 07.07.2021).
- 271 <https://www.heise.de/tp/features/Der-politische-Islam-im-Marsch-durch-die-Institutionen-6027278.html?seite=all> (abgerufen: 15.06.2021).
- 272 <https://www.fr.de/politik/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-armin-laschet-cdu-wahl-sieg-telefonat-90187061.html> (abgerufen: 07.07.2021).
- 273 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/der-parteivorsitzende-der-mitte-tanz-mit-woelfen-und-islamisten/> (abgerufen: 07.07.2021).
- 274 <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/graue-woelfe-103.html>
(abgerufen: 05.07.2021).
- 275 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ditib-kooperation-armin-laschet-hat-ein-erdogan-problem/> (abgerufen: 07.07.2021).
- 276 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/der-parteivorsitzende-der-mitte-tanz-mit-woelfen-und-islamisten/> (abgerufen: 07.07.2021).
- 277 ebd.
- 278 ebd.
- 279 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ditib-kooperation-armin-laschet-hat-ein-erdogan-problem/> (abgerufen: 07.07.2021).
- 280 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nrw-stellt-islamunterricht-neu-auf-wieder-mit-ditib-17345779.html> (abgerufen: 18.11.2021).
- 281 https://www.swp.de/politik/inland/islamverbad-ditib_-_ein-schwieriger-partner-fuer-die-politik-23658699.html (abgerufen: 21.12.2020).
- 282 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-fatwa-verbietet-flirten-und-haendchenhalten-a-1070458.html> (abgerufen: 23.12.2020).
- 283 Babacan, Errol: Hegemonie und Kulturkampf. Verknüpfung von Neoliberalismus und Islam in der Türkei, Bielefeld 2020, S. 216.
- 284 <https://www.katholisch.de/artikel/17408-auch-2018-gibt-es-nur-wenige-priesterweihen> (abgerufen: 23.12.2020).

- 285 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36785/umfrage/anzahl-der-theologinnen-und-theologen-der-evangelischen-kirche/> (abgerufen: 23.12.2020).
- 286 Babacan, S. 216ff.
- 287 <https://www.nordicmonitor.com/2020/08/turkeys-state-religious-body-Diyanet-continues-growing/> (abgerufen: 23.12.2020).
- 288 <https://ahvalnews.com/directorate-religious-affairs/turkish-state-religious-bodys-budget-dwarfs-seven-key-ministries> (abgerufen: 23.12.2020).
- 289 <https://www.dw.com/en/diyanet-the-turkish-religious-authority-that-makes-millions/a-50517590> (abgerufen: 23.12.2020).
- 290 <https://ahvalnews.com/turkish-islamism/turkey-has-built-more-100-mosques-abroad> (abgerufen: 23.12.2020).
- 291 <https://www.nordicmonitor.com/2020/08/turkeys-state-religious-body-Diyanet-continues-growing/> (abgerufen: 19.12.2020).
- 292 <https://www.dw.com/de/Diyanet-religionsbeh%C3%B6rde-in-der-t%C3%BCrkei-mit-hohem-profit/a-50506517> (abgerufen: 23.12.2020).
- 293 <https://www.domradio.de/themen/islam-und-kirche/2019-10-09/terror-und-zwang-sind-mit-unseren-idealen-nicht-vereinbar-Ditib-chef-ueber-islamischen> (abgerufen: 23.12.2020).
- 294 <https://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de> (abgerufen: 23.12.2020).
- 295 <https://www.ditib.de/default1.php?id=7&sid=20&lang=de> (abgerufen: 22.12.2020).
- 296 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article156269271/Islam-Gebote-stehen-ueber-dem-Gesetz-findet-fast-die-Haelfte.html> (abgerufen: 23.12.2020).
- 297 https://www.zeit.de/2017/10/ditib-moscheen-hamburg-politik-partner?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (abgerufen: 29.10.2021).
- 298 <https://www.welt.de/politik/ausland/article160132361/Tuerkische-Imame-spionieren-in-Deutschland-fuer-Erdogan.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 299 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article228839639/Islamverband-Die-Identitaet-der-Ditib-ist-nationalistisch-und-reaktionaer.html> (abgerufen: 29.10.2021).

- 300 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article139816650/Ehrengraeber-fuer-Voelkermoerder-in-Berliner-Moschee.html>
(abgerufen: 29.10.2021).
- 301 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/Ditib-imame-arbeitsvisa-einreise> (abgerufen: 22.12.2020).
- 302 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nrw-stellt-islamunterricht-neu-auf-wieder-mit-ditib-17345779.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 303 <https://www.ndr.de/kultur/sendungen/freitagsforum/5-Jahre-Vertrag-mit-muslimischen-Verbaenden-,buergerschaft666.html>
(abgerufen: 29.10.2021).
- 304 <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Wie-die-Tuerkei-deutsche-Moscheen-steuert-id53121541.html> (abgerufen: 20.12.2020).
- 305 ebd.
- 306 <https://en.tempo.co/read/913163/erdogan-says-moderate-islam-a-western-tool-to-weaken-muslims> (abgerufen: 20.12.2020).
- 307 <https://www.dw.com/de/erdogan-und-Ditib-das-passt/a-45593061>
(abgerufen: 20.12.2020).
- 308 <https://www.dw.com/de/razzien-gegen-Ditib-imame/a-37556571>
(abgerufen: 20.12.2020).
- 309 <https://www.dw.com/de/erdogan-und-Ditib-das-passt/a-45593061>
(abgerufen: 20.12.2020).
- 310 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-01/ditib-moschee-verband-muslimbrueder-koeln-kritik> (abgerufen: 20.12.2020).
- 311 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201888152/Moscheen-fuer-Tuerkei-Allah-fuehre-unsere-Armee-zum-Sieg.html>
(abgerufen: 20.12.2020).
- 312 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ditib-kommentar-kleine-maertyrer-spielen-krieg-in-moscheen-15563873.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 313 <https://www.sueddeutsche.de/politik/moscheen-in-deutschland-v-leute-zum-gebet-1.4138189?print=true> (abgerufen: 19.12.2020).
- 314 https://rp-online.de/nrw/staedte/koeln/verfassungsschutz-wird-ditib-zentrale-nicht-ueberwachen_aid-34998627 (abgerufen: 29.10.2021).
- 315 <https://www.dw.com/de/Ditib-wird-doch-nicht-geheimdienstlich-beobachtet/a-46654761> (abgerufen: 19.12.2020).
- 316 https://rp-online.de/politik/deutschland/die-ditib-will-ihre-imame-selbst-in-deutschland-ausbilden_aid-42335669 (abgerufen: 19.12.2020).

- 317 Uslucan, Haci-Halil: Erziehung und Sozialisation in türkisch-islamischen Familien. Implikationen für die familienpsychologische Praxis, o.O. 2007, S. 3-4. Link: <https://pb-paritaet.de/fachtagungen/dokumente2007/DokuUslucan.pdf> (abgerufen: 16.12.2020).
- 318 Schimmel, Annemarie (Hrsg.): Der Koran, Aus dem Arabischen übersetzt von Max Henning, 2. Aufl., Stuttgart 1991, Sure 46, Verse 15-18.
- 319 Uslucan, S. 5.
- 320 <https://www.fh-dortmund.de/de/news/2019/10/muslimisch-maennlich-desintegriert-ahmet-toprak-im-interview.php> (abgerufen: 16.12.2020).
- 321 Viele Erfahrungsberichte aus islamischen Kreisen geben diese Situation wider, so z. B. dieser Bericht einer Türkin: <https://www.lizzynet.de/wws/5150500.php> (abgerufen: 16.12.2020).
- 322 Tibi, Bassam: „Diese Männer denken, deutsche Frauen sind Schlampe“, Interview mit der Basler Zeitung, 07.06.2016, S. 2-3.
- 323 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01. Oktober 2012, S. 8.
- 324 a.a.O., S. 6.
- 325 a.a.O., S. 52.
- 326 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/09/PD18_329_122.html (abgerufen: 17.12.2020).
- 327 <https://www.zeit.de/1982/05/was-tun-mit-den-tuerken/komplettansicht> (abgerufen: 17.12.2020).
- 328 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2017. Grunddaten, Potsdam 2018, S. 13 u. 15.
- 329 <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-polizei-wird-vielfaeltiger.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 330 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article178098818/Schlechte-Deutschkenntnisse-Zwei-von-drei-Polizeischuelern-kassieren-im-Diktat-die-Note-6.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 331 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-jeder-vierte-einfache-soldat-hat-migrationshintergrund-14321511.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 332 <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Was-ist-mit-der-Berliner-Polizei-los-id43204961.html> (abgerufen: 17.12.2020).

- 333 <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/269373/integrationstheorien> (abgerufen: 12.04.2021).
- 334 Dieler, Anna/ Müller, Olaf/ Pollack, Detlef/ Rosta, Gergely: Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland, Münster 2016, S. 3f.
- 335 Rottleitner, Hubert: Recht und soziale Integration, in: Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.): Soziale Integration, Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), Opladen/Wiesbaden 1999, S. 405.
- 336 https://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten_id_7338076.html (abgerufen: 29.10.2021).
- 337 https://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten_id_7338076.html (abgerufen: 16.12.2020).
- 338 <https://www.it.nrw/erwerbstaetigenquote-von-frauen-tuerkischer-herkunft-niedriger-als-die-anderer-frauen-97244>
- 339 Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich: Projekt Zuwanderung und Integration Türken in Deutschland II. Individuelle Perspektiven und Problemlagen (=Arbeitspapier Nr. 60 der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin 2002, S. 15.
- 340 Schührer, Susanne: Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“, hrsgg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018, S. 28.
- 341 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund (=Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 261/12), Berlin 2012, S. 10f.
- 342 Dieler et. al., S. 6-10.
- 343 ebd.
- 344 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article5267581/Junge-Tuerken-sind-konservativer-als-ihre-Eltern.html> (abgerufen: 20.04.2021).
- 345 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01. Oktober 2012, S. 6.

- 346 ebd.
- 347 Kuhn, Walter: Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in München. Untersuchungen zur innerstädtischen Wohnstandortverteilung verschiedener ethnischer Gruppen (=Münchner Statistik 4/2009), München 2009, S. 9-10.
- 348 WD 3 – 3000 – 261/12, S. 11.
- 349 https://web.archive.org/web/20131101230726/http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/minderheiten/berlin_deutsch_tuerkisch_bf.pdf?start&ts=1229705053&file=berlin_deutsch_tuerkisch_bf.pdf (abgerufen: 12.06.2021).
- 350 <http://www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland> (abgerufen: 17.12.2020).
- 351 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01. Oktober 2012, S. 5.
- 352 <https://taz.de/Wahlverhalten-der-Deuschtuerken!/5449200/> (abgerufen: 13.04.2021).
- 353 ebd.
- 354 <https://www.dw.com/de/bundestagswahl-wie-w%C3%A4hlen-die-deuscht%C3%BCrken/a-40221698> (abgerufen: 14.04.2021).
- 355 In Mecklenburg-Vorpommern waren 1,3 Mio. Bürger wahlberechtigt: <https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Bundestagswahlen/2017/> (abgerufen: 14.04.2021).
- 356 <https://www.bayernkurier.de/inland/14819-in-deutschland-links-zu-hause-religioes-konservativ> (abgerufen: 07.12.2020).
- 357 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-kleinpartei-wirbt-in-nrw-mit-recep-tayyip-erdogan-a-1166884.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 358 <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-5.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 359 <http://www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland>
- 360 <https://www.abendblatt.de/politik/article211081479/Erdogans-bisherige-Auftritte-in-Deutschland.html> (abgerufen: 14.04.2021).

- 361 Erdogan, Murat: Wahlverhalten türkeistämmiger Wähler bei der Bundestagswahl am 22. September 2013, o.D., o.O., S. 20.
- 362 z. B. hier: <https://www.dielinke-brandenburg.de/detail/news/kundgebung-freiheit-fuer-kurdistan/> (abgerufen: 15.04.2021).
- 363 https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/953986-Die-ethnische-Wahl.html?em_cnt_page=1 (abgerufen: 15.04.2021).
- 364 <https://www.nzz.ch/feuilleton/alain-finkielkraut-spricht-ueber-antise-mitismus-und-cancel-culture-ld.1648713?reduced=true> (abgerufen: 01.11.2021).
- 365 ebd.
- 366 Ethnic Market and Media Research (Hrsg.): Politisch-Soziale-Situation türkeistämmiger Migranten in Deutschland. Ergebnisse der CATI-Studie vom Oktober bis Dezember 2017, Berlin 2017, S. 45.
- 367 <https://www.bayernkurier.de/inland/14819-in-deutschland-links-zu-hause-religioes-konservativ/> (abgerufen: 01.11.2021).
- 368 <https://www.badische-zeitung.de/kanzlerin-merkel-wuerdigt-tuerkei-in-der-fluechtlingsfrage--112706148.html> (abgerufen: 15.06.2021).
- 369 <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-sofagate-vorfall-in-ankara-jetzt-streiten-sich-von-der-leyen-und-michel/27088608.html> (abgerufen: 15.06.2021).
- 370 CATI-Studie, S. 54.
- 371 <https://www.welt.de/geschichte/article142886294/Nur-wenige-Deutsche-wuerden-fuer-ihr-Land-kaempfen.html> (abgerufen: 13.10.2021).
- 372 <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/die-strenge-stausberg/article138434594/Hurra-Viele-neue-Jobs-durch-Gender-Terror.html> (abgerufen: 13.10.2021).
- 373 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ich-sehe-eine-gegenreaktion-kommen/> (abgerufen: 30.10.2021).
- 374 <https://www.wiwo.de/politik/ausland/tuerkei-erdogans-verrueckte-plaene-seite-3/5293022-3.html> (abgerufen: 22.10.2021).
- 375 <https://www.tagesschau.de/inland/graue-woelfe-111.html> (abgerufen: 24.10.2021).
- 376 <https://www.tagesspiegel.de/politik/protokoll-zum-g20-gipfel-die-nacht-in-der-die-schanze-brannte/20031060.html> (abgerufen: 25.10.2021).

- 377 Anmerkung des Autors: Müßig ist es, zu erwähnen, dass das ein Gedenken an die negativen Episoden der deutschen Geschichte nicht ausschließt. Kein Mensch auf dieser Welt möchte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und die Massenmorde des Hitlerregimes vergessen machen. Diesen Strohhalm lasse ich mir nicht vorsetzen! Nur darf dieses Gedenken nicht den alleinigen Dreh- und Angelpunkt der deutschen Gedenkpolitik bilden. Es ist eines von vielen Kapiteln unserer Geschichte, und es wird Zeit, den anderen, zumeist glanzvollen Kapiteln, endlich den Raum zu geben, der ihnen zusteht.
- 378 <https://www.dw.com/de/deutschland-dr%C3%A4ngt-konfliktparteien-auf-verhandlungen-zu-berg-karabach/a-55346446> (abgerufen: 12.10.2021).
- 379 <https://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/20210428-studie-mld-2020.html;jsessionid=A83A849137B16FC88178EA2D5D-8372BA.internet281?nn=282772> (abgerufen: 25.10.2021).
- 380 <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/spahns-spitzwege/steinmeier-und-die-gastarbeiter-tuerkei/> (abgerufen: 19.11.2021).

Bildnachweise

Seite 14: Bildnachweis: picture-alliance/akg-images/Werner Forman

Seite 28: picture alliance/CPA Media

Seite 39: picture-alliance/dpa/Andreas Altwein

Seite 43: picture alliance/AP Photo/Uncredited

Seite 59: picture alliance/Emrah Gurel

Seite 89: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

Seite 99: picture alliance/dpa/Sebastian Gollnow

Seite 103: KSTA/Max Grönert

Seite 116: picture-alliance/dpa/Henning Kaiser

Seite 147: picture-alliance/dpa/Guido Bergmann

Grafiken, soweit nicht anders angegeben, selbst erstellt

An der Schwelle zwischen Europa und Asien ...

... baut Präsident Erdoğan die Türkei zu einer Großmacht aus. Sein Ziel: An den Glanz des Osmanischen Reiches anknüpfen, um sich Einfluss und Profit im Westen zu sichern. Dabei fällt sein Blick auch auf Deutschland, wo die türkische Community auf einen Anführer wie ihn wartet. Auf welche Unterstützer kann Erdoğan in Deutschland und Europa bauen? Wie weit ist er mit seinen Plänen bereits heute? Und mit welchen Maßnahmen können wir uns gegen die zunehmend aggressive Politik Ankaras wappnen?



Bernhard Zimniok geht diesen und anderen Fragen im vorliegenden Buch nach. Der studierte Ingenieur für Nachrichtentechnik und Oberstleutnant a.D. war viele Jahre als Legationsrat an den deutschen Botschaften in Syrien und Pakistan tätig. Er kennt die Menschen und die Mentalität der Region aus eigener Anschauung. Seit 2019 ist er Abgeordneter für die Alternative für Deutschland im EU-Parlament, wo er seine umfangreiche Erfahrung als Außen- und Entwicklungsexperte einbringt. Zimniok stammt aus München, ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn.